Die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung

Datum 22.10.2025

Vorlage für die Sitzung des Senats am 28.10.2025

Zweite Verordnung zur Änderung der Kostenverordnung für das amtliche Vermessungswesen und die Gutachterausschüsse nach dem Baugesetzbuch (2. Änd. VermWertKostV)

A. Problem

Die Gebührentatbestände der Kostenverordnung für das amtliche Vermessungswesen und die Gutachterausschüsse nach dem Baugesetzbuch (VermWertKostV) sind letztmalig am 2. Oktober 2018 angepasst worden. Eine aufwandsgemäße Gebührenerhebung ist damit in diesem Bereich nicht mehr sichergestellt. Gebührensätze müssen an die jeweilige Kostenentwicklung angepasst werden. Insbesondere bei Gebühren, die nach dem Zeitaufwand abzurechnen sind, wird dies deutlich. Die Auswirkungen der Inflation der letzten Jahre sind zu berücksichtigen. Die Gebührenhöhen sind auf der Grundlage der Ergebnisse einer Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) des Landesamtes Geoinformation Bremen zu kalkulieren (vgl. Entscheidung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land) am 2. November 2018 (VL-654/2018)).

Bei den Aufgaben des amtlichen Vermessungswesens, bei denen neben dem Landesamt Geolnformation Bremen (GeoBremen) auch das Vermessungs- und Katasteramt Bremerhaven (VKA Bhv) im übertragenen Wirkungskreis und die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure (ÖbVI) im Rahmen der Beleihung mitwirken, ist die Anpassung der Gebührenhöhen der VermWertKostV von besonderer Bedeutung für die ÖbVI. Die ÖbVI erheben für die Wahrnehmung von Aufgaben im amtlichen Vermessungswesen Gebühren nach der VermWertKost. Das wirtschaftliche Risiko für ihr Handeln tragen sie selbst, da im Gegensatz zu GeoBremen und zum VKA Bhv kein Ausgleich durch das Land erfolgt.

Änderungen des Rechts der Europäischen Union und dessen Umsetzung in nationales Recht sind bei der Gebührenermittlung für die Bereitstellung hochwertiger Datensätze umzusetzen. Hochwertige Datensätze (High Value Datasets, HVD) sind Daten des öffentlichen Sektors, die von der EU-Kommission als besonders wertvoll eingestuft werden, weil sie großes Potenzial für Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt bieten. Gemäß § 10 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 3 des Gesetzes für die Nutzung von Daten des öffentlichen Sektors (Datennutzungsgesetz – DNG) vom 16. Juli 2021 (BGBI, I.S. 2941, 2942, 4114) in Verbindung mit der Durchführungsverordnung (EU) 2023/138 der Kommission vom 21. Dezember 2022 zur Festlegung bestimmter hochwertiger Datensätze und der Modalitäten ihrer Veröffentlichung und Weiterverwendung (ABI. EU L 19/43; EU DVO HVD) sind hochwertige Datensätze unentgeltlich im Internet bereitzustellen (Open Data). Darüber hinaus dürfen gemäß § 10 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 3 DNG für die Bereitstellung von Geodaten nur die durch die Bereitstellung verursachten Grenzkosten verlangt werden. Die aktuellen Gebührentatbestände der VermWertKostV bilden nicht mehr die maßgeblichen Rechtsgrundlagen des behördlichen Handelns ab.

Die Digitalisierung der Verwaltung führte in den letzten Jahren zu einer veränderten Wahrnehmung der Aufgaben im amtlichen Vermessungs- und Geoinformationswesen. Dies führte zu einer Veränderung der Amtshandlungen (Dienstleistungen und Produkte), die ebenfalls in der Änderung der VermWertKostV zu berücksichtigen sind.

Gliederung und Struktur der VermWertKostV sind komplex und unübersichtlich und an die aktuelle Aufgabenwahrnehmung anzupassen. Hierbei sind der Aufwand für die zukünftig jährlich stattfindende Fortschreibung und die daraus resultierenden Folgearbeiten mitzudenken.

B. Lösung

Mit der zweiten Verordnung zur Änderung der VermWertKostV wird die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen an die Kostenentwicklung angepasst, es werden Anpassungen an neue Rechtsvorschriften vorgenommen, entbehrliche Produkte gelöscht, neue Dienstleistungen aufgenommen sowie strukturelle und redaktionelle Anpassungen eingearbeitet.

C. Alternativen

Die Erhebung von Gebühren hat gemäß § 34 LHO zu erfolgen. Es besteht im Grunde kein Spielraum, davon abzusehen.

D. Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung / Klimacheck

Finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen

Durch die Anpassung der Anlagen 1 und 2 der VermWertKostV an geänderte Rechtsvorschriften wird sichergestellt, dass auch zukünftig für alle Amtshandlungen rechtskonform Gebühren angesetzt werden können. Durch die Ableitung der Höhe der Gebühren aus den Ergebnissen der KLR wird sichergestellt, dass aufwandsgerechte Gebühren erhoben werden.

Mindereinnahmen, die sich aus der unentgeltlichen Bereitstellung hochwertiger Daten gemäß § 10 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 DNG i.V.m. der DVO HVD ergeben, wurden bereits im Haushalt 2024/2025 sowie in der Haushaltsaufstellung 2026/2027 berücksichtigt und innerhalb des Ressortbudgets ausgeglichen (Finanzposition 0682.11101-1, Verwaltungsgebühren). Dabei wurden die jährlichen Mindereinahmen ab dem Inkrafttreten der neuen Rechtsvorschriften (9. Juni 2024) auf rd. 500 TEUR kalkuliert. Diese Auswirkung steht damit nicht im direkten Zusammenhang mit dieser Änderung der VermWertKostV.

Mit der vorgelegten Anpassung werden Mehreinnahmen für den bremischen Landeshaushalt erzielt. Die wesentlichen Mehreinnahmen p. a. schlüsseln sich unter der Annahme einer im Vergleich zu 2023 stagnierenden Antragszahl wie folgt auf:

Gebührentatbestand	Mehr-
	/Mindereinnahmen
Amtshandlungen im amtlichen Vermessungs- und	
Geoinformationswesen	

a) Erhebung von Geobasisdaten durch Vermessungen (Tz. 21)	194 TEUR
b) Führung des Liegenschaftskatasters (Tz. 22)	- 72 TEUR
c) Bereitstellung von Geobasisdaten (Tz. 23)	239 TEUR
Amtshandlungen im Bereich der Immobilienwertermittlung	45 TEUR
(Tz. 41 und Tz. 1004	
Summe:	406 TEUR

Mindereinnahmen ergeben sich durch die aufwandsgerechte Kalkulation der Gebührenhöhen für die Führung des Liegenschaftskatasters (Tz. 22) in Höhe von rd. 72 TEUR p. a..

In der Summe verbleibt gegenüber dem Status quo ein positiver Effekt für den Haushalt in Höhe von rd. 406 TEUR p. a., wenn sowohl die Mehr- als auch die Mindereinahmen der einzelnen Gebührentatbestände berücksichtigt werden. Die insgesamt zu erwartenden Mehreinnahmen (Haushaltsstelle 0682.111 01-1, Verwaltungsgebühren) stehen im Zusammenhang mit den gestiegenen Gesamtkosten des Landesamtes Geoinformation Bremen. Sie werden im Vollzug der Haushalte zunächst haushaltsentlastend und -verbessernd im PPL 68 vereinnahmt. Eine mögliche erforderliche Verwendung der Mehreinnahmen für etwaige Mehrausgaben im Zusammenhang mit den gestiegenen Gesamtkosten des Landesamts Geoinformation Bremen wird erforderlichenfalls im Haushaltsvollzug geprüft.

Die Mehreinnahmen kompensieren in der übergreifenden Gesamtschau anteilig auch die außerhalb dieser Änderung der VermWertKostV stehenden Mindereinnahmen aus der unentgeltlichen Bereitstellung hochwertiger Daten (rd. 500 T € p.a., bereits in der Haushaltsaufstellung berücksichtigt).

Mit personalwirtschaftlichen Auswirkungen ist nicht zu rechnen.

Genderprüfung

Mit der Verordnung sind keine geschlechtsspezifischen Wirkungen verbunden.

Klimacheck

Die Änderung der VermWertKostV hat voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz.

E. Beteiligung/ Abstimmung

Die Abstimmung mit dem Senator für Finanzen, dem Landesamt Geoinformation Bremen, dem Vermessungs- und Katasteramt Bremerhaven, der Ingenieurkammer Bremen, dem Bund der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure – Landesgruppe Bremen und den im Land Bremen zugelassenen Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren ist durchgeführt worden. Der Entwurf wurde durch die Senatorin für Justiz und Verfassung rechtsförmlich geprüft.

F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Geeignet nach Beschlussfassung durch den Senat. Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

G. Beschluss

- 1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung vom 22.10.2025 die Zweite Verordnung zur Änderung der Kostenverordnung für das amtliche Vermessungswesen und die Gutachterausschüsse nach dem Baugesetzbuch (2. Änd. VermWertKostV) sowie die Ausfertigung der Verordnung und deren Verkündung im Gesetzblatt nach Zustimmung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses.
- 2. Der Senat bittet die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung, die Vorlage der Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung zur Beschlussfassung vorzulegen.
- **3.** Der Senat bittet den Senator für Finanzen, die notwendige Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses einzuholen.

Anlagen:

- Anlage 1: Entwurf der zweiten Verordnung zur Änderung der Kostenverordnung für das amtliche Vermessungswesen und die Gutachterausschüsse für Grundstückswerte nach dem Baugesetzbuch (Brem.GBI.)
- Anlage 2: Begründung der zweiten Verordnung zur Änderung der Kostenverordnung für das amtliche Vermessungswesen und die Gutachterausschüsse für Grundstückswerte nach dem Baugesetzbuch
- Anlage 3a: Synopse der zweiten Verordnung zur Änderung der Kostenverordnung für das amtliche Vermessungswesen und die Gutachterausschüsse für Grundstückswerte nach dem Baugesetzbuch, Anlage 1 (zu § 1)
- Anlage 3b: Synopse der zweiten Verordnung zur Änderung der Kostenverordnung für das amtliche Vermessungswesen und die Gutachterausschüsse für Grundstückswerte nach dem Baugesetzbuch, Anlage 2 (zu § 2)
- Anlage 4: Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Übersicht (WU-Übersicht)

Zweite Verordnung zur Änderung der Kostenverordnung für das amtliche Vermessungswesen und die Gutachterausschüsse für Grundstückswerte nach dem Baugesetzbuch

Auf Grund des § 3 Absatz 1 des Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetzes vom 16. Juli 1979 (Brem.GBI. S. 279), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 2. Mai 2023 (Brem.GBI. S. 434) geändert worden ist, verordnet der Senat mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses:

Artikel 1

Änderung der Kostenverordnung für das amtliche Vermessungswesen und die Gutachterausschüsse für Grundstückswerte nach dem Baugesetzbuch

Die Kostenverordnung für das amtliche Vermessungswesen und die Gutachterausschüsse für Grundstückswerte nach dem Baugesetzbuch vom 25. November 2014 (Brem.GBI. S. 739), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 2. Oktober 2018 (Brem.GBI. 572) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

Die Anlagen 1 (zu § 1) und 2 (zu § 2) werden durch die folgenden Anlagen 1 (zu § 1) und 2 (zu § 2) ersetzt:

Anlage 1

(zu § 1)

Kostenverzeichnis für Leistungen nach dem Vermessungs- und Katastergesetz sowie nach § 193 des Baugesetzbuches und nach § 5 Absatz 2 des Bundeskleingartengesetzes sowie nach der Verordnung über die Gutachterausschüsse für Grundstückswerte nach dem Baugesetzbuch

Inhaltsverzeichnis

- 1. Allgemeine Regelungen
- 11. Gebührenberechnung nach Zeitaufwand
- 12. Auslagen
- 13. Auskunft und Beratung
- 14. Rücknahme eines Antrags

2.	Amtshandlungen im amtlichen Vermessungs- und Geoinformationswesen
21.	Amtliche Vermessungen zur Erhebung von Geobasisdaten des Liegenschaftskatasters
210.	Vorbereitung von Vermessungsunterlagen
211.	Liegenschaftsvermessung an Flurstücken
212.	Liegenschaftsvermessung an Gebäuden (Gebäudeeinmessung)
213.	Anfertigung eines qualifizierten Lageplanes gemäß § 7 Absatz 3 BremBauVorlV oder einer Planunterlage gemäß § 1 PlanZV
214.	Vermessungstechnische Übertragung von Grenzpunkten in die Örtlichkeit
215.	Erteilung einer Bescheinigung
216.	Beglaubigung von Anträgen auf Vereinigung und Teilung von Grundstücken
22.	Führung des Liegenschaftskatasters
220.	Übernahme der Ergebnisse von Amtshandlungen in das Liegenschaftskataster
221.	Bearbeitung eines Unschädlichkeitszeugnisses
222.	Bearbeitung einer Bescheinigung über die Nichtbetroffenheit nach §1026 BGB oder über die Lage anderer Belastungen
23.	Bereitstellung von Geobasisdaten
230.	Online-Bereitstellung von hochwertigen Datensätzen gemäß § 10 Absatz 3 DNG
231.	Berechnungsgrundlagen der Gebührenermittlung zur Abgabe und zur Nutzung von Geobasisdaten
232.	Abruf oder Abgabe von Präsentationsausgaben
233.	Bereitstellung von Geobasisdaten
234.	Abgabe von Kopien aus den Nachweisen des Liegenschaftskatasters
3.	Amtshandlungen der Aufsicht über die amtlichen Vermessungsstellen

4. Amtshandlungen im Bereich der amtlichen Wertermittlung

- 41. Erstattung von Gutachten
- 42. Bereitstellung von Bodenrichtwerten sowie Angaben zum Grundstücksmarkt und Auskünfte aus der Kaufpreissammlung

Verzeichnis der abgekürzten Rechtsvorschriften

AllKostV Allgemeine Kostenverordnung

BauGB Baugesetzbuch

BauKostV Bremische Bauvorlagenverordnung

BremBauVorlV Bremische Bauvorlagenverordnung

BremGebBeitrG Bremisches Gebühren- und Beitragsgesetz

BremÖbVIG Bremisches Gesetz über die Öffentlich bestellten

Vermessungsingenieurinnen und Öffentlich bestellten

Vermessungsingenieure

DNG Gesetz für die Nutzung von Daten des öffentlichen Sektors

DSGVO Datenschutz-Grundverordnung

PlanZV Planzeichenverordnung

Erläuterung der verwendeten Abkürzungen

ALKIS Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem

ATKIS Amtliches Topographisch-Kartographisches

Informationssystem

CIR Color-Infrarot

DGM Digitales Geländemodell

DLM Digitales Landschaftsmodell

DOP Digitales Orthophoto

DTK Digitale Topographische Karte

LoD	Level of Detail	
ÖbVI	Öffentlich bestellte Vermessungsingenieurin Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure	nen und
RGB	Rot, Grün und Blau (Grundfarben)	
1.	Allgemeine Regelungen	
11.	Gebührenberechnung nach Zeitaufwand	
	Bei Gebührenberechnungen nach dem Zeitaufwand werden unter Berücksichtigung der Regelung in § 5 Absatz 1 BremGebBeitrG folgende Stundensätze in Anrechnung gebracht:	
11.1.	Für eine Beamtin oder einen Beamten der Laufbahngruppe II zweites Einstiegsamt (A13 - A16) oder Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer in vergleichbarer Entgeltgruppe	130 EUR
11.2.	Für eine Beamtin oder einen Beamten der Laufbahngruppe II erstes Einstiegsamt (A9 - A13S) oder Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer in vergleichbarer Entgeltgruppe	107 EUR
11.3.	Für eine Beamtin oder einen Beamten der Laufbahngruppe I zweites Einstiegsamt (A5 - A9) oder Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer in vergleichbarer Entgeltgruppe und Vermessungsgehilfen	85 EUR
12.	Auslagen	
12.1.	Auslagen gemäß § 11 Absatz 1 BremGebBeitrG	
12.2.	Auslagen gemäß § 11 Absatz 2 BremGebBeitrG	
13.	Auskunft und Beratung	
13.1.	Mündliche Auskunft (bis 30 Minuten)	gebührenfrei
13.2.	Mündliche fachliche Erläuterung (ab mehr als 30 Minuten):	Zeitaufwand nach Tz. 11.
13.3.	Schriftliche Auskunft	
13.3.1.	Schriftliche Auskunft für den Betroffenen, der damit Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten	gebührenfrei

	erhält, gemäß § 10 Absatz 9 Vermessungs- und Katastergesetz oder Artikel 15 Absatz 3 DSGVO	
13.3.2.	Einfache schriftliche Auskunft gemäß § 6 Absatz 1 Nummer 3b BremGebBeitrG	gebührenfrei
13.3.3.	Schriftliche Auskunft aus Registern und Dateien (Ausnahme gemäß § 6 Absatz 1 Nummer 3b BremGebBeitrG)	Zeitaufwand nach Tz. 11.
14.	Rücknahme eines Antrages	
14.11.	Rücknahme eines Antrages nachdem mit der Bearbeitung begonnen wurde	Zeitaufwand nach Tz. 11. zuzüglich Gebühren für bereits angefertigte Präsentationsausgaben oder Unterlagen
2.	Amtshandlungen im amtlichen Vermessungs- und Geoinformationswesen	
2. 21.		
	Geoinformationswesen Amtliche Vermessungen zur Erhebung von	
21.	Geoinformationswesen Amtliche Vermessungen zur Erhebung von Geobasisdaten des Liegenschaftskatasters	150 EUR
21. 210.	Geoinformationswesen Amtliche Vermessungen zur Erhebung von Geobasisdaten des Liegenschaftskatasters Vorbereitung von Vermessungsunterlagen	150 EUR
21. 210.	Geoinformationswesen Amtliche Vermessungen zur Erhebung von Geobasisdaten des Liegenschaftskatasters Vorbereitung von Vermessungsunterlagen Vermessungsunterlagen für a) Liegenschaftsvermessungen an Flurstücken oder	150 EUR
21. 210.	Geoinformationswesen Amtliche Vermessungen zur Erhebung von Geobasisdaten des Liegenschaftskatasters Vorbereitung von Vermessungsunterlagen Vermessungsunterlagen für a) Liegenschaftsvermessungen an Flurstücken oder Gebäuden (Tz. 211. oder Tz. 212.) oder b) Anfertigung eines qualifizierten Lageplanes gemäß § 7 Absatz 3 BremBauVorlV oder einer	150 EUR
21. 210.	Geoinformationswesen Amtliche Vermessungen zur Erhebung von Geobasisdaten des Liegenschaftskatasters Vorbereitung von Vermessungsunterlagen Vermessungsunterlagen für a) Liegenschaftsvermessungen an Flurstücken oder Gebäuden (Tz. 211. oder Tz. 212.) oder b) Anfertigung eines qualifizierten Lageplanes gemäß § 7 Absatz 3 BremBauVorlV oder einer Planunterlage gemäß § 1 PlanZV (Tz. 213.) oder c) Vermessungstechnische Übertragung von	150 EUR
21.210.210.1.	 Geoinformationswesen Amtliche Vermessungen zur Erhebung von Geobasisdaten des Liegenschaftskatasters Vorbereitung von Vermessungsunterlagen Vermessungsunterlagen für a) Liegenschaftsvermessungen an Flurstücken oder Gebäuden (Tz. 211. oder Tz. 212.) oder b) Anfertigung eines qualifizierten Lageplanes gemäß § 7 Absatz 3 BremBauVorlV oder einer Planunterlage gemäß § 1 PlanZV (Tz. 213.) oder c) Vermessungstechnische Übertragung von Grenzpunkten in die Örtlichkeit (Tz. 214.) 	150 EUR

	Grundgebühr	800 EUR
	zuzüglich eines flächenbezogenen Gebührensatzes und eines am Bodenrichtwert orientierten Wertfaktors für jedes neu gebildete Flurstück	Produkt nach Tz. 211.1.2. multipliziert mit Tz. 211.1.3.
211.1.2.	Berechnungsgrundlage: Tabelle Flächenbezogener Gebührensatz	
	Fläche (m²)	
	bis 120	450 EUR
	121 bis 700	900 EUR
	701 bis 2 000	1 100 EUR
	2 001 bis 5 000	2 000 EUR
	5 001 und größer	2 700 EUR
211.1.3.	Berechnungsgrundlage: Tabelle Wertfaktor	
	Bodenrichtwert (EUR/m²)	
	bis 10	0,4
	11 bis 50	0,6
	51 bis 100	0,9
	101 bis 500	1,0
	501 bis 5 000	1,4
	5 001 und mehr	2,0
211.2.	Grenzfeststellung	
211.2.1.	Feststellung des örtlichen Verlaufs von Flurstücksgrenzen (Grenzfeststellung)	
	- Grundgebühr	800 EUR
	- zuzüglich einer Gebühr für die festgestellten oder neu abgemarkten Grenzpunkte	nach Tz. 211.2.2.
211.2.2.	Berechnungsgrundlage: Tabelle Gebühr je Grenzpunkt	
	1. bis 4. Grenzpunkt je	450 EUR

Abmarkung von Grenzpunkten im zeitlichen Zusammenhang mit einer Zerlegung oder Grenzfeststellung für jeden abgemarkten Grenzpunkt 211.4. Nachträgliche Abmarkung von Grenzpunkten zu einer Zerlegung oder Grenzfeststellung - Grundgebühr - Zuschlag für jeden abgemarkten Grenzpunkt 212. Liegenschaftsvermessung an Gebäuden (Gebäudeeinmessung) 212.1. Amtliche Vermessung von Gebäuden oder im Grundriss veränderter Gebäude und von baulichen Anlagen 212.1.1 Grundgebühr je Grundstück 212.1.2 zuzüglich einer Gebühr in Abhängigkeit der Baukosten bis 20 000 EUR 20 001 bis 50 000 EUR 50 001 bis 500 000 EUR 50 001 bis 500 000 EUR 500 001 bis 1000 000 EUR 1000 001 bis 1000 000 EUR 5000 001 bis 1000 000 EUR 5000 001 bis 10 000 000 EUR 5000 001 bis 10 000 000 EUR 6 300 EUR 5 000 001 bis 10 000 000 EUR 6 300 EUR 5 20 2000 EUR 6 300 EUR			
Zusammenhang mit einer Zerlegung oder Grenzfeststellung für jeden abgemarkten Grenzpunkt 100 EUR 211.4. Nachträgliche Abmarkung von Grenzpunkten zu einer Zerlegung oder Grenzfeststellung - Grundgebühr - Zuschlag für jeden abgemarkten Grenzpunkt 100 EUR 212. Liegenschaftsvermessung an Gebäuden (Gebäudeeinmessung) 212.1. Amtliche Vermessung von Gebäuden oder im Grundriss veränderter Gebäude und von baulichen Anlagen 212.1.1 Grundgebühr je Grundstück 212.1.2 zuzüglich einer Gebühr in Abhängigkeit der Baukosten bis 20 000 EUR 20 001 bis 50 000 EUR 50 001 bis 50 000 EUR 500 001 bis 500 000 EUR 500 001 bis 500 000 EUR 1000 001 bis 1000 000 EUR 500 001 bis 1000 000 EUR 500 001 bis 10 000 000 EUR 6 300 EUR über 10 000 000 EUR Basisbetrag und zuzüglich je weitere angefangene 5 000 000 EUR 1 000 EUR		ab dem 5. Grenzpunkt je	150 EUR
211.4. Nachträgliche Abmarkung von Grenzpunkten zu einer Zerlegung oder Grenzfeststellung - Grundgebühr - Zuschlag für jeden abgemarkten Grenzpunkt 212. Liegenschaftsvermessung an Gebäuden (Gebäudeeinmessung) 212.1. Amtliche Vermessung von Gebäuden oder im Grundriss veränderter Gebäude und von baulichen Anlagen 212.1.1 Grundgebühr je Grundstück 212.1.2 zuzüglich einer Gebühr in Abhängigkeit der Baukosten bis 20 000 EUR 20 001 bis 50 000 EUR 50 001 bis 250 000 EUR 500 001 bis 500 000 EUR 500 001 bis 500 000 EUR 1000 001 bis 1000 000 EUR 500 001 bis 5 000 000 EUR 500 001 bis 5 000 000 EUR 500 001 bis 5 000 000 EUR 500 001 bis 10 000 000 EUR 5000 001 bis 10 000 000 EUR	211.3.	Zusammenhang mit einer Zerlegung oder	
Zerlegung oder Grenzfeststellung - Grundgebühr - Zuschlag für jeden abgemarkten Grenzpunkt Liegenschaftsvermessung an Gebäuden (Gebäudeeinmessung) 212.1. Amtliche Vermessung von Gebäuden oder im Grundriss veränderter Gebäude und von baulichen Anlagen 212.1.1 Grundgebühr je Grundstück 212.1.2 zuzüglich einer Gebühr in Abhängigkeit der Baukosten bis 20 000 EUR 20 001 bis 50 000 EUR 50 001 bis 50 000 EUR 500 001 bis 500 000 EUR 500 001 bis 1000 000 EUR 1000 001 bis 1000 000 EUR 5000 001 bis 1000 000 EUR		für jeden abgemarkten Grenzpunkt	100 EUR
- Zuschlag für jeden abgemarkten Grenzpunkt 212. Liegenschaftsvermessung an Gebäuden (Gebäudeeinmessung) 212.1. Amtliche Vermessung von Gebäuden oder im Grundriss veränderter Gebäude und von baulichen Anlagen 212.1.1 Grundgebühr je Grundstück 212.1.2 zuzüglich einer Gebühr in Abhängigkeit der Baukosten bis 20 000 EUR 20 001 bis 50 000 EUR 20 001 bis 50 000 EUR 500 001 bis 500 000 EUR 500 001 bis 500 000 EUR 1000 001 bis 500 000 EUR 1000 001 bis 500 000 EUR 1000 001 bis 1000 000 EUR 5 000 001 bis 1000 000 EUR	211.4.		
Liegenschaftsvermessung an Gebäuden (Gebäudeeinmessung) 212.1. Amtliche Vermessung von Gebäuden oder im Grundriss veränderter Gebäude und von baulichen Anlagen 212.1.1 Grundgebühr je Grundstück 212.1.2 zuzüglich einer Gebühr in Abhängigkeit der Baukosten bis 20 000 EUR 20 001 bis 50 000 EUR 50 001 bis 250 000 EUR 250 001 bis 500 000 EUR 500 001 bis 500 000 EUR 6 300 EUR 5 000 001 bis 10 000 000 EUR 6 300 EUR 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2		- Grundgebühr	600 EUR
(Gebäudeeinmessung) 212.1. Amtliche Vermessung von Gebäuden oder im Grundriss veränderter Gebäude und von baulichen Anlagen 212.1.1 Grundgebühr je Grundstück 212.1.2 zuzüglich einer Gebühr in Abhängigkeit der Baukosten bis 20 000 EUR 20 001 bis 50 000 EUR 20 001 bis 50 000 EUR 50 001 bis 500 000 EUR 250 001 bis 500 000 EUR 500 001 bis 500 000 EUR 500 001 bis 1000 000 EUR 500 001 bis 1000 000 EUR 5000 001 bis 1000 000 EUR 6 300 EUR bis 20 000 000 EUR 5 000 001 bis 10 000 000 EUR		- Zuschlag für jeden abgemarkten Grenzpunkt	100 EUR
212.1.1. - Grundgebühr je Grundstück 250 EUR 212.1.2. - zuzüglich einer Gebühr in Abhängigkeit der Baukosten nach Tz. 212.2. 212.2. Berechnungsgrundlage: Tabelle Baukosten 150 EUR 20 001 bis 20 000 EUR 190 EUR 50 001 bis 250 000 EUR 530 EUR 250 001 bis 500 000 EUR 780 EUR 500 001 bis 500 000 EUR 1 380 EUR 500 001 bis 500 000 EUR 3 380 EUR 500 001 bis 5 000 000 EUR 6 300 EUR 5 000 001 bis 10 000 000 EUR 6 300 EUR über 10 000 000 EUR 6 300 EUR Basisbetrag und 6 300 EUR zuzüglich je weitere angefangene 5 000 000 EUR 1 000 EUR	212.		
212.1.2 zuzüglich einer Gebühr in Abhängigkeit der Baukosten 212.2. Berechnungsgrundlage: Tabelle Baukosten bis 20 000 EUR 20 001 bis 50 000 EUR 50 001 bis 250 000 EUR 250 001 bis 500 000 EUR 500 001 bis 500 000 EUR 500 001 bis 500 000 EUR 1000 001 bis 1000 000 EUR 1000 001 bis 5 000 000 EUR 5 000 001 bis 10 000 000 EUR	212.1.	<u> </u>	
212.2. 212.2. Berechnungsgrundlage: Tabelle Baukosten bis 20 000 EUR 20 001 bis 50 000 EUR 50 001 bis 250 000 EUR 250 001 bis 500 000 EUR 500 001 bis 1000 000 EUR 500 001 bis 1000 000 EUR 1 380 EUR 1 000 001 bis 5 000 000 EUR 5 000 001 bis 10 000 000 EUR 5 000 001 bis 10 000 000 EUR 6 300 EUR bis 20 000 EUR ciber 10 000 000 EUR Basisbetrag und ciber 10 000 000 EUR Ciber 10 000 EUR Cibe	212.1.1.	- Grundgebühr je Grundstück	250 EUR
bis 20 000 EUR 20 001 bis 50 000 EUR 50 001 bis 250 000 EUR 250 001 bis 500 000 EUR 500 001 bis 500 000 EUR 500 001 bis 1000 000 EUR 1 380 EUR 1 000 001 bis 5 000 000 EUR 3 380 EUR 5 000 001 bis 10 000 000 EUR 6 300 EUR über 10 000 000 EUR Basisbetrag und 6 300 EUR zuzüglich je weitere angefangene 5 000 000 EUR 1 000 EUR	212.1.2.	- zuzüglich einer Gebühr in Abhängigkeit der Baukosten	
20 001 bis 50 000 EUR 50 001 bis 250 000 EUR 530 EUR 250 001 bis 500 000 EUR 500 001 bis 1000 000 EUR 1 380 EUR 1000 001 bis 5 000 000 EUR 5 000 001 bis 10 000 000 EUR 6 300 EUR 5 000 001 bis 10 000 000 EUR 6 300 EUR 5 202 EUR 5 202 EUR 5 203 EUR 6 300 EUR 6 300 EUR 7 203 EUR 7 204 EUR 7 205 EUR 7 206 EUR 7 207 EUR 7 208 EUR	212.2.	Berechnungsgrundlage: Tabelle Baukosten	
50 001 bis 250 000 EUR 530 EUR 250 001 bis 500 000 EUR 780 EUR 500 001 bis 1000 000 EUR 1 380 EU 1000 001 bis 5 000 000 EUR 3 380 EU 5 000 001 bis 10 000 000 EUR 6 300 EU über 10 000 000 EUR 6 300 EU Basisbetrag und 6 300 EU zuzüglich je weitere angefangene 5 000 000 EUR 1 000 EU		bis 20 000 EUR	150 EUR
250 001 bis 500 000 EUR 500 001 bis 1000 000 EUR 1 380 EU 1000 001 bis 5 000 000 EUR 3 380 EU 5 000 001 bis 10 000 000 EUR 6 300 EU über 10 000 000 EUR Basisbetrag und 6 300 EU zuzüglich je weitere angefangene 5 000 000 EUR 1 000 EUR		20 001 bis 50 000 EUR	190 EUR
500 001 bis 1000 000 EUR 1 380 EU 1000 001 bis 5 000 000 EUR 3 380 EU 5 000 001 bis 10 000 000 EUR 6 300 EU über 10 000 000 EUR 6 300 EU Basisbetrag und 6 300 EU zuzüglich je weitere angefangene 5 000 000 EUR 1 000 EU		50 001 bis 250 000 EUR	530 EUR
1000 001 bis 5 000 000 EUR 3 380 EU 5 000 001 bis 10 000 000 EUR 6 300 EU über 10 000 000 EUR 6 300 EU Basisbetrag und 6 300 EU zuzüglich je weitere angefangene 5 000 000 EUR 1 000 EU		250 001 bis 500 000 EUR	780 EUR
5 000 001 bis 10 000 000 EUR über 10 000 000 EUR Basisbetrag und cuzüglich je weitere angefangene 5 000 000 EUR 1 000 EUR		500 001 bis 1000 000 EUR	1 380 EUR
über 10 000 000 EUR Basisbetrag und 6 300 EU zuzüglich je weitere angefangene 5 000 000 EUR 1 000 EU		1000 001 bis 5 000 000 EUR	3 380 EUR
Basisbetrag und 6 300 EU zuzüglich je weitere angefangene 5 000 000 EUR 1 000 EU		5 000 001 bis 10 000 000 EUR	6 300 EUR
zuzüglich je weitere angefangene 5 000 000 EUR 1 000 EU		über 10 000 000 EUR	
		Basisbetrag und	6 300 EUR
213 Anfertigung eines gualifizierten Lagenlanes gemäß 8.7		zuzüglich je weitere angefangene 5 000 000 EUR	1 000 EUR
Absatz 3 BremBauVorlV oder einer Planunterlage gemäß § 1 PlanZV	213.		

213.1.	Anfertigung eines qualifizierten Lageplanes gemäß § 7 Absatz 3 BremBauVorlV oder einer Planunterlage gemäß § 1 PlanZV	
	- Grundgebühr	400 EUR
	- zuzüglich einer Gebühr in Abhängigkeit der Baukosten	nach Tz. 213.2.
213.2.	Berechnungsgrundlage: Tabelle Baukosten	
	bis 200 000 EUR	690 EUR
	200 001 bis 1000 000 EUR	1 230 EUR
	1000 001 bis 3 000 000 EUR	2 250 EUR
	3000 001 bis 7 000 000 EUR	3 120 EUR
	7 000 001 bis 10 000 000 EUR	3 570 EUR
	Über 10 000 000 EUR je weitere angefangene 5 000 000 EUR	920 EUR
214.	Vermessungstechnische Übertragung von Grenzpunkten in die Örtlichkeit	
	- Grundgebühr	250 EUR
	- zuzüglich einer Gebühr in Abhängigkeit von der Anzahl der übertragenen Grenzpunkte	50 v. H. der Gebühr nach Tz. 211.2.2.
215.	Erteilung einer Bescheinigung	
	- Grenzeinhaltungsbescheinigung, Entfernungsbescheinigung, Identitätsbescheinigung, je Bescheinigung	Zeitaufwand nach Tz. 11. mindestens 50 EUR

216.	Beglaubigung von Anträgen auf Vereinigung und Teilung von Grundstücken	gebührenfrei
22.	Führung des Liegenschaftskatasters	
220.	Übernahme der Ergebnisse von Amtshandlungen der amtlichen Vermessungsstellen in das Liegenschaftskataster	
220.1.	Übernahme der Ergebnisse von Liegenschaftsvermessungen an	
	a) Flurstücken (Tz. 211.) oder	
	b) Gebäuden (Tz. 212.)	
	- Grundgebühr	250 EUR
	- zuzüglich Ergänzungsgebühr	nach Tz. 220.2.
220.2.	Ergänzungsgebühr als Bruchteil der Gebühr für die Durchführung der Liegenschaftsvermessung zu erhebenden Gebühren	
	a) Zerlegung mit Abmarkung	35 v. H. der Gebühr nach Tz. 211.1. oder Tz. 211.3.
	b) Grenzfeststellung mit Abmarkung	20 v. H. der Gebühr nach Tz. 211.2. oder Tz. 211.3.
	c) Gebäudeeinmessung	30 v. H. der Gebühr nach Tz. 212.
220.3.	Bereinigung oder Ergänzung eingereichter Vermessungsschriften aufgrund geringfügiger Mängel	Zeitaufwand nach Tz. 11.
221.	Bearbeitung eines Unschädlichkeitszeugnisses	
221.1.	Erteilung oder Ablehnung eines Unschädlichkeitszeugnisses	

	a) bis zu fünf Beteiligte	600 EUR
	b) Zuschlag für je weitere angefangene fünf Beteiligte	150 EUR
221.2.	Durchführung einer Anhörung	Zeitaufwand nach Tz. 11. und Auslagen nach Tz. 12.2.
222.	Bearbeitung einer Bescheinigung über die Nichtbetroffenheit nach § 1026 BGB oder über die Lage anderer Belastungen	Zeitaufwand nach Tz. 11.
23.	Bereitstellung von Geobasisdaten	
230.	Online-Bereitstellung von hochwertigen Datensätzen gemäß § 10 Absatz 3 DNG	
230.1.	ALKIS-Daten, ohne Eigentumsangaben gemäß § 9 Absatz 2 Vermessungs- und Katastergesetz	gebührenfrei
230.2.	Hauskoordinaten (Adressdaten)	gebührenfrei
230.3.	Hausumringe	gebührenfrei
230.4.	3D-Gebäudemodelle mit Level of Detail 2 (LoD2)	gebührenfrei
230.5.	Verwaltungseinheiten	gebührenfrei
230.6.	Digitales Basis-Landschaftsmodell (Basis-DLM),	
230.7.	Digitale Geländemodelle (DGM1)	gebührenfrei
230.8.	Digitale Oberflächenmodelle mit einer Rasterweite von 1 m (DOM1)	gebührenfrei
230.9.	Digitale Orthophotos mit Bodenauflösung 10 cm (DOP)	gebührenfrei
230.10.	Amtliche Basiskarte 1 : 5000 (ABK5)	gebührenfrei
231.	Berechnungsgrundlagen der Gebührenermittlung zur Abgabe und zur Nutzung von Geobasisdaten	
232.	Abruf oder Abgabe von amtlichen Präsentationsausgaben	
232.1.	Prüfung des berechtigten Interesses	50 EUR zzgl. Gebühr nach Tz. 232.2.3.

		oder nach Tz. 232.3.3. bis Tz. 232.3.5.
232.2.	Abruf von ALKIS-Präsentationsausgaben	
232.2.1.	Liegenschaftskarte,	20 EUR
	bis einschließlich DIN A3	
232.2.2.	Flurstücksnachweis	10 EUR
232.2.3.	Flurstücks- und Eigentümernachweis	10 EUR
232.3.	Abgabe von ALKIS-Präsentationsausgaben	
232.3.1.	Liegenschaftskarte	50 EUR
232.3.2.	Flurstücksnachweis	50 EUR
232.3.3.	Flurstücks und Eigentümernachweis	50 EUR
232.3.4.	Grundstücksnachweis	50 EUR
232.3.5.	Bestandsnachweis	50 EUR
232.3.6.	Amtliche Basiskarte 1 : 5000 (ABK5)	50 EUR
232.4.	Abgabe von AFIS-Präsentationsausgaben (Höhenfestpunkte)	50 EUR
232.4.1.	Punktliste, pro angefangene 50 Punkte	20 EUR mindestens 50 EUR
232.4.2.	Einzelnachweis, einschließlich Punktbeschreibung	10 EUR mindestens 50 EUR
232.4.3.	Festpunktübersichten, bis einschließlich DIN A3	10 EUR mindestens 50 EUR
232.4.4.	Festpunktübersichten, größer DIN A3	20 EUR mindestens 50 EUR
233.	Bereitstellung von Geobasisdaten	
233.1.	Abgabe von ALKIS-Daten	

233.1.1.	ALKIS-Datensätze, Eigentumsabgaben, je Grundbuchkennzeichen (Objekt), Staffelgebühr	mindestens 50 EUR
	für das 1. bis 1000. Objekt, je Objekt	0,90 EUR
	für das 1001. bis 10 000. Objekt, je Objekt	0,45 EUR
	für das 10 001. bis 100 000. Objekt, je Objekt	0,23 EUR
	ab dem 100 001 Objekt, je Objekt	0,11 EUR
233.1.2.	Auskunft aus dem ALKIS (Eigentumsangaben) in Sozialverwaltungsverfahren	kostenfrei
233.2.	Abgabe von ATKIS-Produkten	
233.2.1.	Digitale Oberflächenmodelle	Zeitaufwand
	a) Texturiertes Oberflächenmodell (3D-Mesh)	nach Tz. 11. mindestens
	b) 3D-Punktwolke	50 EUR
233.3.	Abgabe von Digitalen Orthophotos (DOP) und Luftbildern	
233.3.1.	Digitale Orthophotos (DOP) mit einer Bodenauflösung von 10 cm oder höher	Zeitaufwand nach Tz. 11. mindestens 50 EUR
233.3.2.	Orientierte Luftbilder CIR oder RGB	Zeitaufwand nach Tz. 11. mindestens 50 EUR
233.3.3.	Schrägluftbilder	Zeitaufwand nach Tz. 11. mindestens 50 EUR
233.4.	Abgabe von AFIS-Datensätzen, je Höhenfestpunkt, Referenzstationspunkt (Objekt), Staffelgebühr	mindestens 50 EUR
	für das 1. bis 1000. Objekt, je Objekt	0,09 EUR
	für das 1001. bis 10.000. Objekt, je Objekt	0,045 EUR
233.5.	Abgabe von Geobasisdaten im Zusammenhang mit kundenindividuellen Leistungen (Sonderleistungen)	Zeitaufwand nach Tz. 11.

		mindestens 50 EUR
233.6.	Bereitstellung von Geobasisdaten über Automatisierte Abrufverfahren	
233.6.1.	Registrierung und Nutzerverwaltung, je Vereinbarung und Jahr	
233.6.1. 1.	Ein Vereinbarungspartner mit Profil ohne Eigentumsangaben	
	Grundgebühr	200 EUR
233.6.1. 2.	Ein Vereinbarungspartner mit Profil mit Eigentumsangaben	
	Grundgebühr	400 EUR
	Zuschlag für das Abrufverfahren von Vermessungsunterlagen durch ÖbVI	120 EUR
233.6.1. 3.	Erstmalige Registrierung von Nutzerinnen oder Nutzern oder Änderung von Nutzerinnen oder Nutzern eines Vereinbarungspartners	50 EUR
233.7.	Bereitstellung von Geodatendiensten (Onlinebereitstellung von Objektdaten)	
233.7.1.	Erstmalige Bereitstellung ALKIS-Datensätze	
233.7.1. 1	Grundausstattung ALKIS-Datensätze	Zeitaufwand nach Tz. 11. mindestens 50 EUR
233.7.1. 2.	Zuschlag für Eigentumsangaben	Nach Tz. 233.1.1.
233.7.2.	Aktualisierung	
233.7.2.	für den Zeitraum der seit der letzten Abgabe oder Aktualisierung vergangen ist, je Abgabe	Zeitaufwand nach Tz. 11. mindestens 50 EUR
233.7.2. 2.	Zuschlag Eigentumsangaben für den Zeitraum der seit der letzten Abgabe oder Aktualisierung vergangen ist, je Monat	10 v. H. nach Tz. 233.1.1.

234.	Abgabe von Kopien aus den Nachweisen des Liegenschaftskatasters					
234.1.	Kopien von Vermessungsrissen					
	je Vermessungsriss	15 EUR mindestens 50 EUR				
234.2.	Kopien von Katasterbüchern oder Veränderungsnachweisen					
	je Seite	1 EUR mindestens 50 EUR				
3.	Amtshandlungen der Aufsicht über die amtlichen Vermessungsstellen					
31.	Bestellung als ÖbVI gemäß § 4 BremÖbVIG	650 EUR				
32.	Bestellung einer Stellvertretung gemäß § 21 BremÖbVIG	130 EUR				
33.	Genehmigung der beruflichen Zusammenarbeit gemäß § 16 BremÖbVIG	300 EUR				
34.	Ausfertigung eines Amtsausweises für ÖbVI	65 EUR				
35.	Zurücknahme der Bestellung gemäß § 8 BremÖbVIG	320 EUR				
4.	Amtshandlungen im Bereich der amtlichen Wertermittlung					
41.	Erstattung von Gutachten					
41.1.	Gutachten über den Verkehrswert von bebauten und unbebauten Grundstücken oder Rechten an Grundstücken					
	a) bei einem Verkehrswert bis einschließlich 500 000 EUR	1 300 EUR zuzüglich eines Bruch- teils des Ver- kehrswertes in Höhe von 4,5 v. T.				
	b) bei einem Verkehrswert von mehr als 500 000 EUR bis einschließlich 1 000 000 EUR	3 000 EUR zuzüglich				

eines Bruch-
teils des Ver-
kehrswertes
in Höhe von
1,1 v. T.

c) bei einem Verkehrswert von mehr als 1 000 000 EUR

3 300 EUR zuzüglich eines Bruchteils des Verkehrswertes in Höhe von 0,8 v. T.

41.2. Gutachten über den Verkehrswert von Erbbaurechten oder von mit Erbbaurechten belasteten Grundstücken

Bruchteil der Gebühr nach Tz. 41.1. in Höhe von 120 v. H.

41.3. Einzelgutachten über die Höhe der Entschädigung oder von Neuordnungswerten (z. B. in Sanierungsgebieten, Entwicklungsbereichen oder in Enteignungsverfahren)

Bruchteil der Gebühr nach Tz. 41.1. in Höhe von 200 v. H.

41.4. Gutachten, die im Einzelfall eine Auseinandersetzung mit Grundsatzfragen der Wertermittlung oder einen überdurchschnittlichen Aufwand erfordern

Bruchteil der Gebühr nach Tz. 41.1. in Höhe von 150 v. H. bis zu 300 v. H.

41.5. Mögliche Reduzierung der Gebühr, wenn der Aufwand für die Vorbereitung der Gutachten deutlich reduziert ist. Dies kann z. B. der Fall sein:

Bruchteil des Verkehrswert es nach Tz. 41.1. Buchstabe a) - c) bis zu 75 v. H.

 a) bei Aktualisierungen von älteren Gutachten mit im Wesentlichen unveränderten Grundstücksmerkmalen oder

- b) bei Gutachten für mehrere Objekte mit im Wesentlichen gleichen Grundstücksmerkmalen erstreckt oder
- bei Gutachten, zu denen notwendige Unterlagen bereitgestellt werden (Bauaufnahme, Aufmaß o. ä.)

a) Ermittlung von Anfangs- und Endwerten in

41.6. Sonstige Gutachten

,	Sanierungsgebieten und städtebaulichen Entwicklungsbereichen	nach Tz. 11.
b)	Stellungnahmen zu erstatteten Gutachten	Zeitaufwand nach Tz. 11.
c)	Gutachten, die sich nicht den Tz. 41.1 bis 41.5 zuordnen lassen	Zeitaufwand nach Tz. 11.

41.7. Nachträgliche Mehrausfertigung von Gutachten, pro Antrag

50 EUR

Zeitaufwand

je Mehrausfertigung

10 EUR

42. Bereitstellung von Bodenrichtwerten sowie Angaben zum Grundstücksmarkt und Auskünfte aus der Kaufpreissammlung

42.1. Bereitstellung der Angaben zum Grundstücksmarkt

50 EUR

- 42.2. Bereitstellung der Bodenrichtwerte
- 42.2.1. Online-Bereitstellung von Bodenrichtwerten im Bodenrichtwertinformationssystem Niedersachsen und Bremen (BORIS.NI)

gebührenfrei

42.2.2. Abgabe von Auszügen aus den Bodenrichtwertkarten bis Format DIN A3

50 EUR

42.2.3. Erweiterte Auskunft über den Bodenwert in den Fällen, in denen keine Bodenrichtwerte vorliegen oder eine umfangreiche Bodenwertermittlung erforderlich ist

Zeitaufwand nach Tz. 11.

- 42.3. Auskunft aus der Kaufpreissammlung
- 42.3.1. Einzelauskunft
- 42.3.1.1 Einzelauskunft von Kaufpreisen

.

	a) bis zu 15 Kauffälle pro Antrag	240 EUR
	b) für jeden weiteren Kauffall in einem Antrag	7 EUR
42.3.1.2	Einzelauskunft von Vergleichspreisen	nach Tz. 42.3.1.1. zzgl. Zeitaufwand nach Tz. 11.
42.3.2.	Abgabe sonstiger Auswertungen aus der Kaufpreissammlung	

Sozialverwaltungsverfahren

Auskunft aus der Kaufpreissammlung in

Anmerkungen Anlage 1

kostenfrei

Zu Tz. 11., Anmerkung a

42.3.3.

Die Erhebung einer Gebühr nach Zeitaufwand ist nur im Zusammenhang mit einem Gebührentatbestand zulässig, der dies explizit benennt.

Zu Tz. 11., Anmerkung b

Zeiten für Arbeiten außerhalb des Dienstgebäudes (örtliche Arbeiten) sowie die Zeit, welche die An- und Abreisen unter regelmäßigen Verhältnissen erfordern, gehören zum abzurechnenden Zeitaufwand.

Zu Tz. 11., Anmerkung c

Aufwendungen für die Entschädigung des Außendienstes, für den Einsatz von Kraftfahrzeugen und Geräten sind mit den Gebühren abgegolten.

Zu Tz. 12., Anmerkung a

Auslagen sind in nachgewiesener Höhe anzusetzen. Die Erhebung von Auslagen richtet sich in der Regel nach § 11 BremGebBeitrG.

Zu Tz. 12., Anmerkung b

Auslagen sind umsatzsteuerlich wie die Hauptleistung zu behandeln.

Zu Tz. 12., Anmerkung c

Auslagen nach Tz. 12.1. sind bspw. Aufwendungen für öffentliche Bekanntmachungen. Unter Auslagen nach Tz. 12.2. fallen die Auslagen, die über Tz. 12.1. hinaus anfallen, bspw. für Ab- und Vermarkungsmaterial, Verkehrssicherungsmaßnahmen, Auskunft aus der Bauakte oder dem Baulastenverzeichnis, Speicherplatz oder weitere Betriebskosten oder Materialkosten für den 3D-Druck.

Zu Tz. 14., Anmerkung a

Die Gebühr darf nicht höher sein als die für die Erbringung der ursprünglichen Leistung festzusetzende Gebühr.

Zu Tz. 21., Anmerkung a

Liegenschaftsvermessungen (Zerlegung, Grenzfeststellung, Gebäudeeinmessung) bestehen regelmäßig aus folgenden Arbeitsschritten:

- a) Vorbereitung von Vermessungsunterlagen (Tz. 210.)
- b) Vermessung (Tz. 211. oder Tz. 212.) mit häuslichen Vorarbeiten, sofern erforderlich der Durchführung des Verwaltungsverfahrens mit Abmarkung (Tz. 211.3. oder Tz. 211.4.) und Auswertung der Vermessungsergebnisse
- c) Übernahme der Vermessungsergebnisse in das Liegenschaftskataster durch die Katasterbehörde (Tz. 220.).

Zu Tz. 21., Anmerkung b

Vermessungen für die vermessungstechnische Übertragung von Grenzpunkten in die Örtlichkeit (Tz. 214.) oder die Anfertigung eines Qualifizierten Lageplans (Tz. 213.) bestehen regelmäßig aus folgenden Arbeitsschritten:

- a) Vorbereitung von Vermessungsunterlagen nach Tz. 210.
- b) Vermessung (Tz. 214. oder Tz. 213.) und Auswertung der Vermessungsergebnisse.

Zu Tz. 21., Anmerkung c

Die Gebühren für Vermessungen setzen sich in der Regel zusammen aus der Grundgebühr und der Vermessungsgebühr. In den Grundgebühren sind enthalten: Die Kosten für Porto, Telefon, Fahrzeug- und Gerätebenutzung sowie die Kosten für Wegezeiten des Vermessungstrupps. Weitere Auslagen sind nach Tz. 12. zu erheben.

Zu Tz. 21., Anmerkung d

Bei gleichzeitiger Durchführung mehrerer Vermessungen unterschiedlicher Art und mit gleichen Beteiligten auf aneinandergrenzenden Grundstücken ist nur eine Grundgebühr zu erheben. Weichen die für die jeweiligen Vermessungen maßgeblichen Grundgebühren voneinander ab, ist die höchste anzusetzen.

Zu Tz. 210., Anmerkung a

Bei der zeitgleichen Vermessung auf aneinandergrenzenden Grundstücken, z. B. zur Zerlegung eines Flurstücks, der Feststellung einer gemeinsamen Grenze, oder Einmessung eines Baukörpers, der sich über mehr als ein Grundstück erstreckt, ist die Grundgebühr nur einmal anzusetzen.

Zu Tz. 210., Anmerkung b

Werden für Amtshandlungen nach Tz. 211. oder Tz. 212. vor Ablauf von zwölf Monaten für entsprechende weitere Amtshandlungen auf einem Grundstück oder für die unter Anmerkung 210a genannten Fälle Vermessungsunterlagen benötigt, wird für diejenigen Unterlagen bei denen es sich lediglich um Aktualisierungen handelt, eine Gebühr nicht mehr erhoben.

Zu Tz. 211.1.2., Anmerkung

Ist die vollständige Vermessung des größten neuen Flurstücks nicht vorgeschrieben (sog. Reststück), so ist der Ermittlung der auf das Reststück entfallenden anteiligen Gebühr die Summe der Flächeninhalte der übrigen aus demselben Stammflurstück entstandenen neuen Flurstücke zugrunde zu legen. Führt diese Summenbildung zu einer größeren Fläche als der Buchfläche des Reststücks, ist die Buchfläche des Reststücks anzusetzen.

Zu Tz. 211.1.3., Anmerkung

Für die Ermittlung des Wertfaktors ist der Bodenrichtwert anzusetzen, der für das Vermessungsgebiet aus der aktuellen Bodenrichtwertkarte ersichtlich ist. Fehlen Bodenrichtwerte, so ist der Wertfaktor auf der Grundlage von Bodenrichtwerten vergleichbarer Gebiete plausibel festzulegen. Jedem neu gebildeten Flurstück ist der jeweils zutreffende Wertfaktor der Tabelle nach Tz. 211.1.3. zuzuordnen.

Für Waldflächen und landwirtschaftliche Flächen ist der Wertfaktor 0,4, für Verkehrsund öffentliche Grünflächen der Wertfaktor 0,6 anzusetzen. Für private Grünflächen ist der Wertfaktor 0,6 anzusetzen, wenn diese Flächen im Bebauungsplan entsprechend ausgewiesen sind. Bei der Aufteilung von Baugebieten ist die Wertstufe für vergleichbares baureifes Land anzusetzen. Maßgeblich ist die angestrebte künftige Nutzung des jeweiligen Flurstücks.

Zu Tz. 211.4., Anmerkung

Die Gebühr für eine nachträgliche Abmarkung schuldet in der Regel der Kostenschuldner der Zerlegung, sofern nicht ein neuer Antrag durch einen Dritten gestellt wurde.

Zu Tz. 212., Anmerkung a

Bei der zeitgleichen Einmessung eines Baukörpers, der sich über mehr als ein Grundstück erstreckt, ist nur eine Grundgebühr anzusetzen. Baukörper sind im zeitlichen Zusammenhang errichtete unmittelbar aneinander gebaute gleichartige Gebäude, die in der Grundrissdarstellung von einer ununterbrochenen Linie umschlossen sind.

Zu Tz. 212., Anmerkung b

Eine Gebühr nach Tz. 212.2. ist anzusetzen für jedes Gebäude oder jeden Teil eines Baukörpers im Sinne der Anmerkung Tz. 212a, wenn und soweit dafür eine separate Hausnummer vergeben ist oder vergeben wird.

Zu Tz. 212., Anmerkung c

Sind auf einem Grundstück mehrere Grundrissveränderungen oder Gebäude einzumessen, dann ist die Summe der Baukosten bei der Bemessung der Gebäudeeinmessungsgebühr anzuhalten.

Zu Tz. 212., Anmerkung d

Für die Gebührenrechnung sind in der Regel die in den Bauakten der Bauordnungsämter geführten Baukosten maßgebend. Sind darin entsprechende Angaben nicht enthalten, sind Baukosten zugrunde zu legen, die sich nach § 2 der BauKostV ergeben.

Zu Tz. 220., Anmerkung a

Es ist höchstens eine Grundgebühr je Baukörper zu erheben.

Zu Tz. 220., Anmerkung b

Bei gleichzeitig durchgeführten Vermessungen unterschiedlicher Art sind die für die jeweilige Art der Amtshandlung zutreffenden Prozentsätze nach 220.2 bei der Ableitung der Übernahmegebühr anzuhalten. Die bei gleichzeitig durchgeführten Amtshandlungen nicht zu erhebenden Grundgebühren sind auch bei der Ableitung der Übernahmegebühr nicht zu berücksichtigen.

Zu Tz. 220., Anmerkung c

Die Gebühren nach Tz. 220.1. und Tz. 220.2. c) entfallen, sofern von Gebäudeeinmessungen auf dem Grundstück ausschließlich Gebäude oder Grundrissveränderungen betroffen sind, deren gesamte Baukosten 20 000 EUR nicht übersteigen. Bei der Einmessung von Gebäuden mit Baukosten über 20 000 und bis zu 50 000 EUR entfällt bei der Berechnung der Übernahmegebühr die Grundgebühr.

Zu Tz. 220., Anmerkung d

Die Gebühren nach Tz. 220.1. und Tz. 220.2. beinhalten eine Standardpräsentation Liegenschaftskarte sowie die für die Mitteilung der Veränderungen im Liegenschaftskataster erforderlichen Auszüge aus dem Liegenschaftskataster.

Zu Tz. 231., Anmerkung

Für die Abgabe und das Recht zur Nutzung von Geobasisdaten werden einmalig oder jährlich Gebühren erhoben.

Zu Tz. 231.1., Anmerkung

Die Gebühr für Datensätze der Eigentumsangaben ergibt sich aus dem Basisbetrag multipliziert mit der Anzahl der Grundbuchkennzeichen.

Zu Tz. 233.4., Anmerkung

Die Gebühr für die Datensätze des AFIS ergibt sich aus dem Basisbetrag multipliziert mit der Anzahl der Festpunkte.

Zu Tz. 233.5., Anmerkung

Bei der Abgabe von Geobasisdaten sind die Aufwände für Standarddatenträger und der Zeitaufwand für die zur Abgabe notwendige Aufbereitung der vorhandenen Geobasisdatensätze in der Regel in der Gebühr für die Abgabe des Datensatzes enthalten. Für speziell auf die Kundenwünsche zugeschnittene inhaltliche oder räumliche Datenaufbereitungen oder die Transformation in spezielle Datenformate ist zusätzlich die Gebühr nach Tz. 233.1. oder 233.4. anzusetzen.

Zu Tz. 233.7., Anmerkung

Aufwendungen für den Betrieb der Infrastruktur sind als Auslagen zu erheben.

Zu Tz. 234.2., Anmerkung

Zuzüglich einer Gebühren für Beglaubigungen gemäß AllKostV und Auslagen nach Tz. 12.2.

Zu Tz. 41., Anmerkung a

Für Gutachten über Grundstückswerte nach Tz. 41.1. bis 41.7. leitet sich die Gebühr aus dem Verkehrswert des Wertermittlungsobjektes ab, soweit in den Anmerkungen nichts anderes bestimmt ist. Auslagen sind nach Tz. 12.2. zu erheben.

Zu Tz. 41., Anmerkung b

Fallen der Wertermittlungsstichtag und der Zeitpunkt der Wertermittlung nicht zusammen, so ist für die Berechnung der Gebühren der auf den Zeitpunkt der Wertermittlung angepasste Verkehrswert maßgebend.

Zu Tz. 41., Anmerkung c

Sind Grundstücke mit sonstigen Rechten belastet, so ist für die Berechnung der Gebühren die Summe aus dem Verkehrswert des unbelasteten Grundstücks und dem Wert der Rechte maßgebend.

Zu Tz. 41., Anmerkung d

Wird ein Wertermittlungsobjekt zu mehreren Wertermittlungsstichtagen bewertet, ist zur Berechnung der Gebühr die Summe aus den einzelnen Verkehrswerten maßgebend.

Zu Tz. 41., Anmerkung e

Präsentationsausgaben des Liegenschaftskatasters sind als Auslagen abzurechnen.

Zu Tz. 41., Anmerkung f

Mit den Gebühren sind die Entschädigungen der ehrenamtlichen Gutachterinnen und Gutachter abgegolten.

Zu Tz. 41., Anmerkung g

In den Gebühren sind bis zu drei Ausfertigungen der Gutachten enthalten.

Anlage 2

(zu § 2)

Kostenverzeichnis für	Leistungen	und Produkte d	es Landesamtes	Geoinformation
Bremen				

	-	·	-	ts۱	-	~~	\sim	\sim	h	-	-
ı		11	121	1			-1	(:)	1	11	ı 🛰
			ıu		v	_	\sim 1	v			ı

1001.	Allgemeine Regelungen	
1002.	Online-Bereitstellung von Produkten und Dienstleistungen	
1003.	Technische Dienstleistungen	
1004.	Ermittlung von Grundstückswerten für verwaltungsinterne Zwecke	
1001.	Allgemeine Regelungen	
1001.1.	Auslagen	nach Tz. 12. der Anlage 1 zu § 1
1001.2.	Rücknahme eines Auftrages	nach Tz. 13. der Anlage 1 zu § 1, je Auftrag mindestens 50 EUR
1002.	Online-Bereitstellung von Produkten und Dienstleistungen	
1002.1.	Stadtpläne oder Übersichtskarten	gebührenfrei
1002.2.	Geodatenfachanwendung für kundenindividuelle Zwecke	
1002.2. 1.	Einrichtung und Betrieb einer Geodatenfachanwendung für kundenindividuelle Zwecke	Zeitaufwand nach Tz. 11. der Anlage 1 zu § 1
1002.2. 2.	Registrierung und Nutzerverwaltung, je Geodatenfachanwendung und Jahr	
1002.2. 2.1.	Geodatenfachanwendung mit Profil ohne Eigentumsangaben	
	Grundbetrag, je Geodatenfachanwendung und Jahr	200 EUR

1002.2. 2.2.	Geodatenfachanwendung mit Profil mit Eigentumsangaben	
	Grundbetrag, je Geodatenfachanwendung und Jahr	400 EUR
	erstmalige Registrierung einer Nutzerin oder eines Nutzers oder Änderung einer Nutzerin oder eines Nutzers unter einem Vereinbarungspartner	50 EUR
1002.3.	Digitales Partizipationssystem DIPAS	Zeitaufwand nach Tz. 11. der Anlage 1 zu § 1
1003.	Technische Dienstleistungen	
1003.1.	Nutzerorientierte Datenaufbereitung oder Konvertierung in individuelle Datenformate	Zeitaufwand nach Tz. 11. der Anlage 1 zu § 1, je Auftrag mindestens 50 EUR
1003.2.	Abgabe von gedruckten 3D-Gebäudemodellen	Zeitaufwand nach Tz. 11. der Anlage 1 zu § 1, je Auftrag mindestens 50 EUR
1004.	Ermittlung von Grundstückswerten für verwaltungsinterne Zwecke (Wertempfehlungen)	
1004.1.	Standardwertempfehlungen	Bruchteil der Gebühr nach Tz. 41.1. bis 41.6 der Anlage 1 zu § 1 in Höhe von 80 v. H.
1004.2.	Überschlägige Wertempfehlungen	Bruchteil der Gebühr nach Tz. 41.1. bis 41.6 der Anlage 1 zu § 1 in Höhe von 60 v. H.

1004.3. Aktualisierung von Wertempfehlungen, die nicht älter als zwei Jahre sind (bei ansonsten unverändertem

Sachverhalt)

Bruchteil der Gebühr nach Tz. 41.1. bis 41.6 der Anlage 1 zu § 1 in Höhe von 45 v. H.

1004.4. Wertempfehlungen in Sonderfällen

Zeitaufwand nach Tz. 11. der Anlage 1 zu § 1, je Auftrag mindestens 50 EUR

Anmerkungen Anlage 2

Zu Tz. 1001., Anmerkung

Werden für Dienstleistungen Auszüge aus dem Liegenschaftskataster oder den Nachweisen des Raumbezugs, Geobasisdaten oder sonstige Karten und Pläne bereitgestellt, sind dafür zusätzlich Gebühren nach den dafür geltenden Tatbeständen gemäß Anlage 1 zu § 1 anzusetzen.

Zu Tz. 1002., Anmerkung

Aufwendungen für Speicherplatz oder weitere verauslagte Betriebskosten sind zusätzlich als Auslage zu erheben.

Zu Tz. 1003.2., Anmerkung

Materialkosten sind zusätzlich als Auslage zu erheben.

Zu Tz. 1004.2., Anmerkung

Überschlägige Wertempfehlungen werden erstellt, wenn keine konkreten Planungen vorliegen. Die Wissenslücke führt zu einem hohen Erwartungsbereich der Wertempfehlung.

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.

Bremen, den xx.xx.2025

Begründung

zur zweiten Verordnung zur Änderung der Kostenverordnung für das amtliche Vermessungswesen und die Gutachterausschüsse nach dem Baugesetzbuch (2. Änd. VermWertKostV)

A. Allgemeiner Teil

In der Kostenverordnung für das amtliche Vermessungswesen und die Gutachterausschüsse nach dem Baugesetzbuch (VermWertKostV) sind die Gebühren für Amtshandlungen der amtlichen Vermessungsstellen, deren Aufsichtsbehörde und der Gutachterausschüsse für Grundstückswerte im Land Bremen festgelegt.

Die Gebührentatbestände in den Anlagen 1 und 2 der VermWertKostV werden durch die zweite Änderung der VermWertKostV an das aktuelle Recht und die technischen Entwicklungen angepasst.

Durch die Anpassung der Gebühren werden die Auswirkungen der Inflation der letzten Jahre gemindert und am Aufwand orientierte Gebühren eingeführt. Die Gebührenhöhen werden erstmalig auf der Grundlage einer Kosten- und Leistungsrechnung kalkuliert.

Die Kalkulation der Gebührenhöhe erfolgt gemäß Entscheidung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land) am 2. November 2018 (VL-654/2018) grundsätzlich auf der Grundlage der Ergebnisse der KLR des Landesamtes Geoinformation Bremen (GeoBremen) aus dem Jahr 2023. Diese wird ergänzt um Ergebnisse der KLR des Vermessungs- und Katasteramtes Bremerhaven (VKA Bhv) und der im Land Bremen zugelassenen Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure (ÖbVI).

Zusätzlich werden bei personalintensiven Leistungen die Tarifsteigerungen seit 2024 auf der Grundlage der Entwicklung der Stundensätze der Allgemeinen Kostenverordnung (AllKostV) vom 16. August 2002 (Brem.GBl. 2002, S. 333), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. März 2025 (Brem.GBl. S. 394) berücksichtigt (Tz. 11). Dies führt zu einer Erhöhung der Stundensätze für um rund 40 %.

Bei wertorientierten Gebühren wird die Inflation (anhand des Verbraucherpreisindex für andere Waren und Dienstleistungen) in Höhe von 10 % berücksichtigt. Die Inflation seit der letzten Anpassung der VermWertKostV in Höhe von 25 % wurde bei den Amtshandlungen der Aufsicht über das amtliche Vermessungswesen (Tz. 3) angehalten.

Die Änderung der Richtlinie (EU) 2019/1024 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (ABI. L 172/56), deren Umsetzung in nationales Recht mit dem Datennutzungsgesetz vom 16. Juli 2021 (BGBI. I S. 2941, 2942, 4114) und die Durchführungsverordnung (EU) 2023/138 der Kommission vom 21. Dezember 2022 zur Festlegung bestimmter hochwertiger Datensätze und der Modalitäten ihrer Veröffentlichung und Weiterverwendung sind bei der Gebührenermittlung für die Bereitstellung hochwertiger Datensätze umzusetzen. Aus Gründen der Transparenz werden die gebührenfreien Tatbestände in der VermWertKostV ausgewiesen.

Wesentliche Änderungen sind dabei die Umsetzung des Grundsatzsatzes der Unentgeltlichkeit der Bereitstellung von hochwertigen Geobasisdaten gemäß § 10 Absatz 1 Satz 1 DNG. Die Begrenzung der Gebührenhöhen für die Bereitstellung von nicht hochwertigen Geobasisdaten auf die Grenzkosten der Bereitstellung erfolgt zukünftig durch die grundsätzliche Erhebung von Gebühren nach Zeitaufwand.

Zur Umsetzung des § 11 DNG hat die Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV) für bundesweite Standardprodukte

einheitliche Gebühren festgelegt (Beschlüsse P 2023/10 und 2024/5). Diese werden in die VermWertKostV eingeführt.

Die Ausnahmen vom Grundsatz der Unentgeltlichkeit sind gemäß § 10 Absatz 4 DNG der Bundesnetzagentur zu melden.

Die Gebührenhöhen der AdV-Gebührenrichtlinie in der Version 4.0.1 werden für den Abruf von Standardpräsentationen (Tz. 232.2) eingeführt. Die überarbeiteten Lizenz- und Nutzungsbedingungen werden aufgenommen. Zukünftig ist nur noch eine Gebühr für die Abgabe und das Nutzungsrecht an Geobasisdaten zu erheben.

Die Veränderungen aufgrund der Digitalisierung der Verwaltung führte zu einer Veränderung der Amtshandlungen (Dienstleistungen und Produkte), die sich tlw. auf die Bezeichnung auswirkt. Darüber hinaus sind aufgrund neuer technischer Entwicklungen die aktuellen Gebührenregelungen anzupassen. Einige Gebührentatbestände können entfallen, da die Produkte nicht mehr angeboten werden. Folgende neue Gebührentatbestände für neue Amtshandlungen werden eingeführt in Anlage 1:

- Bearbeitung einer Bescheinigung über die Nichtbetroffenheit nach § 1026 BGB oder über die Lage anderer Belastungen (Tz. 222),
- Abgabe von Schrägluftbildern (Tz. 233.3.3) und
- Bereitstellung von Geobasisdaten über Automatisierte Abrufverfahren (Tz. 233.6) für jedermann (nicht nur für ÖbVI),
- Einzelauskunft von Kaufpreisen aus der Kaufpreissammlung (Tz. 42.3.1.1) und in Anlage 2:
 - Bereitstellung des Digitalen Partizipationssystems DIPAS (Tz. 1002.3) und
 - Abgabe von gedruckten 3D-Gebäudemodellen (Tz. 1003.2).

Zur besseren Verständlichkeit bedürfen diverse Regelungen einer redaktionellen Anpassung. Nach dem Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetz werden Verwaltungsgebühren für Amtshandlungen erhoben (vgl. § 4 Absatz 1 BremGebBeitrG). Aus diesem Grund werden die Bezeichnungen der Gebührentatbestände konsequent an die Amtshandlungen (Tätigkeiten) angepasst. Die erste Gliederungsebene unterscheidet zwischen den einzelnen Rechtsbereichen. Dieses Vorgehen wird auch für die Tarifziffer 4 (amtliche Wertermittlung) umgesetzt. Hierbei wird stringent auf die Rechtsvorschriften im Baugesetzbuch abgestellt.

Die grundsätzliche Gliederung wurde beibehalten. Allgemeine Regelungen, wie die Gebühr nach Zeitaufwand (Tz. 1), die für das amtliche Vermessungs- und Geoinformationswesen (Tz. 2) sowie die amtliche Wertermittlung (Tz. 4) gelten, wurden vor die Klammer gezogen. Die Struktur insbesondere bei den Produkten und Dienstleistungen des amtlichen Vermessungs- und Geoinformationswesens (Tz. 2) wurde an die Wertschöpfungskette angepasst. Der Erhebung von Geobasisdaten durch Liegenschaftsvermessungen (Tz. 21) folgt die Führung des Liegenschaftskatasters (Tz. 22) und endet mit der Bereitstellung von Geobasisdaten (Tz. 23). Dies ist nicht zuletzt durch die Einführung der KLR bei GeoBremen bedingt. So werden entsprechend den gesetzlichen Aufgaben Bereiche in der VermWertKostV geschaffen, die für alle amtlichen Vermessungsstellen anzuwenden sind (Tz. 21), nur durch die katasterführenden Stellen maßgeblich sind (Tz. 22) oder ausschließlich durch GeoBremen wahrgenommen werden (bspw. Tz. 230).

Es wird davon ausgegangen, dass aufgrund der dynamischen Entwicklungen insbesondere bei den digitalen Produkten und Dienstleistungen zukünftig weitere neue Produkte oder Dienstleistungen entstehen, die entsprechend in der VermWertKostV abzubilden sind. Die neu geschaffene Struktur sieht hierfür Freiraum vor, ohne dass alle Tarifziffern angepasst werden müssen. Dadurch sollen der Aufwand für die Fortschreibung der VermWertKostV und der sich aus der Fortschreibung ergebende Folgeaufwand, bspw. durch Anpassung der Software für die Erstellung von Kostenbescheiden ergibt, reduziert werden.

Die Digitalisierung schafft die Möglichkeit, Geobasisdaten des amtlichen Vermessungs- und Geoinformationswesens verstärkt online bereitzustellen, statt diese wie bisher mit einem erheblichen manuellen Aufwand abzugeben. Der Grundsatz digital first ist im Abschnitt zur Bereitstellung von Geobasisdaten (Tz. 23) integriert.

Durch die komplexe Struktur der VermWertKostV ist der Aufwand für die Fortschreibung extrem hoch und steht damit in keinem angemessenen Verhältnis zu den erzielbaren Gebühren. Die neue Struktur soll einfacher in der Kalkulation der Gebührenhöhen und der Fortschreibung sein.

Die Trennung zwischen Gebührentatbeständen (Spalte 2 im Brem.GBl.) und Gebührenhöhen (Spalte 3) soll die Lesbarkeit und die Rechtsanwendung erleichtern.

Ergänzt um notwendige redaktionelle Änderungen wird die VermWertKostV verschlankt und übersichtlicher gestaltet. Hierzu trägt nicht zuletzt die Bündelung der Anmerkungen zu den Tarifziffern am Ende der jeweiligen Anlage bei. Dadurch soll die Anwendung der VermWertKostV vereinfacht und rechtskonformer werden.

Die vorliegende Änderung der VermWertKostV soll zum 01.01.2026 mit dem Beginn des neuen Steuerjahres erfolgen. Dadurch werden Brüche in den Zeitreihen der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) vermieden und die amtlichen Vermessungsstellen erhalten einen zeitlichen Puffer, um ihre Abrechnungssoftware umzustellen.

Die nächste Überprüfung der Gebühren der VermWertKostV und ggf. deren Fortschreibung sind zum 01.01.2027 geplant.

B. Besonderer Teil

B.1 Grundsätzliches zur Kalkulation der Höhe der Gebühren

Die Basis der Gebührenkalkulation bilden die Ergebnisse der die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) von GeoBremen aus dem Jahr 2023. Neben den Daten von GeoBremen werden zusätzlich die Daten der weiteren amtlichen Vermessungsstellen, wie das VKA Bhv sowie der ÖbVI in Bremen, in die Kalkulation einbezogen. Diese zusätzlichen Daten dienen vor allem der Plausibilisierung und Vervollständigung der KLR-Ergebnisse von GeoBremen, um für möglichst alle amtlichen Vermessungsstellen in der Freien Hansestadt Bremen zutreffende Gebührenhöhen gemäß dem Kostendeckungsprinzip festzulegen.

Aus der Leistungsbilanz der KLR werden nachfolgende Durchschnittswerte für jedes KLR-Produkt, soweit Daten vorhanden sind, herangezogen:

- die tatsächlich angefallenen Kosten (Personal- und Sachkosten) je Antrag,
- die erzielten Erlöse je Antrag und
- die erfassten Arbeitsstunden je Antrag.

Aus dem Quotienten der Erlöse dividiert durch die Kosten je Antrag lässt sich der durchschnittliche Kostendeckungsgrad für ein KLR-Produkt ableiten. Zielwert für die Kalkulation der Gebührenhöhe ist nach dem Kostendeckungsprinzip ein Deckungsgrad von 1,0, sodass ein Wert von kleiner als 1,0 eine Gebührenerhöhung (Erhöhung der Erlöse) bis zur Erreichung des Quotienten von 1,0 zur Folge hat. Ein Wert von größer als 1,0 bedeutet, dass die aktuellen Gebühren die tatsächlichen Kosten übersteigen und bedingt hingegen die Senkung der Gebühren. Die neue Gebührenhöhe unter Einhaltung des Kostendeckungsprinzips ergibt sich grundsätzlich durch die Bildung des Produkts aus durchschnittlichen Personalvollkosten je Stunde multipliziert mit den durchschnittlichen Arbeitsstunden je Antrag. In den Fällen, in denen sich die Gebühren für ein KLR-Produkt aus

mehreren Gebührenpositionen (Tarifziffern) zusammensetzen, werden für die Abschätzung der Gebührenhöhen und Faktoren der einzelnen Tarifziffern geeignete Musterbeispiele und Vergleichswerte genutzt.

Ausgehend von den tatsächlichen Verhältnissen gemäß KLR im Jahr 2023 wird auf Grundlage der Steigerung der Stundensätze in der AllKostV ein prozentualer Aufschlag von 10 % auf die berechneten Gebührenhöhen angebracht, um die Preisentwicklung vom 01.01.2024 bis 01.01.2026 abzubilden. Die prozentuale Steigerung der AllKostV beträgt für den mittleren und gehobenen Dienst zwischen dem 01.01.2024 und 01.04.2025 rd. 8,6%. Zur Berücksichtigung der restlichen Preisentwicklung im Jahr 2025 und der weiteren Preisentwicklung im Jahr 2026 wird der Wert auf volle 10 % aufgerundet.

Als Grundlage für die Festlegung einer einheitlichen Mindestgebühr wird ein Zeitaufwand von mindestens einer halben Stunde angenommen, der bei jedem Antrag durch den Aufwand für Antragsannahme und Beratung, die Erfassung im Geschäftsbuch sowie die Erstellung und Übermittlung eines Kostenbescheides entsteht. In Verbindung mit den KLR-Ergebnissen von GeoBremen ergibt sich daraus eine laufbahnunabhängige Mindestgebühr für den mittleren und gehobenen Dienst von 50 EUR (Mittelwert), welche folglich die Untergrenze für jede Gebührenerhebung mit manuellem Aufwänden bildet (Mindestgebühr).

B.2 Zu den einzelnen Gebührentatbeständen der Anlage 1

Tz. 11 (neu) Gebührenberechnung nach Zeitaufwand

Die neuen Stundensätze ergeben sich für die Laufbahngruppen des mittleren und gehobenen Dienstes jeweils aus dem Mittelwert der Stundensätze der KLR-Produkte (tatsächliche Personalvollkosten je Stunde). Hierzu werden die tatsächlichen Personalvollkosten je Stunde der Erhebung und Führung des Liegenschaftskatasters aus der KLR von GeoBremen nach Laufbahngruppen getrennt herangezogen. Zur Festlegung des Stundensatzes des höheren Dienstes wird der allgemeine Stundensatz der AllKostV, um einen technischen Wertanteil erhöht, welcher durch die Kalkulation der Stundensätze des mittleren Dienstes und gehobenen Dienstes bekannt ist. Der technische Wertanteil resultiert aus der vermessungstechnischen Ausstattung und höheren Personalkosten in technischen Behörden aufgrund unterschiedlicher Tarifverträge für die Allgemeine Verwaltung und die Technische Verwaltung, deren Gesamtkosten im Stundensatz abgebildet sein müssen. Die Stundensätze der VermWertKostV liegen aufgrund dessen deutlich über den allgemeinen Stundensätzen der AllKostV. Die überproportionale Erhöhung des Stundensatzes des mittleren Dienstes ist durch den zu niedrigen Ansatz im Jahr 2018 bedingt, der offensichtlich keinen technischen Wertanteil berücksichtigt hat.

Tz. 210 (neu) Vorbereitung von Vermessungsunterlagen

Die Anpassung der Gebührenhöhe erfolgt auf Grundlage der KLR-Ergebnisse von GeoBremen. Der Anteil für die Vermessungsunterlagen gemäß Tz. 12.6.1 in Höhe von 10 v. H., der bisher durch die katasterführenden Stellen nachträglich erhoben worden ist, wird in der Gebühr für die Führung des Liegenschaftskatasters (Tz. 22 (neu)) aufgenommen.

Tz. 211.1 (neu) Zerlegung

Der Kalkulation der Grundgebühr liegt ein grundsätzlicher Aufwand von ca. acht Arbeitsstunden je Antrag zu Grunde, der im Zusammenhang mit jeder Zerlegungsvermessung entsteht und durch die tatsächlichen Personalvollkosten je Stunde aus der KLR in der Grundgebühr berücksichtigt wird. Dazu gehören u. a. der Aufwand für die Antragsannahme und Beratung, die Durchführung des Verwaltungsverfahrens, die unmittelbare Vorbereitung der Außendiensttätigkeit sowie die An- und Abfahrt. Die

Anpassung der flächenbezogenen Gebührensätze wird bei gleichbleibenden Wertfaktoren mithilfe von Musterbeispielen, der KLR von GeoBremen und der Daten der weiteren amtlichen Vermessungsstellen vorgenommen. Die deutliche Erhöhung der Gebührenpositionen ist auf einen ermittelten Kostendeckungsgrad von 0,48 bezogen auf die Gebühren nach VermWertKostV (2018) zurückzuführen.

Tz. 211.2 (neu) Grenzfeststellung

Der Kalkulation der Grundgebühr liegt ein grundsätzlicher Aufwand von ca. acht Arbeitsstunden je Antrag zu Grunde, der im Zusammenhang mit jeder Grenzfeststellung entsteht und durch die tatsächlichen Personalvollkosten je Stunde aus der KLR in der Grundgebühr berücksichtigt wird. Dazu gehören u. a. der Aufwand für die Antragsannahme und Beratung, die Durchführung des Verwaltungsverfahrens, die unmittelbare Vorbereitung der Außendiensttätigkeit sowie die An- und Abfahrt. Die Anpassung der Gebühren je Grenzpunkt wurde mithilfe von Musterbeispielen, der KLR von GeoBremen und der Daten der weiteren amtlichen Vermessungsstellen vorgenommen. Die deutliche Erhöhung der Gebührenpositionen ist auf einen ermittelten Kostendeckungsgrad von 0,25 bezogen auf die Gebühren nach VermWertKostV (2018) zurückzuführen.

Tz. 211.3 (neu) Abmarkung von Grenzpunkten im zeitlichen Zusammenhang mit einer Zerlegung oder Grenzfeststellung

Die Gebührenposition umfasst den Aufwand für die reine Verwaltungstätigkeit zur Abmarkung eines Grenzpunktes in der Örtlichkeit. Die Höhe der Gebühr wird auf Grundlage einer Aufwandsprognose in Verbindung mit den tatsächlichen Personalvollkosten je Stunde aus der KLR von GeoBremen vorgenommen.

Tz. 211.4 (neu) Nachträgliche Abmarkung von Grenzpunkten zu einer Zerlegung oder Grenzfeststellung

Der Kalkulation der Grundgebühr liegt ein grundsätzlicher Aufwand von ca. sechs Arbeitsstunden je Antrag zu Grunde, der im Zusammenhang mit jeder nachträglichen Abmarkung von Grenzpunkten entsteht und durch die tatsächlichen Personalvollkosten je Stunde aus der KLR von GeoBremen in der Grundgebühr berücksichtigt wird. Dazu gehören u. a. der Aufwand für die Antragsannahme und Beratung, die Durchführung des Verwaltungsverfahrens, die unmittelbare Vorbereitung der Außendiensttätigkeit sowie die An- und Abfahrt. In der Praxis ist durch die im Vorfeld bereits durchführte amtliche Liegenschaftsvermessung der Aufwand im Vergleich zur Zerlegungsvermessung oder Grenzfeststellung reduziert.

Tz. 212 (neu) Vermessung von Gebäuden oder im Grundriss veränderter Gebäude und von baulichen Anlagen

Der Kalkulation der Grundgebühr liegt ein grundsätzlicher Aufwand von ca. 2,5 Arbeitsstunden je Antrag zu Grunde, der im Zusammenhang mit jeder Gebäudevermessung entsteht und durch die tatsächlichen Personalvollkosten je Stunde aus der KLR von GeoBremen in der Grundgebühr berücksichtigt wird. Dazu gehören u. a. der Aufwand für die Antragsannahme und Beratung, die Anfertigung der Vermessungsunterlagen, die unmittelbare Vorbereitung der Außendiensttätigkeit sowie die An- und Abfahrt. Eine Kostendeckung wird durch die Erhöhung der Grundgebühr auf der Grundlage der KLR von GeoBremen bereits erreicht. Dadurch ist eine zusätzliche Anpassung der Baukostentabelle (Tz. 212.2) entbehrlich.

Tz. 213 (neu) Abfertigung eines qualifizierten Lageplanes gemäß § 7 Absatz 3 BremBauVorlV oder einer Planunterlage § 1 PlanZV

Der Kalkulation der Grundgebühr liegt ein grundsätzlicher Aufwand von ca. vier Arbeitsstunden je Antrag zu Grunde, der im Zusammenhang mit jedem Antrag zur Anfertigung eines qualifizierten Lageplanes entsteht und durch die tatsächlichen Personalvollkosten je Stunde aus der KLR in der Grundgebühr berücksichtigt wird. Dazu gehören u.a. der Aufwand für die Antragsannahme und Beratung, die Anfertigung des Lageplanes, die unmittelbare Vorbereitung der Außendiensttätigkeit und die An- und Abfahrt.

Tz. 214 (neu) Vermessungstechnische Übertragung von Grenzpunkten in die Örtlichkeit

Der Kalkulation der Grundgebühr liegt ein grundsätzlicher Aufwand von ca. 2,5 Arbeitsstunden je Antrag zu Grunde, der im Zusammenhang mit jeder vermessungstechnischen Übertragung von Grenzpunkten in die Örtlichkeit entsteht. Dazu gehören u. a. der Aufwand für die Antragsannahme und Beratung, die unmittelbare Vorbereitung der Außendiensttätigkeit sowie die An- und Abfahrt. Aufgrund der erforderlichen hohen Qualität der Grenzpunkte im Liegenschaftskataster ist der Aufwand im Vergleich zur Grenzfeststellung deutlich reduziert.

Tz. 215 (neu) Erteilung einer Bescheinigung

Die Anpassung der Gebührenhöhe wird auf Grundlage einer Aufwandsprognose in Verbindung mit den tatsächlichen Personalvollkosten je Stunde aus der KLR von GeoBremen vorgenommen.

Tz. 220 (neu) Führung von Geobasisdaten

Durch die Anpassung der Vermessungsgebühren nach Tz. 211.1 (neu), 211.2 (neu), 211.3 (neu) und Tz. 212 (neu) ist keine Anpassung der Gebührenhöhe erforderlich, da die Gebührenpositionen in Abhängigkeit zu den Vermessungsgebühren festgelegt sind.

Tz. 230 (neu) Online-Bereitstellung von hochwertigen Datensätzen gemäß § 10 Absatz 3 DNG

Die Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV) hat sich in ihren Beschlüssen P 2023/10 und 2024/5 auf bundesweit einheitliche Geobasisdaten verständigt, die gemäß Artikel 2 der Durchführungsverordnung (EU) 2023/138 der Kommission vom 21. Dezember 2022 zur Festlegung bestimmter hochwertiger Datensätze und der Modalitäten ihrer Veröffentlichung und Weiterverwendung der Kategorie Georaum zuzuordnen sind. Diese Beschlüsse werden in der 2. Änderung der VermWertKostV umgesetzt.

Tz. 231.1 (neu) Prüfung des berechtigten Interesses

Für die Prüfung des berechtigten Interesses gemäß §10 Abs. 4 des Gesetzes über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (Vermessungs- und Katastergesetz) vom 16. Oktober 1990 (Brem.GBI. 1990, S. 313), zuletzt geändert durch Geschäftsverteilung des Senats vom 20. Oktober 2020 (Brem.GBI. S. 1172) wird ein neuer Gebührentatbestand geschaffen, welcher den Aufwand bei der Abgabe von personenbezogenen Daten abdecken soll. Die Gebührenhöhe wird auf Grundlage einer Aufwandsprognose in Verbindung mit den tatsächlichen Personalvollkosten je Stunde aus der KLR von GeoBremen festgelegt und entspricht der Mindestgebühr.

Tz. 232.2 (neu) Abruf von ALKIS-Präsentationsausgaben

Als Gebührenhöhen wurden die Angaben der AdV-Gebührenrichtlinie, Version 4 (AdV, Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland) eingehalten, die durch alle Bundesländer übernommen werden.

Tz. 232.3 (neu) Abgabe von ALKIS-Präsentationsausgaben

Die Anpassung der Gebührenhöhe wird auf Grundlage einer Aufwandsprognose in Verbindung mit den tatsächlichen Personalvollkosten je Stunde aus der KLR von GeoBremen vorgenommen und entspricht der Mindestgebühr.

Tz. 3 Amtshandlungen der Aufsicht über die amtlichen Vermessungsstellen

Die Gebührenhöhen der Tz. 3 werden mangels Ergebnisse einer KLR weiterhin nach dem Äquivalenzprinzip ermittelt. Es erfolgt je Gebührentatbestand eine Erhöhung um 29 % (VPI, Gruppe 12).

Tz. 41 Erstattung von Gutachten

Die Anpassung der Höhe des wertunabhängigen Gebührenanteils wird auf Grundlage der KLR von GeoBremen vorgenommen. Eine Anpassung des wertabhängigen Gebührenanteils ist nicht erforderlich, da die strukturelle Erhöhung bereits durch die allgemeine Steigerung der Immobilienpreise berücksichtigt wird.

Tz. 42.3 (neu) Auskunft aus der Kaufpreissammlung

Die Anpassung der Gebührenhöhe wird auf Grundlage einer Aufwandsprognose in Verbindung mit den tatsächlichen Personalvollkosten je Stunde aus der KLR von GeoBremen vorgenommen. Für die Prognose wird angenommen, dass durch die Einführung der Automatisierten Kaufpreissammlung (AKS) Niedersachsen bei beiden Gutachterausschüssen für Grundstückswerte in der Freien Hansestadt Bremen Effizienzgewinne generiert werden und sich dadurch der Aufwand für Auskünfte aus der Kaufpreissammlung reduziert. Die Gebührenhöhe wird auf Grundlage von geeigneten Kauffällen für den Zeitaufwand aus anderen Bundesländern in Verbindung mit der KLR von GeoBremen festlegt.

B.2 Zu den einzelnen Gebührentatbeständen der Anlage 2

Tz. 1004 (neu) Ermittlung von Grundstückswerten für verwaltungsinterne Zwecke (Wertempfehlungen)

Eine Kostendeckung wird für dieses Produkt nach den Ergebnissen der KLR von GeoBremen bereits erzielt. Bedingt durch die Anpassung der Gebühren für Verkehrswertgutachten wurden die Anteile v. H. für die verschiedenen Arten von Wertempfehlungen, entsprechend der Erhöhung der Gebühr für Verkehrswertgutachten, verringert.

7

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Neuer Wortlaut Gebührentatbestand oder Auslagen	Neue Gebühr oder Faktor	Kurzbegründung
Anlage 1					
g	(zu § 1) Kostenverzeichnis für Leistungen nac sungs- und Katastergesetz sowie nac gesetzbuches und nach § 5 Absatz 2 gartengesetzes sowie nach der Veror Gutachterausschüsse für Grundstück Baugesetzbuch	h § 193 des Bau- des Bundesklein- dnung über die			
	Inhaltsverzeichnis		Inhaltsverzeichnis		
	Allgemeine Regelungen und Am sungswesen	tliches Vermes-	1. Allgemeine Regelungen		Als neuen Gliederungspunkt aufgenommen Allgemeine Regelungen gelten für amtliches Vermessungs- und Geoinformationswesen und amtliche Wertermittlung
	11 Allgemeine Regelungen		11. Gebührenberechnung nach Zeitaufw	and	Tz. 11.1 (alt)
			12. Auslagen		Tz. 11.2 (alt)
			13. Auskunft und Beratung		Neu aufgenommen zur Verbesserung der Transparenz
			14. Rücknahme eines Antrags		Tz. 11.3 (alt)
			2. Amtshandlungen im amtlichen Vermessungs- und Geoinformationswesen		Als neuen Gliederungspunkt aufgenommen Tz. 2 enthält die Gebührentatbestände der amtlichen Vermessungsstellen
	12 Amtliche Vermessung von Liegens	schaften	21. Amtliche Vermessungen zur Erhebur sisdaten des Liegenschaftskatasters		Redaktionelle Anpassung zur besseren Gliederung der folgenden Tz.
			210. Vorbereitung von Vermessungsunterlagen		Tz. 12.6 (alt), Reihenfolge an die praktische Arbeit angepasst (vorbereitende Arbeiten) Prozesssicht: Erhebung (Beschaffung)
			211. Liegenschaftsvermessung an Flurst		Umfasst - Tz. 12.1 (alt), Zerlegung - Tz. 12.2 (alt), Grenzfeststellung

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Neuer Wortlaut Gebührentatbestand oder Auslagen	Neue Gebüh oder Faktor	l Kurzhearunduna	
					- Tz. 12.4 (alt), Abmarkungen iZm Zerlegung oder Grenzfeststellung	
			212. Liegenschaftsvermessung an Gebä deeinmessung)	iuden (Gebäu-	Tz. 12.5 (alt)	
			213. Anfertigung eines qualifizierten Lag mäß § 7 Absatz 3 BremBauVorlV oder e lage gemäß § 1 PlanZV		Tz. 12.5.3 (alt), da es keine Liegen- schaftsvermessung iSd VermKatG ist, Rechtsgrundlagen sind Brem- BauVorlV und BauGB	
			214. Vermessungstechnische Übertragu punkten in die Örtlichkeit	ng von Grenz-	Tz. 12.3 (alt) Amtshandlung aus der Liste der Liegenschaftsvermessungen her- ausgenommen, da sie keine Lie- genschaftsvermessung ist sondern eine hoheitliche Leistung vgl. der Anfertigung von qualifizierten Lage- plänen	
			215. Erteilung einer Bescheinigung		Redaktionell auf die Tätigkeit (Amtshandlung) abgestellt, nicht das Produkt	
			216. Beglaubigung von Anträgen auf Ve Teilung von Grundstücken	reinigung und	Zur Verbesserung der Transparenz aufgenommen	
	13 Angaben aus den Nachweisen der und Katasterbehörde	Vermessungs-			Überführt zu Tz. 234 (neu) Bereitstellung	
			22. Führung des Liegenschaftskatasters		Als neuen Gliederungspunkt aufgenommen Prozesssicht: Führung (Produktion)	
			220. Übernahme der Ergebnisse von An in das Liegenschaftskataster			
	14 Auskünfte und Bescheinigungen d und Katasterbehörde	er Vermessungs-			Überführt zu Tz. 215 (neu)	
			221. Bearbeitung eines Unschädlichkeits	szeugnisses	Redaktionell auf die Tätigkeit (Amtshandlung) abgestellt, nicht das Produkt	

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Neuer Wortlaut Gebührentatbestand oder Auslagen	Neue Gebühr oder Faktor	Kurzbegründung	
			222. Bearbeitung einer Bescheinigung ü betroffenheit nach § 1026 BGB oder übe derer Belastungen		Als Gebührentatbestand neu aufgenommen	
	2. Geobasisdaten		23. Bereitstellung von Geobasisdaten		Redaktionell auf die Tätigkeit (Amtshandlung) abgestellt, nicht das Produkt Prozesssicht: Bereitstellung (Ver- trieb)	
			230. Online-Bereitstellung von hochwert zen gemäß § 10 Absatz 3 DNG		Zur Verbesserung der Transparenz aufgenommen	
	20 Berechnungsgrundlagen der Gebü	ihrenermittlung	231. Berechnungsgrundlagen der Gebührenermittlung zur Abgabe und zur Nutzung von Geobasisdaten		Redaktionell auf die Tätigkeit (Amtshandlung) abgestellt, nicht das Produkt	
	21 Präsentationsausgaben		232. Abruf oder Abgabe von Präsentation		Redaktionell auf die Tätigkeit (Amtshandlung) abgestellt, nicht das Produkt	
	22 Digitale Geobasisdaten		233. Bereitstellung von Geobasisdaten		Redaktionell auf die Tätigkeit (Amtshandlung) abgestellt, nicht das Produkt	
			234. Abgabe von Kopien aus den Nachv genschaftskatasters		Tz. 13 (alt) Redaktionell auf die Tätigkeit (Amtshandlung) abgestellt, nicht das Produkt	
	3. Amtshandlungen der Aufsicht ül Vermessungswesen	per das amtliche	3. Amtshandlungen der Aufsicht über chen Vermessungsstellen	die amtli-		
	4. Gutachterausschüsse nach dem	Baugesetzbuch	4. Amtshandlungen im Bereich der an termittlung		Redaktionell an den Rechtsbereich angepasst (analog zu Tz. 2 und 3), nicht auf die Behörden	
	41 Gutachterausschüsse nach dem E	augesetzbuch	41. Erstattung von Gutachten		Redaktionell auf die Tätigkeit (Amtshandlung) abgestellt, nicht das Produkt Umfasst nicht nur Verkehrswertgut- achten (§ 194 BauGB), sondern auch Gutachten gemäß § 5 Verord-	

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	_	uer Wortlaut estand oder Auslagen	Neue Gebühi oder Faktor	r	Kurzbegründung
Zillei	liaut	Ouel Faktor	Gebuillelitati	estanu oder Auslagen	Ouel Faktor		
	42 Augliünfte und Augriüne		42 Donoitatalli	una van Dadamishtu utaa	a Suis Ange	schüsse für dem Bauges	
	42 Auskünfte und Auszüge		ung von Bodenrichtwerten dstücksmarkt und Auskünf mlung			l auf die Tätigkeit ung) abgestellt, nicht	
	Verzeichnis der abgekürzten Recht	svorschriften	Verzeichnis d	er abgekürzten Rechtsvo	orschriften		
	AllKostV Allgemeine Kostenverordnui		AllKostV	Allgemeine Kostenverord			
	BauGB Baugesetzbuch		BauGB	Baugesetzbuch			
	BauKostV Kostenverordnung Bau		BauKostV	Kostenverordnung Bau			
	BremBauVorlB Bremische Bauvorlage	enverordnung	BremBauVorlV	/ Bremische Bauvorlagenv	erordnung		
			BremGebBeitr gesetz	G Bremisches Gebühren-	und Beitrags-	Neu aufgen	ommen
	BremÖbVIG Bremisches Gesetz über stellten Vermessungsingenieurinnen stellten Vermessungsingenieure	_	BremÖbVIG und	Bremisches Gesetz über bestellten Vermessungsi Öffentlich bestellten Verr ingenieure	ngenieurinnen		
			DNG	Gesetz für die Nutzung v öffentlichen Sektors	on Daten des	Neu aufgen	ommen
			DSGVO	Datenschutz-Grundveror	dnung	Neu aufgen	ommen
	PlanZV Planzeichenverordnung		PlanZV	Planzeichenverordnung		-	
			Erläuterung der verwendeten Abkürzungen ALKIS Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem ATKIS Amtliches Topographisch-Kartographisches Informationssystem			Neu aufgend	ommen
					raphisches		
				es Geländemodell			
				es Landschaftsmodell			
				es Orthophoto			
				e Topographische Karte			
			LoD Level	of Detail			

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor			Neue Gebüh oder Faktor		Kurzbegründung
			ÖbVI	Öffentlich bestellte Vermessung ingenieurinnen und Öffentlich be Vermessungsingenieure			
1	Allgemeine Regelungen und Amtliches Vermessungswesen		1.	Allgemeine Regelungen		alle, ı	meine Regelungen gelten für nicht nur für das amtl. Vermes- swesen
11	Allgemeine Regelungen						
11.1	Gebührenberechnung nach Zeitaufwand		11.	Gebührenberechnung nach Zeitaufwand			
	Bei Gebührenberechnung nach dem Zeitaufwand gelten unter Be- rücksichtigung der Regelung in § 5 Absatz 1 des Bremischen Gebüh- ren- und Beitragsgesetzes als Stun- densätze:			Bei Gebührenberechnungen nach dem Zeitaufwand wer- den unter Berücksichtigung der Regelung in § 5 Absatz 1 BremGebBeitrG folgende Stundensätze in Anrechnung gebracht:		Anpa AllKo	assung an Formulierungen in ostV
11.1.1	Experten (Qualifikation Diplom-Ingenieur / Master)	99 EUR	11.1.	Für eine Beamtin oder einen Beamten der Laufbahn- gruppe II zweites Einstieg- samt (A13 - A16) oder Arbeit- nehmerinnen oder Arbeitneh- mer in vergleichbarer Entgelt- gruppe	130 EUR	Anpa AllKo	assung an Formulierungen in ostV
11.1.2	Auftrags- und Projektverantwortli- che (Qualifikation Diplom-Ingenieur, Master, Bachelor oder vergleich- bare Qualifikation)	82 EUR	11.2.	Für eine Beamtin oder einen Beamten der Laufbahn- gruppe II erstes Einstiegsamt (A9 - A13S) oder Arbeitneh- merinnen oder Arbeitnehmer in vergleichbarer Entgelt- gruppe	107 EUR	Anpa AllKo	assung an Formulierungen in ostV
11.1.3	Sachbearbeiter (Vermessungstechniker, Geomatiker oder vergleichbare Qualifikation) und Vermessungsgehilfen	57 EUR	11.3.	Für eine Beamtin oder einen Beamten der Laufbahn- gruppe I zweites Einstieg-	85 EUR	Anpa AllKo	assung an Formulierungen in ostV

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor		Neuer Wortlaut nrentatbestand oder Auslagen	Neue Gebüh oder Faktor	I KUITTNAATUNAUNA
				samt (A5 - A9) oder Arbeit- nehmerinnen oder Arbeitneh- mer in vergleichbarer Entgelt- gruppe und Vermessungsge- hilfen		
				Zu Tz. 11., Anmerkung a Die Erhebung einer Gebühr nach Zeitaufwand ist nur im Zusammenhang mit einem Gebührentatbestand zuläs- sig, der dies explizit benennt.		Von Nr. 2 BremVermKatAmtsVerf- VV hierher übertragen
				Zu Tz. 11., Anmerkung b Zeiten für Arbeiten außerhalb des Dienstgebäudes (örtliche Arbeiten) sowie die Zeit, wel- che die An- und Abreisen un- ter regelmäßigen Verhältnis- sen erfordern, gehören zum abzurechnenden Zeitauf- wand.		Neu aufgenommen, dient der Rechtsklarheit
	Anmerkung 11 Kosten für Außendienstentschädigungen und für den Einsatz von Dienstfahrzeugen und Vermessungsgeräten sind in den Gebühren enthalten.			Zu Tz. 11., Anmerkung c Aufwendungen für die Ent- schädigung des Außendiens- tes, für den Einsatz von Kraft- fahrzeugen und Geräten sind mit den Gebühren abgegol- ten.		Redaktionelle Anpassungen
11.2	Auslagen (z.B. für öffentliche Be- kanntmachungen) in nachgewiese- ner Höhe		12.	Auslagen		
			12.1.	Auslagen gemäß § 11 Absatz 1 BremGebBeitrG		Neu aufgenommen, dient der Rechtsklarheit
			12.2.	Auslagen gemäß § 11 Absatz 2 BremGebBeitrG		Neu aufgenommen, dient der Rechtsklarheit

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Gebül	Neuer Wortlaut nrentatbestand oder Auslagen	Neue Gebüh oder Faktor	Kurzhearunduna l
				Zu Tz. 12., Anmerkung a Auslagen sind in nachgewie- sener Höhe anzusetzen. Die Erhebung von Auslagen richtet sich in der Regel nach § 11 BremGebBeitrG. Zu Tz. 12., Anmerkung b		Neu aufgenommen, dient der Rechtsklarheit Als Grundsatz aufgenommen, da Auslagen auch zu erheben sind, wenn die Hauptleistung gebühren- frei ist. Neu aufgenommen, dient der
				Auslagen sind umsatzsteuer- lich wie die Hauptleistung zu behandeln.		Rechtsklarheit
				Zu Tz. 12., Anmerkung c Auslagen nach Tz. 12.1. sind bspw. Aufwendungen für öf- fentliche Bekanntmachungen. Unter Auslagen nach Tz. 12.2. fallen die Auslagen, die über Tz. 12.1. hinaus anfal- len, bspw. für Ab- und Ver- markungsmaterial, Verkehrs- sicherungsmaßnahmen, Aus- kunft aus der Bauakte oder dem Baulastenverzeichnis, Speicherplatz oder weitere Betriebskosten oder Material- kosten für den 3D-Druck.		Neu aufgenommen, dient der Rechtsklarheit; keine inhaltliche Än- derung
			13.	Auskunft und Beratung		Als neuen Gliederungspunkt aufgenommen (redaktionelle Änderung)
14.1	Mündliche Auskünfte	gebührenfrei	13.1.	Mündliche Auskunft (bis zu 30 Minuten)	gebührenfrei	Gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 3a Brem- GebBeitrG; ohne fachliche Erläuterungen Zur Verbesserung der Transparenz aufgenommen und Abgrenzung zu Tz. 13.2 (neu)

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Gebül	Neuer Wortlaut nrentatbestand oder Auslagen	Neue Gebüh oder Faktor		Kurzbegründung
			13.2.	Mündliche fachliche Erläuterung (ab mehr als 30 Minuten)	Zeitaufwand nach Tz. 11.		ı aufgenommen, dient der htsklarheit
14.2	Schriftliche Auskünfte		13.3.	Schriftliche Auskunft		Red	laktionelle Änderung
	a) für den Betroffenenen, der damit Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten erhält	gebührenfrei	13.3.	Schriftliche Auskunft für den Betroffenen, der damit Aus- kunft über die zu seiner Per- son gespeicherten Daten er- hält, gemäß § 10 Absatz 9 Vermessungs- und Kataster- gesetz oder Artikel 15 Absatz 3 DSGVO	gebührenfrei	Kon a) so Aus b) A aucl nend des Bau Zur aufg	kretisierung onst offen für alle schriftlichen künfte uskunftsrecht nach DSGVO gilt h für die Verarbeitung perso- bezogener Daten außerhalb VermKatG, bspw. BauVorlV, GB, UnschZG Verbesserung der Transparenz genommen
			13.3. 2.	Einfache schriftliche Auskunft gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 3b BremGebBeitrG	gebührenfrei		Verbesserung der Transparenz genommen
	b) für sonstige Antragsteller		13.3. 3.	Schriftliche Auskunft aus Registern und Dateien (Ausnahme gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 3b BremGebBeitrG)	Zeitaufwand nach Tz. 11.	best Tz.	aufgenommen; Gebührentat- tand dient der Abgrenzung zu 13.3.2 Standardpräsentation r Daten nach entsprechender
	- Zeitgebühren gemäß 11.1						
			14.	Rücknahme eines Antrages			
11.3	Rücknahme eines Antrages Bei Rücknahme eines Antrages auf Durchführung einer Amtshandlung, nachdem mit der Bearbeitung im In- nen- oder Außendienst begonnen wurde - Zeitgebühren nach 11.1, jedoch mindestens - zuzüglich Gebühren für bereits angefertigte Präsentationsaus- gaben und Unterlagen	100 EUR	14.1.	Rücknahme eines Antrages nachdem mit der Bearbeitung begonnen wurde	Zeitaufwand nach Tz. 11. zuzüglich Ge- bühren für be- reits angefer- tigte Präsenta- tionsausgaben oder Unterla- gen		

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Neuer Wortlaut Gebührentatbestand oder Auslagen		Neue Gebühr oder Faktor		Kurzbegründung
				Zu Tz. 14., Anmerkung Die Gebühr darf nicht höher sein als die für die Erbrin- gung der ursprünglichen Leistung festzusetzende Ge- bühr.			aufgenommen, dient der ein- lichen Rechtsanwendung
			2.	Amtshandlungen im amtli- chen Vermessungs- und Geoinformationswesen		mer	er Gliederungspunkt aufgenom- n; dient der Verbesserung der barkeit
12	Amtliche Vermessung von Liegenschaften		21 .	Amtliche Vermessungen zur Erhebung von Geobasisda- ten des Liegenschaftskatas- ters			laktionelle Änderung wegen log-digital-Wandel erforderlich
	Anmerkung 12a Liegenschaftsvermessungen (Zerlegung, Grenzfeststellung, Gebäudeeinmessung) bestehen regelmäßig aus folgenden Arbeitsschritten:			Zu Tz. 21., Anmerkung a Liegenschaftsvermessungen (Zerlegung, Grenzfeststel- lung, Gebäudeeinmessung) bestehen regelmäßig aus fol- genden Arbeitsschritten:)		
	aa) Bereitstellen von Angaben des amtlichen Vermessungswesens (Vermessungsunterlagen) durch die Katasterbehörde (12.6)			a) Vorbereitung von Vermes- sungsunterlagen) (Tz. 210.)		Öb∖	assung erforderlich, da auch /I Vermessungsunterlagen st vorbereiten können
	bb) örtliche Vermessung (12.1, 12.2 oder 12.5.1) mit häuslichen Vorarbeiten (sofern erforderlich mit Abmarkung (12.4)) und häuslicher Nachbearbeitung			b) Vermessung (Tz. 211. oder Tz. 212.) mit häuslichen Vorarbeiten, (sofern erforder- lich der Durchführung des Verwaltungsverfahrens mit Abmarkung (Tz. 211.3. oder Tz. 211.4.) und Auswertung der Vermessungsergebnisse		Eins bsp kein die	laktionelle Anpassung schränkung erforderlich, da w. bei Gebäudevermessung n Verwaltungsverfahren durch amtliche Vermessungsstelle chgeführt wird
	cc) Übernahme der Vermessungs- ergebnisse in die Nachweise des amtlichen Vermessungswesens durch die Katasterbehörde (12.7)			c) Übernahme der Vermes- sungsergebnisse in das Lie- genschaftskataster durch die Katasterbehörde (Tz. 220.)		lich,	laktionelle Anpassung erforder- da die Übernahme in das Lie- schaftskataster die Eintragung

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Neuer Wortlaut rentatbestand oder Auslagen	Neue Gebühr oder Faktor		Kurzbegründung
					terir in d	as Amtliche Liegenschaftskatas- nformationssystem (ALKIS) und ie Liegenschaftskatasterakten chiv) beinhaltet
	Vermessungen für die örtliche Anzeige von Grenzen (12.3) und zur Vorbereitung von Baumaßnahmen (12.5.3-Qualifizierter Lageplan) bestehen regelmäßig aus folgenden Arbeitsschritten:		Zu Tz. 21., Anmerkung b Vermessungen für die vermessungstechnische Übertragung von Grenzpunkten in die Örtlichkeit (Tz. 214.) oder die Anfertigung eines Qualifizierten Lageplans (Tz. 213.) bestehen regelmäßig aus folgenden Arbeitsschritten:		Erga das dura mes	änzung dient der Klarstellung, s die nachträgliche Abmarkung ch eine andere amtliche Ver- ssungsstelle nicht unter diese gelung fällt.
	aa) Bereitstellen von Angaben des amtlichen Vermessungswesens nach 12.6.2 durch die Katasterbe- hörde		a) Vorbereitung von Vermes- sungsunterlagen nach Tz. 210.		Öb\	daktionelle Anpassung, da auch /I Vermessungsunterlagen vor- eiten
	bb) Vermessung (12.3 oder 12.5.3)		b) Vermessung (Tz. 214. oder Tz. 213.) und Auswer- tung der Vermessungsergeb- nisse			daktionelle Ergänzung dient der estellung
	Anmerkung 12b Die Gebühren für Vermessungen setzen sich grundsätzlich zusammen aus der Grundgebühr und der Vermessungsgebühr. In den Grundgebühren sind enthalten: Die Kosten für Porto, Telefon, Fahrzeugund Gerätebenutzung sowie die Kosten für Wegezeiten des Vermessungstrupps.		Zu Tz. 21., Anmerkung c Die Gebühren für Vermes- sungen setzen sich in der Regel zusammen aus der Grundgebühr und der Ver- messungsgebühr. In den Grundgebühren sind enthal- ten: Die Kosten für Porto, Te- lefon, Fahrzeug- und Gerät- ebenutzung sowie die Kosten für Wegezeiten des Vermes- sungstrupps. Weitere Ausla- gen sind nach Tz. 12. zu er- heben.		Rec	änzung dient der einheitlichen chtsanwendung und der Rechts- heit; keine Änderung beabsich-

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor		Neuer Wortlaut nrentatbestand oder Auslagen	Neue Gebüh oder Faktor	I Kurzhearunduna
	Anmerkung 12c Bei gleichzeitiger Durchführung mehrerer Vermessungen unter- schiedlicher Art und mit gleichen Beteiligten auf aneinandergrenzen- den Grundstücken ist nur eine Grundgebühr zu erheben. Weichen die für die jeweiligen Vermessun- gen maßgeblichen Grundgebühren voneinander ab, ist die höchste an- zusetzen.			Zu Tz. 21., Anmerkung d Bei gleichzeitiger Durchführung mehrerer Vermessungen unterschiedlicher Art und mit gleichen Beteiligten auf aneinandergrenzenden Grundstücken ist nur eine Grundgebühr zu erheben. Weichen die für die jeweiligen Vermessungen maßgeblichen Grundgebühren voneinander ab, ist die höchste an-		
12.6	Vermessungsunterlagen für Liegenschaftsvermessungen		210.	zusetzen. Vorbereitung von Vermes- sungsunterlagen für	150 EUR	Redaktionelle Anpassung, da auch ÖbVI Vermessungsunterlagen vor- bereiten
12.6.1	Vermessungsunterlagen für Amtshandlungen nach 12.1, 12.2, 12.4 und 12.5.1			a) Liegenschaftsvermessungen an Flurstücken oder Gebäuden (Tz. 211. oder Tz. 212.) oder b) Anfertigung eines qualifizierten Lageplanes gemäß § 7 Absatz 3 BremBauVorlV oder einer Planunterlage gemäß § 1 PlanZV (Tz. 213.) oder c) Vermessungstechnische Übertragung von Grenzpunkten in die Örtlichkeit (Tz. 214.)		Redaktionelle Anpassung zur Verbesserung der Lesbarkeit Ergänzung durch die abschließende Liste dient der Rechtsklarheit
	- Grundgebühr	120 EUR	7	2/		
	Anmerkung 12.6a			Zu Tz. 210., Anmerkung a		Ergänzung dient der Klarstellung

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Neuer Wortlaut Gebührentatbestand oder Auslagen	Neue Gebühr oder Faktor	Kurzbegründung
	Bei der zeitgleichen Vermessung auf aneinandergrenzenden Grundstücken, z.B. zur Zerlegung eines Flurstücks, der Feststellung einer gemeinsamen Grenze, oder Einmessung eines Baukörpers, der sich über mehr als ein Grundstück erstreckt, ist nur eine Grundgebühr anzusetzen. Anmerkung 12.6b Werden für Amtshandlungen nach 12.1, 12.2, 12.4 und 12.5 vor Ablauf von zwölf Monaten für entsprechende weitere Amtshandlungen auf einem Grundstück oder für die unter Anmerkung 12.6a genannten	odel i dictol	Bei der zeitgleichen Vermessung auf aneinandergrenzenden Grundstücken, z. B. zur Zerlegung eines Flurstücks, der Feststellung einer gemeinsamen Grenze, oder Einmessung eines Baukörpers, der sich über mehr als ein Grundstück erstreckt, ist die Grundgebühr nur einmal anzusetzen. Zu Tz. 210., Anmerkung b Werden für Amtshandlungen nach Tz. 211. oder Tz. 212.vor Ablauf von zwölf Monaten für entsprechende weitere Amtshandlungen auf einem Grundstück oder für die		Tz. an die neue Struktur redaktio- nell angepasst
	Fälle Vermessungsunterlagen benötigt, wird für diejenigen Unterlagen bei denen es sich lediglich um Aktualisierungen handelt, eine Grundgebühr nicht mehr erhoben.		unter Anmerkung 210a ge- nannten Fälle Vermessungs- unterlagen benötigt, wird für diejenigen Unterlagen bei de- nen es sich lediglich um Ak- tualisierungen handelt, eine Gebühr nicht mehr erhoben.		
12.6.2	Bereitstellung von Vermessungsunterlagen durch die Katasterbehörde für je maximal 5 aneinandergrenzende Grundstücke für Beratungszwecke und Vermessungen nach 12.3 und 12.5.3	120 EUR			Tz. 210 (neu) Zusammenfassung von Tz. 12.6.1 alt und Tz. 12.6.2 alt dient der Ver- einfachung der Rechtsanwendung
			211. Liegenschaftsvermessung an Flurstücken		Redaktionelle Ergänzung durch neuen Gliederungspunkt
12.1	Zerlegung		211. Zerlegung1.		

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Gebü	Neuer Wortlaut Gebührentatbestand oder Auslagen		Kurzbegründung	
12.1.1	Festlegung neuer Flurstücksgren-		211.	Festlegung neuer Flurstücks-			
	zen - Grundgebühr	500 EUR	1.1.	grenzen - Grundgebühr	800 EUR		
	- zuzüglich einer Vermessungsge- bühr für jedes neu gebildete Flur- stück, die sich aus dem Produkt ei- nes flächenbezogenen Gebühren- satzes nach 12.1.2 und eines am Bodenrichtwert orientierten Wert- faktors nach 12.1.3 ergibt	OOO LON		- zuzüglich eines flächenbe- zogenen Gebührensatzes und eines am Bodenrichtwert orientierten Wertfaktors für jedes neu gebildete Flurstück	Produkt nach Tz. 211.1.2. multipliziert mit Tz. 211.1.3.		
12.1.2	Tabelle I zu 12.1.1 (flächenbezogener Gebührensatz)		211. 1.2.	Berechnungsgrundlage: Ta- belle Flächenbezogener Ge- bührensatz		Ergänzung dient der Rechtsanwendung (Berechnungsgrundlage, kein Gebührentatbestand)	
	Fläche (m²)			Fläche (m²)		,	
	bis 120	300 EUR		bis 120	450 EUR		
	121 bis 700	650 EUR		121 bis 700	900 EUR		
	701 bis 2.000	850 EUR		701 bis 2 000	1 100 EUR		
	2 001 bis 5 000	1700 EUR		2 001 bis 5 000	2 000 EUR		
	5 001 und größer	2500 EUR		5 001 und größer	2 700 EUR		
	Anmerkung 12.1a Ist die vollständige Vermessung des größten neuen Flurstücks nicht vorgeschrieben (sog. Reststück), so ist der Ermittlung der auf das Rest- stück entfallenden anteiligen Ge- bühr nach Tabelle 12.1.2 die Summe der Flächeninhalte der übri- gen aus demselben Stammflurstück entstandenen neuen Flurstücke zu- grunde zu legen. Führt diese Sum- menbildung zu einer größeren Flä- che als der Buchfläche des Rest- stücks, ist die Buchfläche des Rest- stücks anzusetzen.			Zu Tz. 211.1.2., Anmerkung Ist die vollständige Vermessung des größten neuen Flurstücks nicht vorgeschrieben (sog. Reststück), so ist der Ermittlung der auf das Reststück entfallenden anteiligen Gebühr die Summe der Flächeninhalte der übrigen aus demselben Stammflurstück entstandenen neuen Flurstücke zugrunde zu legen. Führt diese Summenbildung zu einer größeren Fläche als der Buchfläche des Reststücks,			

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Gebül	Neuer Wortlaut hrentatbestand oder Auslagen	Neue Gebühr oder Faktor		I Kurzhoarunduna	
				ist die Buchfläche des Reststücks anzusetzen.				
12.1.3	Tabelle II zu 12.1.1 (Wertfaktor)	Wertfaktor	211. 1.3.	Berechnungsgrundlage: Ta- belle Wertfaktor	Wertfaktor	dun	änzung dient der Rechtsanwen- ig (Berechnungsgrundlage, kein bührentatbestand)	
	Bodenrichtwert (EUR / m²)			Bodenrichtwert (EUR/m²)				
	bis 10	0,4		bis 10	0,4			
	11 bis 50	0,6		11 bis 50	0,6			
	1 bis 100	0,9		51 bis 100	0,9			
	101 bis 500	1,0		101 bis 500	1,0			
	501 bis 5 000	1,4		501 bis 5 000	1,4			
	5 001 und mehr	2,0		5 001 und mehr	2,0			
	Anmerkung 12.1b Für die Ermittlung des Wertfaktors ist der Bodenrichtwert anzusetzen, der für das Vermessungsgebiet aus der aktuellen Bodenrichtwertkarte ersichtlich ist. Fehlen Bodenrichtwerte, so ist der Wertfaktor auf der Grundlage von Bodenrichtwerten vergleichbarer Gebiete plausibel festzulegen. Jedem neu gebildeten Flurstück ist der jeweils zutreffende Wertfaktor der Tabelle II zuzuordnen. Für Waldflächen und landwirtschaftliche Flächen ist der Wertfaktor 0,4, für Verkehrs- und öffentliche Grünflächen der Wertfaktor 0,6 anzusetzen. Für private Grünflächen ist der Wertfaktor 0,6 anzusetzen. Für private Grünflächen ist der Wertfaktor 0,6 anzusetzen wenn diese Flächen im Bebauungsplan entsprechend ausgewiesen sind. Bei der Aufteilung von Baugebieten ist die Wertstufe für vergleichbares			Zu Tz. 211.1.3., Anmerkung Für die Ermittlung des Wertfaktors ist der Bodenrichtwert anzusetzen, der für das Vermessungsgebiet aus der aktuellen Bodenrichtwertkarte ersichtlich ist. Fehlen Bodenrichtwerte, so ist der Wertfaktor auf der Grundlage von Bodenrichtwerten vergleichbarer Gebiete plausibel festzulegen. Jedem neu gebildeten Flurstück ist der jeweils zutreffende Wertfaktor der Tabelle nach Tz. 211.1.3. zuzuordnen. Für Waldflächen und landwirtschaftliche Flächen ist der Wertfaktor 0,4, für Verkehrsund öffentliche Grünflächen der Wertfaktor 0,6 anzusetzen. Für private Grünflächen				

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Gebül	Neuer Wortlaut hrentatbestand oder Auslagen	Neue Gebüh oder Faktor	Kurzbegründung
	baureifes Land anzusetzen. Maß- geblich ist die angestrebte künftige Nutzung des jeweiligen Flurstücks.			ist der Wertfaktor 0,6 anzusetzen, wenn diese Flächen im Bebauungsplan entsprechend ausgewiesen sind. Bei der Aufteilung von Baugebieten ist die Wertstufe für vergleichbares baureifes Land anzusetzen. Maßgeblich ist die angestrebte künftige Nutzung des jeweiligen Flurstücks.		•
12.2	Grenzfeststellung		211. 2.	Grenzfeststellung		
12.2.1	Feststellung des örtlichen Verlaufs von Flurstücksgrenzen (Grenzfeststellung)		211. 2.1.	Feststellung des örtlichen Verlaufs von Flurstücksgren- zen (Grenzfeststellung)		
	- Grundgebühr	350 EUR		- Grundgebühr	800 EUR	
	- zuzüglich Gebühr für die feststellen oder neu abgemarkten Grenzpunkte nach 12.2.2			- zuzüglich einer Gebühr für die festgestellten oder neu abgemarkten Grenzpunkte	nach Tz. 211.2.2.	
12.2.2	Tabelle zu 12.2.1 (Gebühr je Grenzpunkt)		211. 2.2.	Berechnungsgrundlage: Ta- belle Gebühr je Grenzpunkt		Ergänzung dient der Rechtsanwen- dung (Berechnungsgrundlage, kein Gebührentatbestand)
	1. bis 4. Grenzpunkte je	270 EUR		- 1. bis 4. Grenzpunkt je	450 EUR	
	ab 5. Grenzpunkte je	60 EUR		- ab dem 5. Grenzpunkt je	150 EUR	
12.3	Vermessungstechnische Übertragung von Grenzpunkten in die Örtlichkeit					Überführt zu Tz. 214 (neu)
	- Grundgebühr	200 EUR				
	- zuzüglich eines Bruchteils des Gebühr nach 12.2.2 in Höhe von	20 v. H.				
12.4	Abmarkung von Grenzpunkten im Rahmen von Zerlegungen und Grenzfeststellungen		211. 3.	Abmarkung von Grenzpunkten im zeitlichen Zusammenhang mit einer Zerlegung oder Grenzfeststellung		Auslagen decken die Ausgaben für das Material. Tz 211.3 und 211.4 ist für den Aufwand zur Durchführung

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor			Neue Gebüh oder Faktor	Kurzhaarunduna	
						des Verwaltungsverfahrens in Ab- hängigkeit zur Anzahl der verhan- delten Grenzpunkte.	
	- für jeden abgemarkten Grenz- punkt	30 EUR		- für jeden abgemarkten Grenzpunkt	100 EUR		
	- bei nachträglichen Abmarkungen zuzüglich einer Grundgebühr von	200 EUR	211. 4.	Nachträgliche Abmarkung von Grenzpunkten zu einer Zerlegung oder Grenzfest- stellung		Auslagen decken die Ausgaben für das Material. Tz 211.3 und 211.4 ist für den Aufwand zur Durchführung des Verwaltungsverfahrens in Abhängigkeit zur Anzahl der verhandelten Grenzpunkte.	
				- Grundgebühr	600 EUR	Änderung dient der Rechtsanwen- dung	
				- Zuschlag für jeden abge- markten Grenzpunkt	100 EUR	Ergänzung dient der Rechtsanwendung	
				Zu Tz- 211.4., Anmerkung Die Gebühr für eine nach- trägliche Abmarkung schuldet in der Regel der Kosten- schuldner der Zerlegung, so- fern nicht ein neuer Antrag durch einen Dritten gestellt wurde.		von Nr. 2 BremVermKatAmts-Verf- VV hierher übertragen Zusatz ("sofern") fängt die Fälle ab, in denen die Vermessungs- stelle, welche die Zerlegung/Grenz- feststellung durchgeführt hat, nicht die Abmarkung vornimmt.	
12.5	Einmessung von Gebäuden, Lage- pläne und Planunterlagen		212.	Liegenschaftsvermessung an Gebäuden (Gebäudeeinmes- sung)		Redaktionelle Anpassung erforder- lich, um Bezug zum VermKatG Anfertigung von Lageplänen und Planunterlagen gehören nicht zu den amtlichen Vermessungen nach VermKatG, darum separat aufge- führt	
12.5.1	Einmessung von Gebäuden oder im Grundriss veränderter Gebäude und von baulichen Anlagen		212. 1.	Amtliche Vermessung von Gebäuden oder im Grundriss veränderter Gebäude und von baulichen Anlagen			

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor			Neue Gebüh oder Faktor	I Kurzhaarunduna	
	- Grundgebühr je Grundstück	120 EUR	212. 1.1.	- Grundgebühr je Grundstück und	250 EUR		
	- zuzüglich der Gebühr, die sich nach 12.5.2 ergibt		212. 1.2.	- zuzüglich einer Gebühr in Abhängigkeit der Baukosten	nach Tz. 212.2.	Ergänzung dient der Rechtsklarheit	
12.5.2	Tabelle zu 12.5.1 Baukosten		212. 2.	Berechnungsgrundlage: Ta- belle Baukosten		Ergänzung dient der Rechtsanwen- dung (Berechnungsgrundlage, kein Gebührentatbestand)	
	bis 20 000 EUR	150 EUR		bis 20 000 EUR	150 EUR	,	
	20 001 bis 50 000 EUR	190 EUR		20 001 bis 50 000 EUR	190 EUR		
	50 001 bis 250 000 EUR	530 EUR		50 001 bis 250 000 EUR	530 EUR		
	250 001 bis 500 000 EUR	780 EUR		250 001 bis 500 000 EUR	780 EUR		
	500 001 bis 1000 000 EUR	1 380 EUR		500 001 bis 1000 000 EUR	1 380 EUR		
	1000 001 bis 5 000 000 EUR	3 320 EUR		1000 001 bis 5 000 000 EUR	3 320 EUR		
	5 000 001 bis 10 000 000 EUR	6 300 EUR		5 000 001 bis 10 000 000 EUR	6 300 EUR		
	über 10 000 000 EUR je weitere angefangene 5 000 000 EUR	1 000 EUR		über 10 000 000 EUR - Basisbetrag und - zuzüglich je weitere ange- fangene 5 000 000 EUR	6 300 EUR 1 000 EUR		
	- zuzüglich des vorhergehenden Gebührensatzes			ang me sa			
	Anmerkung 12.5a Bei der zeitgleichen Einmessung eines Baukörpers, der sich über mehr als ein Grundstück erstreckt, ist nur eine Grundgebühr anzusetzen. Baukörper sind im zeitlichen Zusammenhang errichtete unmittelbar aneinander gebaute gleichartige			Zu Tz. 212., Anmerkung a Bei der zeitgleichen Einmes- sung eines Baukörpers, der sich über mehr als ein Grund- stück erstreckt, ist nur eine Grundgebühr anzusetzen. Baukörper sind im zeitlichen Zusammenhang errichtete			
	Gebäude, die in der Grundrissdar- stellung von einer ununterbroche- nen Linie umschlossen sind.			unmittelbar aneinander ge- baute gleichartige Gebäude, die in der Grundrissdarstel-			

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort-	Bisherige Gebühr oder Faktor		Neue Gebühr oder Faktor	Kurzbegründung
ziffer	Anmerkung 12.5b Eine Gebühr nach 12.5.2 ist anzusetzen für jedes Gebäude oder jeden Teil eines Baukörpers im Sinne der Anmerkung 12.5a, wenn und soweit dafür eine separate Haus-	oder Faktor	Iung von einer ununterbrochenen Linie umschlossen sind. Zu Tz. 212., Anmerkung b Eine Gebühr nach Tz. 212.2. ist anzusetzen für jedes Gebäude oder jeden Teil eines Baukörpers im Sinne der Anmerkung Tz. 212a, wenn und		Kurzbegründung
	nummer vergeben ist oder vergeben wird.		soweit dafür eine separate Hausnummer vergeben wor- den ist oder vergeben wird.		
	Anmerkung 12.5c Bei Einmessung eines Gebäudes mit mehr als 50 000 EUR Baukos- ten beinhaltet die Gebühr auch die Einmessung von zwei zeitgleich er- richteten Nebengebäuden auf dem- selben Grundstück. Zur Bemessung der Gebühr ist die Summe der Bau- kosten der eingemessenen Ge- bäude anzuhalten.				Dient der Vereinfachung der Rechtsanwendung (Identische Re- gelungen je Gebäude, unabhängig vom Herstellungswert)
	Anmerkung 12.5d Sind auf einem Grundstück mehrere Grundrissveränderungen oder Gebäude einzumessen, deren gesamte Baukosten 50 000 EUR nicht übersteigen, dann ist die Summe der Baukosten bei der Bemessung der Gebäudeeinmessungsgebühr anzuhalten.		Zu Tz. 212., Anmerkung c Sind auf einem Grundstück mehrere Grundrissverände- rungen oder Gebäude einzu- messen, dann ist die Summe der Baukosten bei der Be- messung der Gebäudeein- messungsgebühr anzuhalten.		Dient der Vereinfachung der Rechtsanwendung (Identische Re- gelungen je Gebäude, unabhängig vom Herstellungswert)
	Anmerkung 12.5e Für die Gebührenrechnung sind in der Regel die in den Bauakten der		Zu Tz. 212., Anmerkung d Für die Gebührenrechnung sind in der Regel die in den		

Tarif-	Gebührentatbestand / Alter Wort-	Bisherige Gebühr		Neuer Wortlaut	Neue Gebüh	l'
ziffer	laut	oder Faktor	Gebührentatbestand oder Auslagen		oder Faktor	Kurzbegründung
	Bauordnungsämter geführten Bau- kosten maßgebend. Sind darin ent- sprechende Angaben nicht enthal- ten, sind Baukosten zugrunde zu le- gen, die sich nach § 2 der Bau- KostV ergeben.			Bauakten der Bauordnungs- ämter geführten Baukosten maßgebend. Sind darin ent- sprechende Angaben nicht enthalten, sind Baukosten zu- grunde zu legen, die sich nach § 2 der BauKostV erge- ben.		
12.5.3	Qualifizierter Lageplan gemäß § 7 Absatz 3 BremBauVorlV und Plan- unterlagen für Vorhaben- und Er- schließungspläne gemäß § 12 BauGB in Verbindung mit § 1 PlanZV		213.	Anfertigung eines qualifizierten Lageplanes gemäß § 7 Absatz 3 BremBauVorlV oder einer Planunterlage gemäß § 1 PlanZV		Ergänzung dient der Orientierung an der Amtshandlung, nicht am Produkt; Ergänzung dient der Klarstellung, dass die Gebühr für Planunterlagen für alle Typen von B-Plänen zu er- heben ist, nicht nur für VEP
			213. 1.	Anfertigung eines qualifizierten Lageplanes gemäß § 7 Absatz 3 BremBauVorlV oder einer Planunterlage gemäß § 1 PlanZV		
	- Grundgebühr	350 EUR		- Grundgebühr	400 EUR	
	- zuzüglich der Vermessungsge- bühr nach 12.5.4			- zuzüglich einer Gebühr in Abhängigkeit der Baukosten	nach Tz. 213.2.	
12.5.4	Tabelle zu 12.5.3 Baukosten		213. 2.	Berechnungsgrundlage: Ta- belle Baukosten		Ergänzung dient der Rechtsanwendung (Berechnungsgrundlage, kein Gebührentatbestand)
	bis 200 000 EUR	480 EUR		bis 200 000 EUR	690 EUR	
	200 001 bis 1000 000 EUR	810 EUR		200 001 bis 1000 000 EUR	1 230 EUR	
	1000 001 bis 3 000 000 EUR	1830 EUR		1000 001 bis 3 000 000 EUR	2 250 EUR	
	3000 001 bis 7 000 000 EUR	2700 EUR		3000 001 bis 7 000 000 EUR	3 120 EUR	
	7 000 001 bis 10 000 000 EUR	3150 EUR	7	7 000 001 bis 10 000 000 EUR	3 570 EUR	

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Neuer Wortlaut Gebührentatbestand oder Auslagen		Neue Gebüh oder Faktor	l Kurzhaarunduna			
	Über 10 000 000 EUR je weitere angefangene 5 000 000 EUR				500 EUR		Über 10 000 000 EUR je weitere angefangene 5 000 000 EUR	920 EUR	
	- zuzüglich des vorhergehenden Gebührensatzes					entbehrlich			
	Anmerkung 12.5f Die Gebühr für den Lageplan bein- haltet bis zu drei Ausfertigungen					Digitales Baugenehmigungsverfahren erfordert PDF-Dateien keine Ausdrucke. Alternativ sind Ausdrucke nach AllKostV abzurechnen			
12.3	Vermessungstechnische Übertra- gung von Grenzpunkten in die Ört- lichkeit		214.	Vermessungstechnische Übertragung von Grenzpunk- ten in die Örtlichkeit		Von Tz. 12.3 (alt) hierher übertra- gen			
	- Grundgebühr	200 EUR		- Grundgebühr	250 EUR				
	- zuzüglich eines Bruchteils des Ge- bühr nach 12.2.2 in Höhe von	20 v. H.		- zuzüglich einer Gebühr in Abhängigkeit von der Anzahl der übertragenen Grenz- punkte	50 v. H. der Gebühr nach Tz. 211.2.2.				
12.6	Vermessungsunterlagen für Liegen- schaftsvermessungen								
12.6.1	Vermessungsunterlagen für Amtshandlungen nach 12.1, 12.2, 12.4 und 12.5.1					Überführt zu Tz. 210 (neu)			
	- Grundgebühr	120 EUR				Überführt zu Tz. 210 (neu)			
	- zuzüglich eines Bruchteils von der für die Durchführung der Vermessung zu erhebenden Ge- bühren	10 v. H.				Nach Tz.12.7.2 (alt)/220 (neu) verschoben, da Anteil der Gebühr die Führung der Liegenschaftskatasterakten und die Online-Bereitstellung der Vermessungsunterlagen erhoben wird			
	Anmerkung 12.6a Bei der zeitgleichen Vermessung auf aneinandergrenzenden Grund- stücken, z.B. zur Zerlegung eines Flurstücks, der Feststellung einer								

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Neuer Wortlaut Gebührentatbestand oder Auslagen	Neue Gebüh oder Faktor	Kurzhaarunduna
	gemeinsamen Grenze, oder Einmessung eines Baukörpers, der sich über mehr als ein Grundstück erstreckt, ist nur eine Grundgebühr anzusetzen.				
	Anmerkung 12.6b Werden für Amtshandlungen nach 12.1, 12.2, 12.4 und 12.5 vor Ablauf von zwölf Monaten für entspre- chende weitere Amtshandlungen auf einem Grundstück oder für die unter Anmerkung 12.6a genannten Fälle Vermessungsunterlagen be- nötigt, wird für diejenigen Unterla- gen bei denen es sich lediglich um Aktualisierungen handelt, eine Grundgebühr nicht mehr erhoben.				
12.6.2	Bereitstellung von Vermessungsunterlagen durch die Katasterbehörde für je maximal 5 aneinandergrenzende Grundstücke für Beratungszwecke und Vermessungen nach 12.3 und 12.5.3	120 EUR			Überführt zu Tz. 210 (neu)
12.7	Übernahme der Ergebnisse von Amtshandlungen in das Liegen- schaftskataster				Überführt zu Tz. 220 (neu)
12.7.1	Übernahme der Ergebnisse von Amtshandlungen nach 12.1, 12.2, 12.4 und 12.5.1				
	Grundgebührzuzüglich Ergänzungsgebühr nach12.7.2	200 EUR			
	Anmerkung 12.7a Es ist höchstens eine Grundgebühr je Baukörper zu erheben.				

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Neuer Wortlaut Gebührentatbestand oder Auslagen	Neue Gebühr oder Faktor	Kurzbegründung
12.7.2	Ergänzungsgebühr als Bruchteil der für die Durchführung der Liegenschaftsvermessung zu erhebenden Gebühren in Höhe von				
	a) Zerlegung (12.1) mit Abmarkung (12.4)	35 v. H.			
	b) Grenzfeststellung (12.2) mit Ab- markung (12.4)	20 v. H.			
	c) Einmessung von Gebäuden oder im Grundriss veränderter Gebäude und von baulichen Anlagen (12.5.1)	30 v. H.			
	Anmerkung 12.7b Bei gleichzeitig durchgeführten Vermessungen unterschiedlicher Art sind die für die jeweilige Art der Amtshandlung zutreffenden Prozentsätze nach 12.7.2 bei der Ableitung der Übernahmegebühr anzuhalten. Die bei gleichzeitig durchgeführten Amtshandlungen nicht zu erhebenden Grundgebühren sind auch bei der Ableitung der Übernahmegebühr nicht zu berücksichtigen.				
	Anmerkung 12.7c Die Gebühren nach 12.7.1 und 12.7.2 c) entfallen, sofern von Ge- bäudeeinmessungen auf dem Grundstück ausschließlich Ge- bäude oder Grundrissveränderun- gen betroffen sind, deren gesamte Baukosten 20 000 EUR nicht über- steigen. Bei der Einmessung von Gebäuden mit Baukosten über 20				

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Neuer Wortlaut Gebührentatbestand oder Ausla	Neue Gebüh gen oder Faktor	I Kurzhearunduna
	000 und bis zu 50 000 EUR entfällt bei der Berechnung der Übernah- megebühr die Grundgebühr.				
	Anmerkung 12.7d Die Gebühren nach 12.7.1 und 12.7.2 beinhalten eine Standard- präsentation der Liegenschaftskarte sowie die für die Mitteilung der Ver- änderungen im Liegenschaftskatas- ter erforderlichen Auszüge aus den Katasternachweisen.				
12.7.3	Bereinigung oder Ergänzung eingereichter Vermessungsschriften aufgrund geringfügiger Mängel - Zeitgebühren nach 11.1				Überführt zu Tz. 220.3 (neu)
13	Angaben aus den Nachweisen der Vermessungs- und Katasterbehörde				Überführt zu Tz. 234 (neu)
13.1	Kopien von Vermessungsrissen - je Riss - mindestens jedoch je Antrag	15 EUR 50 EUR			
13.2	Abschriften oder Auszüge aus Katasterbüchern, Ausfertigung von Veränderungsnachweisen	30 ESIX			
	- je Seite - mindestens jedoch je Antrag	0,75 EUR 50 EUR			
	Anmerkung 13.2 Zuzüglich Gebühren für Beglaubigungen gemäß AllKostV und Auslagen nach 11.2				
13.3	Auszüge aus den Nachweisen des Raumbezugs und Punktübersichten				Überführt zu Tz. 232.4 (neu)
	- je Seite/Blattausschnitt - mindestens jedoch je Antrag	15 EUR 50 EUR			

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor		Neuer Wortlaut Gebührentatbestand oder Auslagen		Neue Gebühr oder Faktor Kurzbegründu	
13.4	Zugang zum Geobasisdatendienst der Katasterbehörde für Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure					Überfi	ührt zu Tz. 234 (neu)
	zur Nutzung für Beratungszwecke - je registriertem Nutzer und Jahr	200 EUR					
14	Auskünfte und Bescheinigungen der Vermessungs- und Katasterbehörde	200 2011					
14.1	Mündliche Auskünfte	gebührenfrei				Aufge	nommen unter Tz. 13.1 (neu)
14.2	Schriftliche Auskünfte					Aufge	nommen unter Tz. 13.2 (neu)
	a) für den Betroffenenen, der damit Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten erhält	gebührenfrei					
	b) für sonstige Antragsteller - Zeitgebühren gemäß 11.1						
14.3	Bescheinigungen (z.B. Grenzeinhaltungsbescheinigung, Entfernungsbescheinigung, Identitätsbescheinigung),		215.	Erteilung einer Bescheinigung - Grenzeinhaltungsbescheinigung, Entfernungsbescheinigung, Identitätsbescheinigung, je Bescheinigung	Zeitaufwand nach Tz. 11. mindestens 50 EUR	derlich abzus Aufwa führt,	ktionellen Anpassung erfor- h, um auf die Amtshandlung stellen, nicht das Produkt andsgerechte Gebühr einge- da zeitintensive Recherchen lerlich werden können
	- je Bescheinigung	50 EUR					
			216.	Beglaubigung von Anträgen auf Vereinigung und Teilung von Grundstücken	gebührenfrei	Verml Zur Ve	hrenfrei gemäß § 12 Abs. 4 KatG erbesserung der Transparenz nommen
14.4	Unschädlichkeitszeugnis						enommen unter Tz. 222 (neu)
14.4.1	Erteilung eines Unschädlichkeits- zeugnisses oder Ablehnung der Er- teilung					3	,
	- bis zu zehn Beteiligte	200 EUR	7				
14.4.2	Zuschlag zu 14.4.1 für je weitere angefangene zehn Beteiligte	70 EUR					

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor		Neuer Wortlaut hrentatbestand oder Auslagen	Neue Gebüh oder Faktor	K III KIII KA
14.4.3	Durchführung einer Anhörung - Zeitgebühr nach 11.1, - Auslagen nach 11.2					Aufgenommen unter Tz. 221.2 (neu)
			22.	Führung des Liegen- schaftskatasters	2	Als neuen Gliederungspunkt aufgenommen Prozesssicht: Führung (Produktion)
12.7	Übernahme der Ergebnisse von Amtshandlungen in das Liegen- schaftskataster		220.	Übernahme der Ergebnisse von Amtshandlungen der amtlichen Vermessungsstel- len in das Liegenschaftskata- ster		Von Tz. 12.7 (alt) hierher übertragen Konkretisierung dient dazu, Amtshandlungen anderer öffentlicher Stellen auszuschließen
12.7.1	Übernahme der Ergebnisse von Amtshandlungen nach 12.1, 12.2, 12.4 und 12.5.1		220. 1.	Übernahme der Ergebnisse von Liegenschaftsvermes- sungen a) an Flurstücken (Tz. 211.1., 211.2., 211.3., 211.4.) oder b) an Gebäuden (Tz. 212.)		Redaktionelle Konkretisierung dient der Verbesserung der Rechtsan- wendung
	- Grundgebühr	200 EUR		- Grundgebühr	250 EUR	
	- zuzüglich Ergänzungsgebühr nach 12.7.2		_	- zuzüglich Ergänzungsge- bühr	nach Tz. 220.2.	
	Anmerkung 12.7a Es ist höchstens eine Grundgebühr je Baukörper zu erheben.					Überführt zur Anmerkung 220a
12.7.2	Ergänzungsgebühr als Bruchteil der für die Durchführung der Liegenschaftsvermessung zu erhebenden Gebühren in Höhe von		220. 2.	Ergänzungsgebühr als Bruchteil der Gebühr für die Durchführung der Liegen- schaftsvermessung zu erhe- benden Gebühren		Ergänzend zu den Ausführungen der Tz. 12.7.1 (alt) und 12.7.2 (alt) VermWertKostV, werden die unterschiedlichen Interpretationsmöglichkeiten des Verordnungstextes dahingehend aufgelöst, dass die Ergänzungsgebühr auch auf die Abmarkung (Tz. 12.4 (alt)) anzuwenden ist, weil diese ein unverzichtbarer Teil der Amtshandlungen "Zerlegung" und "Grenzfeststellung" ist.

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Neuer Wortlaut Gebührentatbestand oder Auslage	Neue Gebühr oder Faktor	Kurzbegründung
					vgl. Nr. 2 BremVermKatAmts-Verf-
	a) Zerlegung (12.1) mit Abmarkung (12.4)	35 v. H.	a) Zerlegung mit Abmarkung	35 v. H. der Ge- bühr nach Tz. 211.1. oder Tz. 211.3.	
	b) Grenzfeststellung (12.2) mit Abmarkung (12.4)	20 v. H.	b) Grenzfeststellung mit Ab- markung	20 v. H. der Gebühr nach Tz. 211.2. oder Tz. 211.3.	
	c) Einmessung von Gebäuden oder im Grundriss veränderter Gebäude und von baulichen Anlagen (12.5.1)	30 v. H.	c) Gebäudeeinmessung	30 v. H. der Gebühr nach Tz. 212.	
			Zu Tz. 220., Anmerkung a Es ist höchstens eine Grund- gebühr je Baukörper zu erhe- ben.		
	Anmerkung 12.7b Bei gleichzeitig durchgeführten Vermessungen unterschiedlicher Art sind die für die jeweilige Art der Amtshandlung zutreffenden Pro- zentsätze nach 12.7.2 bei der Ableitung der Übernahmegebühr anzuhalten. Die bei gleichzeitig durchgeführten Amtshandlungen nicht zu erhebenden Grundgebühren sind auch bei der Ableitung der Übernahmegebühr nicht zu berücksichtigen.		Zu Tz. 220., Anmerkung b Bei gleichzeitig durchgeführten Vermessungen unterschiedlicher Art sind die für die jeweilige Art der Amtshandlung zutreffenden Prozentsätze nach 220.2 bei der Ableitung der Übernahmegebühr anzuhalten. Die bei gleichzeitig durchgeführten Amtshandlungen nicht zu erhebenden Grundgebühren sind auch bei der Ableitung der Übernahmegebühr nicht zu berücksichtigen.		

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor		Neuer Wortlaut rentatbestand oder Auslagen	Neue Gebüh oder Faktor	Kurzhearúnduna
	Anmerkung 12.7c Die Gebühren nach 12.7.1 und 12.7.2 c) entfallen, sofern von Ge- bäudeeinmessungen auf dem Grundstück ausschließlich Ge- bäude oder Grundrissveränderun- gen betroffen sind, deren gesamte Baukosten 20 000 EUR nicht über- steigen. Bei der Einmessung von Gebäuden mit Baukosten über 20 000 und bis zu 50 000 EUR entfällt bei der Berechnung der Übernah- megebühr die Grundgebühr.			Zu Tz. 220., Anmerkung c Die Gebühren nach Tz. 220.1. und Tz. 220.2. c) ent- fallen, sofern von Gebäude- einmessungen auf dem Grundstück ausschließlich Gebäude oder Grundrissver- änderungen betroffen sind, deren gesamte Baukosten 20 000 EUR nicht übersteigen. Bei der Einmessung von Ge- bäuden mit Baukosten über 20 000 und bis zu 50 000 EUR entfällt bei der Berech- nung der Übernahmegebühr die Grundgebühr.		
	Anmerkung 12.7d Die Gebühren nach 12.7.1 und 12.7.2 beinhalten eine Standard- präsentation der Liegenschaftskarte sowie die für die Mitteilung der Ver- änderungen im Liegenschaftskatas- ter erforderlichen Auszüge aus den Katasternachweisen.			Zu Tz. 220., Anmerkung d Die Gebühren nach Tz. 220.1. und Tz. 220.2. beinhalten eine Standardpräsentation Liegenschaftskarte sowie die für die Mitteilung der Veränderungen im Liegenschaftskataster erforderlichen Auszüge aus dem Liegenschaftskataster.		Redaktionelle Änderung dient der Rechtsklarheit
12.7.3	Bereinigung oder Ergänzung eingereichter Vermessungsschriften aufgrund geringfügiger Mängel		220. 3.	Bereinigung oder Ergänzung eingereichter Vermessungs- schriften aufgrund geringfügi- ger Mängel	Zeitaufwand nach Tz. 11.	
14.4	Unschädlichkeitszeugnis		221.	Bearbeitung eines Unschäd- lichkeitszeugnisses		Redaktionelle Anpassung erforder- lich, um auf die Amtshandlung ab- zustellen und nicht das Produkt

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Gebü	Neuer Wortlaut hrentatbestand oder Auslagen	Neue Gebüh oder Faktor	Kurzhaarunduna l
14.4.1	Erteilung eines Unschädlichkeits- zeugnisses oder Ablehnung der Er- teilung		221. 1.	Erteilung oder Ablehnung eines Unschädlichkeitszeugnisses		Ergänzung erweitert den Bereich der Gebührenerhebung, da auch Prüfaufwand entsteht, wenn kein ZU erteilt werden kann
	- bis zu zehn Beteiligte	200 EUR		a) bis zu fünf Beteiligte	600 EUR	Anzahl der Beteiligten auf fünf reduziert, vgl. NI-KOVerm
14.4.2	Zuschlag zu 14.4.1 für je weitere angefangene zehn Beteiligte	70 EUR		b) Zuschlag für je weitere an- gefangene fünf Beteiligte	150 EUR	Anzahl der Beteiligten auf fünf reduziert, vgl. NI-KOVerm
14.4.3	Durchführung einer Anhörung - Zeitgebühr nach 11.1, - Auslagen nach 11.2		221. 2.	Durchführung einer Anhörung	Zeitaufwand nach Tz. 11. und Auslagen nach Tz. 12.2.	Auslagen sind immer zu erheben, wenn sie anfallen (vgl. Tz. 12)
			222.	Bearbeitung einer Bescheini- gung über die Nichtbetroffen- heit nach § 1026 BGB oder über die Lage anderer Belas- tungen	Zeitaufwand nach Tz. 11.	Neuer Gebührentatbestand aufgenommen, dient der Rechtsklarheit
2	Geobasisdaten		23.	Bereitstellung von Geobasisdaten		Redaktionelle Anpassung, um auf die Amtshandlung abzustellen, nicht das Produkt Prozesssicht: Bereitstellung (Vertrieb)
			230 .	Online-Bereitstellung von hochwertigen Datensätzen gemäß § 10 Absatz 3 DNG		Ergänzung erforderlich aufgrund höherrangigen Rechts Umfasst den landesweiten Datensatz mit allen Inhalten (open Data); manuelle Bereitstellung eines Ausschnitts ist gebührenpflichtig
			230. 1.	ALKIS-Daten, ohne Eigentumsangaben gemäß § 9 Absatz 2 Vermessungs- und Katastergesetz	gebührenfrei	Zur Verbesserung der Transparenz aufgenommen
			230. 2.	Hauskoordinaten (Adressdaten)	gebührenfrei	Zur Verbesserung der Transparenz aufgenommen

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Gebül	Neuer Wortlaut nrentatbestand oder Auslagen	Neue Gebüh oder Faktor	Kurzhaarunduna
			230. 3.	Hausumringe	gebührenfrei	Zur Verbesserung der Transparenz aufgenommen
			230. 4.	3D-Gebäudemodelle mit Level of Detail 2 (LoD2)	gebührenfrei	Zur Verbesserung der Transparenz aufgenommen
			230. 5 .	Verwaltungseinheiten	gebührenfrei	Zur Verbesserung der Transparenz aufgenommen
			230. 6.	Digitales Basis-Landschafts- modell (Basis-DLM),	gebührenfrei	Zur Verbesserung der Transparenz aufgenommen
			230. 7.	Digitale Geländemodelle (DGM1)	gebührenfrei	Zur Verbesserung der Transparenz aufgenommen
			230. 8.	Digitale Oberflächenmodelle mit einer Rasterweite von 1 m (DOM1)	gebührenfrei	Zur Verbesserung der Transparenz aufgenommen
			230.	Digitale Orthophotos mit Bodenauflösung 10 cm (DOP)	gebührenfrei	Zur Verbesserung der Transparenz aufgenommen Angabe zur Bodenauflösung streichen; DOP20 werden nicht mehr produziert; hochauflösender als DOP10 unterliegen dem Datenschutz und sind nach § 2 Abs. 3 Nr. 1 a) aa) DNG nicht Open Data; Bereitstellung einer höheren Auflösung wäre gebührenpflichtig
			230. 10.	Amtliche Basiskarte 1 : 5000 (ABK5)	gebührenfrei	Zur Verbesserung der Transparenz aufgenommen In analoger Auslegung der AdV- Beschlüsse P 2023/10 und 2024/5
20	Berechnungsgrundlagen der Ge- bührenermittlung zur Bereitstel- lung und zum Recht der Nutzung von Geobasisdaten		231.	Berechnungsgrundlagen der Gebührenermittlung zur Ab- gabe und zur Nutzung von Geobasisdaten		Redaktionelle Anpassung, um auf die Amtshandlung abzustellen und nicht das Produkt
	Anmerkung 20a			Zu Tz. 231., Anmerkung a Für die Abgabe und das Recht zur Nutzung von Ge- obasisdaten werden einmalig		Gemäß Nr. 1.1 AdV-Gebührenricht- linie, Kernaussage: (nur noch) eine Gebühr für Abgabe und Nutzungs- recht, nicht zwei;

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Neuer Wortlaut Gebührentatbestand oder Auslagen	Neue Gebühr oder Faktor	Kurzbegründung
	Für die Bereitstellung oder das Recht zur Nutzung von Geobasis- daten werden einmalig oder jährlich Gebühren erhoben.		oder jährlich Gebühren erhoben.	lung gan Abg mitt nisc Onl	rliche Gebühr für die Bereitstelg von Diensten oder dem Zung zu 3A-Web. gabe umfasst die manuelle Übertung in schriftlicher oder elektrocher Form; im Gegensatz zur line-Bereitstellung (für den digien Abruf)
	Anmerkung 20b Für die Bereitstellung von Geobasisdaten wird eine Bereitstellungsgebühr auf der Basis der produktbezogenen Basisbeträge, multipliziert mit mengenbezogenen Faktoren ermittelt. Die mengenbezogenen Faktoren Faktoren richten sich in Abhängigkeit von dem Produkt jeweils nach der			An dies trof	dieser Stelle entbehrlich, da se Regelung in den wenigen be- fenen Gebührentatbeständen di- t eingearbeitet worden ist
	 a) Anzahl von Mehrausfertigungen (z.B. bei analogen Produkten), b) Objektanzahl (z.B. bei Vektorda- 				
	ten), c) betreffenden Fläche (bei Offline-Abgabe von Daten der Geotopographie).				behrlich durch die Abrechnung ch Zeitaufwand
	Anmerkung 20c Werden offline abgegebene Geobasisdaten turnusmäßig aktualisiert, werden Aktualisierungsgebühren nach 20.3 erhoben.			mel und Zeit	künftig keine Unterscheidung hr zwischen erstmaliger Abgabe I Aktualisierung, beides ist nach taufwand abzurechnen (Tz. 3.5 (neu))
	Anmerkung 20d Für die Bereitstellung von Geobasisdaten über Dienste sind 20.5.1 und 20.5.2 anzuhalten.			Ent	behrlich, da nach Zeitaufwand gerechnet wird

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Gebül	Neuer Wortlaut nrentatbestand oder Auslagen	Neue Gebüh oder Faktor	k iirznaariinaiina
	Anmerkung 20e Zusätzlich zur Bereitstellungsgebühren nach 20.6 für das Recht zur Nutzung erhoben.					Nr. 1 AdV-Gebührenrichtlinie 4.0: eine Gebühr für Bereitstellung und das Recht zur Nutzung von Geoba- sisdaten → Anmerkung streichen An dieser Stelle streichen und bei
	Anmerkung 20f Die Mindestgebühr für die Abgabe oder das Recht zur Nutzung von Geobasisdaten richtet sich nach 20.4.2a).					den Gebührentatbeständen neu aufgeführt
20.4	Anmerkung 20g Bei der offline-Abgabe von Geobasisdaten sind die Aufwände für Standarddatenträger und der Zeitaufwand für die zur Abgabe notwendige Aufbereitung der vorhandenen Geobasisdatensätze grundsätzlich in der Bereitstellungsgebühr enthalten. Für speziell auf den Datennutzer zugeschnittene inhaltliche oder räumliche Datenaufbereitungen oder die Transformation in spezielle Datenformate gelten die Zeitgebühren nach 11.1 und die Mindestgebühr nach 20.4.2b).					Verschoben zu Anmerkung 233.5 (neu)
20.1	Mengenbezogene Gebührenfaktoren					
20.1.1	Informationsmenge (Objekte)	Faktor				An dieser Stelle entbehrlich, da in Tz. 233.1 (neu) für ALKIS und Tz. 233.4 (neu) für AFIS) direkt eingearbeitet
	- bis 1000 Objekte	1,000				
	- 1 001 bis 10 000 Objekte	0,500				
	- 10 001 bis 100 000 Objekte	0,250				
	- 10 0001 und mehr Objekte	0,125				

Tarif-	Gebührentatbestand / Alter Wort-	Bisherige Gebühr		Neue Gebühr	Kurzbegründung
ziffer	laut	oder Faktor	Gebührentatbestand oder Auslage	n oder Faktor	<u> </u>
	Anmerkung 20.1 Sofern Geobasisdaten objektbezogen abgerechnet werden, richtet sich die Höhe der Gebühr nach der Objektanzahl. Die Berechnung erfolgt je Datensatz bzw. Produkt.				
20.1.2	Mehrausfertigungen von Präsentati- onsausgaben, die in einem Arbeits- gang mit der Erstausfertigung er- stellt werden				reichen, da Mehrausfertigungen cht mehr nachgefragt werden
	- Gebühr als Bruchteil der Gebühr für die Erstausfertigung in Höhe von	20 v. H.			
20.2	Abgesenkte Vektordaten	Faktor		die	ntbehrlich durch Open Data und e Abrechnung nach Zeitaufwand . Tz. 233.5)
	Datenformatabhängiger Gebühren- faktor bei der Abgabe von standard- mäßig im Vektorformat geführten Geobasisdaten wie z. B. ALKIS, ATKIS-Basis-DLM, ATKIS-DGM im Rasterformat (abgesenkte Vektor- daten)	0,250			
	Anmerkung 20.2 Die Höhe der Gebühr bei Abgabe von abgesenkten Vektordaten ergibt sich aus dem Basisbetrag, multipliziert mit der Anzahl der Objekte, multipliziert mit dem jeweiligen Faktor nach 20.2				
20.3	Aktualisierungsgebühren für die Bereitstellung aktualisierter digitaler Geobasisdaten (Offline-Bereitstellung)				ntbehrlich durch die Abrechnung ach Zeitaufwand (Tz. 233.5)
	a) Geobasisdaten des Liegen- schaftskatasters (22.0) und				

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Gebül	Neuer Wortlaut nrentatbestand oder Auslagen	Neue Gebüh oder Faktor	K urzhadrundund	
	daraus abgeleiteter Produkte (22.5 bis 22.6)						
	- Gebühr als Bruchteil der für die erstmalige Bereitstellung erhobe- nen Bereitstellungsgebühren, jähr- lich in Höhe von	35 v. H.			k		
	b) Geobasisdaten der Geotopographie (22.1 bis 22.4)						
	- Gebühr als Bruchteil der für die erstmalige Bereitstellung erhobe- nen Bereitstellungsgebühren, jähr- lich in Höhe von	18 v. H.					
20.4	Mindestgebühr					Gemäß Nr. 1.3 AdV Gebührenerichtlinie 4.0 Mindestgebühr immer bei der jeweiligen Tz. angeben und hier streichen	
	a) Bereitstellung oder Erteilung eines Rechts zur Nutzung von digitalen Geobasisdaten, je Antrag bzw. bei Nutzung von Diensten jährlich mindestens	50 EUR					
	b) Nutzerorientierte Datenaufbereitung oder Konvertierung in spezielle Datenformate nach Zeitgebühren nach 11.1, je Antrag mindestens	100 EUR				Verschoben zu Tz. 233.5 (neu) Die Gebühr ist in den Fällen zu erheben, in denen die Aufbereitung oder Umsetzung von Geobasisdaten manuelle Eingriffe erfordern, die bei den im Ausgabesystem vorgegebenen standardisierten Ausgabeformen nicht anfallen (z.B. die Auswahl einzelner Objektarten für thematische Präsentationen oder die Konvertierung von Geobasisdaten in spezielle Datenformate). (vgl. Nr. 2 BremVermKatAmts-Verf-VV)	

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Neuer Wortlaut rentatbestand oder Auslagen	Neue Gebüh oder Faktor		Kurzbegründung
20.5	Bereitstellung von Datensätzen über Dienste				Data date ser let - Star nacl ode Kun	ndarddatensätze verschoben h Tz. 230 (neu) gebührenfrei
20.5.1	Bereitstellungsgebühr für Down- loaddienste (Online- Bereitstellung von Objektdaten)				Star nacl Geo	ndarddatensätze verschoben h Tz. 230 (neu) odatendienste verschoben nach 233.7 (neu)
	- Gebühr als Bruchteil der jeweili- gen Bereitstellungsgebühr in Höhe von	100 v. H.				
20.5.2	Bereitstellungsgebühr für Darstel- lungsdienste (Online- Bereitstellung von Rasterdaten)					
	a) Geobasisdaten des Liegen- schaftskatasters (22.0) und daraus abgeleiteter Produkte (22.5 bis 22.6)					
	- jährliche Gebühr als Bruchteil der jeweiligen Bereitstellungsgebühr in Höhe von	3 v. H.				
	b) Geobasisdaten der Geotopogra- phie (22.1 bis 22.4)					
	- jährliche Gebühr als Bruchteil der jeweiligen Bereitstellungsgebühr in Höhe von	3 v. H.				
20.6	Gebühr für das Recht zur Nutzung von Daten					näß Nr. 1.1 AdV-Gebührenricht- 4.0 nur eine Gebühr für die Be-

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Gehül	Neuer Wortlaut nrentatbestand oder Auslagen	Neue Gebüh oder Faktor		Kurzbegründung
Zillei	laut	ouel Faktol	Gebui	irentatbestand oder Auslagen	ouel Faktor		
						zung	tellung und das Recht zur Nut- g von Geobasisdaten → Anmer- g entbehrlich
20.6.1	Interne Nutzung					J	
	Anmerkung 20.6a Interne Nutzung ist die Verwendung der Geobasisdaten für den privaten und sonstigen eigenen Gebrauch des Lizenznehmers einschließlich der Nutzung in einem internen In- formationssystem. Die Bereitstel- lungsgebühr beinhaltet das Recht zur internen Nutzung.						
20.6.2	Recht zur internen Nutzung durch Unternehmen, die mit dem Lizenz- nehmer verbunden sind (nicht auf ALKIS anwendbar, weder auf Prä- sentationsausgaben noch auf Da- tensätze)	Faktor					
	- bis einschließlich 2	1,5					
	- mehr als 2	2,5					
	Anmerkung 20.6b Die Gebühr für das Recht zur internen Nutzung nach 20.6.2 ergibt sich durch Multiplikation der Bereitstellungsgebühr mit dem jeweiligen Faktor.						
20.6.3	Externe Nutzung (nicht auf ALKIS- Datensätze anwendbar)						
	Die Verwertungsgebühr (Wiederverkauf) beträgt als Bruchteil der jeweiligen Bereitstellungsgebühr	60 v. H.					
	Anmerkung 20.6c Externe Nutzung ist jede Weitergabe von Geobasisdaten durch den						

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Gebü	Neuer Wortlaut hrentatbestand oder Auslagen	Neue Gebüh oder Faktor	Kurzbegründung	
	Lizenznehmer an Dritte mit oder ohne deren Veränderung. Für dieses Recht werden zusätzlich zur Bereitstellungsgebühr Gebühren für das Recht der Nutzung erhoben.						
21	Präsentationsausgaben		232.	Abruf oder Abgabe von amtli- chen Präsentationsausgaben		In analoger (Papier) oder elektroni- scher Form (pdf)	
			232. 1.	Prüfung des berechtigten Interesses	50 EUR zzgl. Gebühr nach Tz. 232.2.3. oder nach Tz. 232.3.3. bis Tz. 232.3.5.	Kalkulation: 0,5 Std. mD	
			232. 2.	Abruf von ALKIS-Präsentati- onsausgaben		Redaktionelle Anpassung analog zur AdV-Gebührenrichtlinie 4.0, An- lage B1	
			232. 2.1.	Liegenschaftskarte, bis einschließlich DIN A3	20 EUR	Gemäß AdV-Gebührenrichtlinie 4.0, Anlage B1 DIN A3 – DIN A0 sind derzeit tech- nisch nicht als Abruf möglich	
			232. 2.2.	Flurstücksnachweis	10 EUR	Gemäß AdV-Gebührenrichtlinie 4.0, Anlage B1	
			232. 2.3.	Flurstücks- und Eigentümer- nachweis	10 EUR	Gemäß AdV-Gebührenrichtlinie 4.0, Anlage B1	
21.0	Liegenschaftskataster (ALKIS-Standard- Präsentationsausgeben)		232. 3 .	Abgabe von ALKIS-Präsentationsausgaben			
	- bis Format DIN A3	25 EUR	232. 3.1.	Liegenschaftskarte	50 EUR	Kalkulation: 0,5 Std. mD, Gebühr ist unabhängig vom Papierformat	
	- größer DIN A3 bis einschließlich DIN A0	60 EUR					

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Gebül	Neuer Wortlaut hrentatbestand oder Auslagen	Neue Gebüh oder Faktor	I KIITZNEATIINAIINA
		ouer runter	00.00.	oa.botana oao. / taolago	ouoi i uittoi	
		3	232. 3.2.	Flurstücksnachweis	50 EUR	Kalkulation: 0,5 Std. mD
			232. 3.3.	Flurstücks und Eigentümer- nachweis	50 EUR	Kalkulation: 0,5 Std. mD
			232. 3.4.	Grundstücksnachweis	50 EUR	Kalkulation: 0,5 Std. mD
			232. 3.5.	Bestandsnachweis	50 EUR	Kalkulation: 0,5 Std. mD
	Anmerkung 21.0 Zuzüglich Gebühren für Beglaubigungen gemäß AllKostV und Auslagen nach 11.2					
21.1	Topographische Karten Amtliche Basiskarte 1:5 000 (ABK5)		232. 3.6.	Amtliche Basiskarte 1 : 5000 (ABK5)	50 EUR	Kalkulation: 0,5 Std. mD
	- bis Format DIN A3	25 EUR				
	- größer DIN A3 bis einschließlich DIN A0	60 EUR				
21.2	entfallen					
21.3	Luftbilderzeugnisse					Subsumiert unter Tz. 233.5 (kundenindividuellen Leistungen)
21.3.1	Historische Luftbilder auf Papier					
	- bis DIN A3	25 EUR				
21.3.2	Individuelles Orthophoto					
	- objektbezogen, DIN A3, auf Photopapier	50 EUR				
13.3	Auszüge aus den Nachweisen des Raumbezugs und Punktübersichten		232. 4.	Abgabe von AFIS-Präsentati- onsausgaben (Höhenfest- punkte)		Neuen Gliederungspunkt zur Verbesserung der Lesbarkeit aufgenommen Von Tz. 13.3 (alt) hierher überführt Gebührentatbestand beinhaltet nur Höhenfestpunkte;

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor		Neuer Wortlaut hrentatbestand oder Auslagen	Neue Gebüh oder Faktor	I Kurzhadrundund
					<u> </u>	Lagefestpunktfeld wird nicht mehr gepflegt; Schwerefestpunkt und Ge- odätische Grundnetzpunkte gibt es nicht in der FHB Nur Abgabe, da Abruf technisch nicht möglich.
	- je Seite/Blattausschnitt	15 EUR				
	- mindestens jedoch je Antrag	50 EUR				
			232. 4.1.	Punktliste, pro angefangene 50 Punkte	20 EUR mindestens 50 EUR	Gemäß AdV-Gebührenrichtlinie 4.0, Anlage A1
			232. 4.2.	Einzelnachweis, einschließ- lich Punktbeschreibung	10 EUR mindestens 50 EUR	Gemäß AdV-Gebührenrichtlinie 4.0, Anlage A1
			232. 4.3.	Festpunktübersichten, bis einschließlich DIN A3	10 EUR mindestens 50 EUR	Gemäß AdV-Gebührenrichtlinie 4.0, Anlage A1
			232. 4.4.	Festpunktübersichten, größer DIN A3	20 EUR mindestens 50 EUR	Gemäß AdV-Gebührenrichtlinie 4.0, Anlage A1
22	Digitale Geobasisdaten		233.	Bereitstellung von Geobasis- daten		Redaktionelle Anpassung erforder- lich, um auf die Amtshandlung ab- zustellen und nicht das Produkt daten sind immer digital
			233. 1.	Abgabe von ALKIS-Daten		
22.0	Datensätze des Liegenschaftskata- sters (ALKIS-Standard-Datensätze)					Entbehrlich, da gebührenfreie On- line-Bereitstellung
22.0.1	Flurstücke, Basisbetrag je Objekt	1,80 EUR				Entbehrlich, da gebührenfreie On- line-Bereitstellung
22.0.2	Gebäude, Basisbetrag je Objekt	0,90 EUR				Entbehrlich, da gebührenfreie On- line-Bereitstellung
22.0.3	Tatsächliche Nutzung, Basisbetrag je Objekt	0,90 EUR				Entbehrlich, da gebührenfreie On- line-Bereitstellung

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Gebü	Neuer Wortlaut hrentatbestand oder Auslagen	Neue Gebüh oder Faktor	Kurzhaarunduna
22.0.4	Bodenschätzung, Basisbetrag je Objekt	0,90 EUR				Entbehrlich, da gebührenfreie On- line-Bereitstellung
22.0.5	Eigentümer, Basisbetrag je Objekt	0,90 EUR	233. 1.1.	ALKIS-Datensätze, Eigentumsangaben, je Grundbuchkennzeichen (Objekt), Staffelgebühr	mindestens 50 EUR	Redaktionelle Ergänzung zur Verbesserung der Rechtsanwendung Eigentumsangaben beinhaltet Namen, Geburtsdaten und Anschriften der Eigentümer/Erbbauberechtigten Bei 240.000 Grundbuchkennzeichen in FHB → 41.050 EUR
				- für das 1. bis 1000. Objekt, je Objekt	0,90 EUR	Gemäß AdV Gebührenrichtlinie 4.0, Anlage B3
				- für das 1001. bis 10 000. Objekt, je Objekt	0,45 EUR	Staffel analog NI-KOVerm
				- für das 10 001. bis 100 000. Objekt, je Objekt	0,23 EUR	Staffel analog NI-KOVerm
				- ab dem 100 001 Objekt, je Objekt	0,11 EUR	Staffel analog NI-KOVerm
22.0.6	Komplettabgabe auf Basis Flur- stück	4,10 EUR				Entbehrlich, da gebührenfreie On- line-Bereitstellung
22.0.7	Komplettabgabe auf Basis Flur- stück – ohne Eigentümerangaben -	3,60 EUR				Entbehrlich, da gebührenfreie On- line-Bereitstellung
	Anmerkung 22.6 Die Gebühr für Hauskoordinaten und Hausumringe ergibt sich aus dem Basisbetrag multipliziert mit der jeweiligen Anzahl der Objekte, multipliziert mit dem Faktor nach 20.1.1.			Zu Tz. 233.1., Anmerkung Die Gebühr für Datensätze der Eigentumsangaben ergibt sich aus dem Basisbetrag multipliziert mit der Anzahl der Grundbuchkennzeichen.		Anpassung dient der Rechtsklar- heit; maßgebliche Einheit für Eigen- tumsangaben im Grundbuch ist das Grundbuchkennzeichen
			233. 1.2.	Auskunft aus dem ALKIS (Eigentumsangaben) in Sozialverwaltungsverfahren	kostenfrei	Zur Verbesserung der Transparenz aufgenommen Kostenfrei gemäß § 64 Absatz 2 SGB X
22.1	Digitale Topographische Karten		233. 2.	Abgabe von ATKIS-Produkten		

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Neuer Wortlaut Gebührentatbestand oder Auslagen	Neue Gebühr oder Faktor	Kurzbegründung
22.1.1	Amtliche Basiskarte 1: 5 000 (ABK 5) Basisbetrag je angefangene 1 km² Naturfläche	7,50 EUR			tbehrlich, da gebührenfreie On- e-Bereitstellung
22.1.2	Digitale Topographische Karten (ATKIS-DTK) DTK 1: 25 000 / 1: 50 000 / 1: 100 000 Basisbetrag je angefangene 1 km² Naturfläche				tbehrlich, da gebührenfreie On- e-Bereitstellung
	a) ATKIS-DTK25	1,00 EUR			
	b) ATKIS-DTK50	0,30 EUR			
	c) ATKIS-DTK100	0,10 EUR			
22.1.3	Bei Abgabe einzelner Objektarten- bereiche der DTK sind die Basisbe- träge jeweils mit folgendem Faktor zu multiplizieren:				tbehrlich, da gebührenfreie On- e-Bereitstellung
_	Grundriss/Schrift	0,60 EUR			
	Vegetation	0,15 EUR			
	Gewässer	0,10 EUR			
	Höhenlinien	0,15 EUR			
22.2	Digitale Landschaftsmodelle				tbehrlich, da gebührenfreie On- e-Bereitstellung
22.2.1	Digitales Landschaftsmodell (ATKIS Basis-DLM) -Datenbestand aller Objektartenbereiche				tbehrlich, da gebührenfreie On- e-Bereitstellung
	Basisbetrag je angefangene 1 km² Naturfläche	7,50 EUR			
22.2.2	Entfallen				
22.2.3	Digitales Landschaftsmodell (AT- KIS-DLM50) - Datenbestand aller Objektartenbe- reiche Basisbetrag je angefangene				tbehrlich, da gebührenfreie On- e-Bereitstellung
	1 km² Naturfläche	2 EUR			

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Gebül	Neuer Wortlaut Gebührentatbestand oder Auslagen		r Kurzbegründung
	Anmerkung 22.2 Bei Abgabe einzelner Objektarten- bereiche des DLM sind die Basis- beträge jeweils mit folgendem Fak-	Faktor				Entbehrlich, da gebührenfreie On- line-Bereitstellung
	tor zu multiplizieren:					
	a) Siedlung	0,35				
	b) Verkehr	0,35				
	c) Vegetation	0,15				
	d) Gewässer	0,10				
	e) Gebiete	0,05				
	f) Relief	0,15				
22.3	Digitale Geländemodelle Basisbetrag je angefangene 1 km² Naturfläche					Entbehrlich, da gebührenfreie On- line-Bereitstellung
	ATKIS-DGM1	80 EUR				
	ATKIS-DGM5	20 EUR				
			233. 2.1.	Digitale Oberflächenmodelle a) Texturiertes Oberflächen- modell (3D-Mesh) b) 3D-Punktwolke	Zeitaufwand nach Tz. 11. mindestens 50 EUR	Max. Grenzkosten gemäß § 10 Abs. 1 Satz 2 DNG zulässig DOM (Laserscann) und bDOM sind gebührenfrei, da Primärdaten; Aber 3D-Mesh und 3D-Punktwolke sind abgeleitete Daten und unterlie- gen somit nicht dem DNG; eine Ge- bühr ist zu erheben
22.4	Digitale Orthophotos und Luftbilder		233. 3.	Abgabe von Digitalen Ortho- photos (DOP) und Luftbildern		Redaktionelle Anpassung, um auf die Amtshandlung abzustellen, nicht auf das Produkt
22.4.1	Orthophotos (ATKIS-DOP20) Basisbetrag je angefangene 1 km² Naturfläche	9 EUR				Entbehrlich, da gebührenfreie On- line-Bereitstellung
22.4.2	Orthophotos (Dop10) Basisbetrag, je angefangene 1 km² Naturfläche	40 EUR				

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Gebü	Neuer Wortlaut hrentatbestand oder Auslagen	Neue Gebüh oder Faktor	I Kurzhoarunauna
			233. 3.1.	Digitale Orthophotos (DOP) mit einer Bodenauflösung von 10 cm oder höher	Zeitaufwand nach Tz. 11. mindestens 50 EUR	Kein Anwendungsbereich des DNG, vgl. § 2 Abs. 3 Nr. 1 a) aa) DNG
22.4.3	Orientierte Luftbilder CIR oder RGB, TIF-Format, 10 cm Bodenauflösung		233. 3.2.	Orientierte Luftbilder CIR oder RGB	Zeitaufwand nach Tz. 11. mindestens 50 EUR	Max. Grenzkosten gemäß § 10 Abs. 1 Satz 2 DNG zulässig
	- je angefangene 1 km² Naturfläche	40 EUR	233. 3.3.	Schrägluftbilder	Zeitaufwand nach Tz. 11. mindestens 50 EUR	Neuer Gebührentatbestand eingeführt Max. Grenzkosten gemäß § 10 Abs. 1 Satz 2 DNG zulässig
22.5	3D-Gebäudemodelle					
22.5.1	a) LoD1 (Level of Detail 1) Basisbetrag je Objekt	0,27 EUR				Entbehrlich, da gebührenfreie On- line-Bereitstellung
22.5.2	b) LoD2 (Level of Detail 2) Basisbetrag je Objekt	0,65 EUR				Entbehrlich, da gebührenfreie On- line-Bereitstellung
	Anmerkung 22.5 Die Gebühr errechnet sich aus dem jeweiligen Basisbetrag je Objekt, multipliziert mit der Anzahl der Objekte und dem Faktor nach 20.1.1					
22.6	Hauskoordinaten, Hausumringe					
22.6.1	Hauskoordinaten Basisbetrag je Objekt	0,15 EUR				Entbehrlich, da gebührenfreie On- line-Bereitstellung
22.6.2	Hausumringe Basisbetrag je Objekt Anmerkung 22.6 Die Gebühr für Hauskoordinaten und Hausumringe ergibt sich aus dem Basisbetrag multipliziert mit der jeweiligen Anzahl der Objekte, multipliziert mit dem Faktor nach 20.1.1.	0,12 EUR				Entbehrlich, da gebührenfreie On- line-Bereitstellung

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor		Neuer Wortlaut hrentatbestand oder Auslagen	Neue Gebüh oder Faktor	Kurzhaarunduna
			233. 4.	Abgabe von AFIS-Datensätzen, je Höhenfestpunkt, Referenzstationspunkt (Objekt), Staffelgebühr	mindestens 50 EUR	Gemäß AdV Gebührenrichtlinie 4.0, Anlage A2 Ohne Grundnetzpunkte und Schwe- refestpunkte, da nicht in FHB vor- handen
				- für das 1. bis 1000. Objekt, je Objekt - für das 1001. bis 10.000.	0,09 EUR 0,045 EUR	0,5 x 0,09 EUR
				Objekt, je Objekt Zu Tz. 233.4., Anmerkung Die Gebühr für die Datensätze des AFIS ergibt sich aus dem Basisbetrag multipliziert mit der Anzahl der Festpunkte.		
20.4	Mindestgebühr b) Nutzerorientierte Datenaufbereitung oder Konvertierung in spezielle Datenformate nach Zeitgebühren nach 11.1, je Antrag mindestens	100 EUR	233. 5.	Abgabe von Geobasisdaten im Zusammenhang mit kundenindividuellen Leistungen (Sonderleistungen)	Zeitaufwand nach Tz. 11. mindestens 50 EUR	Verschoben von 20.4b (alt) Max. Grenzkosten gemäß § 10 Abs. 1 Satz 2 DNG zulässig
	Anmerkung 20g Bei der offline-Abgabe von Geobasisdaten sind die Aufwände für Standarddatenträger und der Zeitaufwand für die zur Abgabe notwendige Aufbereitung der vorhandenen Geobasisdatensätze grundsätzlich in der Bereitstellungsgebühr enthalten. Für speziell auf den Datennutzer zugeschnittene inhaltliche oder räumliche Datenaufbereitungen oder die Transformation in spezielle Datenformate gelten die Zeitgebühren nach 11.1 und die Mindestgebühr nach 20.4.2b).			Zu Tz. 233.5., Anmerkung Bei der Abgabe von Geoba- sisdaten sind die Aufwände für Standarddatenträger und der Zeitaufwand für die zur Abgabe notwendige Aufberei- tung der vorhandenen Ge- obasisdatensätze in der Re- gel in der Gebühr für die Ab- gabe des Datensatzes ent- halten. Für speziell auf die Kundenwünsche zugeschnit- tene inhaltliche oder räumli- che Datenaufbereitungen oder die Transformation in		Verschoben von Anmerkung 20g (alt)

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Gebül	Neuer Wortlaut hrentatbestand oder Auslagen	Neue Gebüh oder Faktor		Kurzbegründung
				spezielle Datenformate ist zu- sätzlich die Gebühr nach Tz. 233.1 oder 233.4 anzuset- zen.			
13.4	Zugang zum Geobasisdatendienst der Katasterbehörde für Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure zur Nutzung für Beratungszwecke		233. 6.	Bereitstellung von Geobasis- daten über Automatisierte Abrufverfahren			en Gebührentatbestand neu für mann geöffnet
	- je registriertem Nutzer und Jahr	200 EUR	233. 6.1.	Registrierung und Nutzerver- waltung, je Vereinbarung und Jahr		geno	og zu NI-KOVerm, Tz. 5.1 auf- mmen (mangels belastbarer ischer Zahlen)
			233. 6.1.1	Ein Vereinbarungspartner mit Profil ohne Eigentumsangaben			asst den Zugang über 3A Web
				- Grundgebühr	200 EUR		icher Grundbetrag für regelmä- Wartung und Pflege
			233. 6.1.2	Ein Vereinbarungspartner mit Profil mit Eigentumsangaben		zu Sa	asst den Zugang über 3A Web achdaten und sofern zulässig ersonenbezogenen Daten
				- Grundgebühr	400 EUR	weite Profil Eiger Gebü	e Beschränkung auf ÖbVI, da ere öffentliche Stellen je nach I ALKIS-Daten mit oder ohne ntumsangaben abrufen dürfen ühr umfasst auch den Aufwand e Prüfung des berechtigten In- ses
				- Zuschlag für das Abrufver- fahren von Vermessungsun- terlagen durch ÖbVI	120 EUR		
			233. 6.1.3	Erstmalige Registrierung von Nutzerinnen oder Nutzern oder Änderung von Nutzerin- nen oder Nutzern eines Ver- einbarungspartners	50 EUR		

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor		Neuer Wortlaut nrentatbestand oder Auslagen	Neue Gebühr oder Faktor		Kurzbegründung
20.5	Bereitstellung von Datensätzen über Dienste		233. 7.	Bereitstellung von Geodaten- diensten (Onlinebereitstel- lung von Objektdaten)		Geb an N men sche von wan kein	20.5 (alt) überarbeitet bührentatbestände in Anlehnung NI-KOVerm, Tz. 5.2 aufgenom- n (mangels belastbarer bremi- er Zahlen), aber abweichend NI konsequent auf den Auf- nd abgestellt ne Unterscheidung zwischen stellungsdienst oder Download- nst
				Zu Tz. 233.7, Anmerkung Aufwendungen für den Be- trieb der Infrastruktur sind als Auslagen zu erheben.			
20.5.1	Bereitstellungsgebühr für Down- loaddienste (Online-Bereitstellung von Objektdaten)		233. 7.1.	Erstmalige Bereitstellung AL- KIS-Datensätze			
	- Gebühr als Bruchteil der jeweili- gen Bereitstellungsgebühr in Höhe von	100 v. H.	233. 7.1.1	Grundausstattung ALKIS-Datensätze	Zeitaufwand nach Tz. 11. mindestens 50 EUR		
				Zu Tz. 233.7.1.1., Anmer- kung Erstmalige Bereitstellung der gebührenfreien ALKIS-Da- tensätze (Flurstücke, Ge- bäude, Tatsächliche Nut- zung, Landnutzung, Boden- schätzung, Hausumringe) in aufbereiteter Form.			
20.5.2	Bereitstellungsgebühr für Darstel- lungsdienste (Online- Bereitstellung von Rasterdaten)		233. 7.1.2	Zuschlag für Eigentumsanga- ben	nach Tz. 233.1.1.		
			233. 7.2.	Aktualisierung			

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Gobül	Neuer Wortlaut nrentatbestand oder Auslagen	Neue Gebühr oder Faktor		Kurzbegründung
ZIIIGI	laut	ouer raktor	Gebui	ilelitatbestallu odel Auslagen			
			233. 7.2.1	für den Zeitraum der seit der letzten Abgabe oder Aktuali- sierung vergangen ist, je Ab- gabe	Zeitaufwand nach Tz. 11. mindestens 50 EUR		
			233. 7.2.2	Zuschlag Eigentumsangaben für den Zeitraum der seit der letzten Abgabe oder Aktualisierung vergangen ist	10 v. H. nach Tz. 233.1.1.	schni	entsatz analog zur durch- ttlichen Anzahl der Eigentums- rung angesetzt
	a) Geobasisdaten des Liegen- schaftskatasters (22.0) und daraus abgeleiteter Produkte (22.5 bis 22.6)						
	- jährliche Gebühr als Bruchteil der jeweiligen Bereitstellungsgebühr in Höhe von	3 v. H.					
	b) Geobasisdaten der Geotopographie (22.1 bis 22.4)						
	- jährliche Gebühr als Bruchteil der jeweiligen Bereitstellungsgebühr in Höhe von	3 v. H.					
13	Angaben aus den Nachweisen der Vermessungs- und Katasterbehörde		234.	Abgabe von Kopien aus den Nachweisen des Liegen- schaftskatasters		Aufga und n men v ständ	ührt von Tz. 13 (alt), da diese abe zur Bereitstellung gehört aur durch Stellen wahrgenom- werden kann, die einen voll- igen Zugang zu den maßgeb- n Dokumenten haben
13.1	Kopien von Vermessungsrissen		234. 1.	Kopien von Vermessungsrissen			
	- je Riss	15 EUR		- je Vermessungsriss	15 EUR mindestens 50 EUR		
	- mindestens jedoch je Antrag	50 EUR			_		
13.2	Abschriften oder Auszüge aus Katasterbüchern, Ausfertigung von Veränderungsnachweisen		234. 2.	Kopien von Katasterbüchern oder Veränderungsnachweisen			

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor		Neuer Wortlaut nrentatbestand oder Auslagen	Neue Gebüh oder Faktor	Kurzbegründung	
	- je Seite	0,75 EUR		- je Seite	1 EUR mindestens 50 EUR		
	- mindestens jedoch je Antrag	50 EUR					
	Anmerkung 13.2 Zuzüglich Gebühren für Beglaubigungen gemäß AllKostV und Auslagen nach 11.2			Zu Tz. 234.2., Anmerkung Zuzüglich einer Gebühren für Beglaubigungen gemäß All- KostV und Auslagen nach Tz. 12.2.			
3	Amtshandlungen der Aufsicht über das amtliche Vermessungswesen		3.	Amtshandlungen der Aufsicht über die amtlichen Vermessungsstellen		Verbraucherpreisindex (VPI, Andere Waren und Dienstleistungen) 01/2020: 98,7 bis 06/2025: 126,9 → + 29 %	
31	Bestellung zur Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurin oder zum Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur gemäß § 3 bis § 6 des Bremischen Gesetzes über die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure (BremÖbVIG)	500 EUR	31.	Bestellung als ÖbVI gemäß § 4 BremÖbVIG	650 EUR	Anhebung der Gebühr um rd. 29 % nach VPI Redaktionelle Anpassung und Kürzung zur Verbesserung der Lesbarkeit	
32	Bestellung einer Stellvertretung für die nach dem BremÖbVIG - beliehene Person	100 EUR	32.	Bestellung einer Stellvertre- tung gemäß § 21 Bre- mÖbVIG	130 EUR	Anhebung der Gebühr um rd. 29 % nach VPI	
33	Erteilung der Genehmigung zur Bildung einer Arbeits- und Bürogemeinschaft der Beliehenen	230 EUR	33.	Genehmigung der beruflichen Zusammenarbeit gemäß § 16 BremÖbVIG	300 EUR	Anhebung der Gebühr um rd. 29 % nach VPI	
34	Ausfertigung einer Bescheinigung für die nach dem BremÖbVIG - beliehene Person oder den Inhaber einer Befugnis zur Durchführung von Liegenschaftsvermessungen	50 EUR	34.	Ausfertigung eines Amtsaus- weises für ÖbVI	65 EUR	Anhebung der Gebühr um rd. 29 % nach VPI Rechtsgrundlage für Messgenehmigung gemäß BremÖbVIG im Jahr 2009 entfallen	
35	Zurücknahme der Bestellung ge- mäß § 8 BremÖbVIG	250 EUR	35.	Zurücknahme der Bestellung gemäß § 8 BremÖbVIG	320 EUR	Anhebung der Gebühr um rd. 29 % nach VPI	

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Neuer Wortlaut Gebührentatbestand oder Auslagen		Neue Gebüh oder Faktor	Kurzhadrundund	
36	Zurücknahme der Bestellung ge- mäß § 8 des Bremischen Gesetzes über die Öffentlich bestellten Ver- messungsingenieurinnen und Öf- fentlich bestellten Vermessungsin- genieure	250 EUR				Strei	chen, da Dopplung zu Tz. 35
4	Gutachterausschüsse nach dem Baugesetzbuch		4.	Amtshandlungen im Be- reich der amtlichen Werter- mittlung			
41	Ermittlung von Grundstückswerten		41.	Erstattung von Gutachten		und a	nulierung gemäß § 193 BauGB § 5 Verordnung über die Gut- erausschüsse für Grundstücks- e nach dem Baugesetzbuch
	Anmerkung 41a Für Gutachten über Grundstückswerte nach 41.1 bis 41.7 leitet sich die Gebühr aus dem Verkehrswert des Wertermittlungsobjektes ab, soweit in den Anmerkungen nichts anderes bestimmt ist. Auslagen sind gemäß 11.2 zu erheben.			Zu Tz. 41., Anmerkung a Für Gutachten über Grund- stückswerte nach Tz. 41.1. bis 41.7. leitet sich die Ge- bühr aus dem Verkehrswert des Wertermittlungsobjektes ab, soweit in den Anmerkun- gen nichts anderes bestimmt ist. Auslagen sind nach Tz. 12.2. zu erheben.			
	Anmerkung 41b Fallen der Wertermittlungsstichtag und der Zeitpunkt der Wertermitt- lung nicht zusammen, so ist für die Berechnung der Gebühren der auf den Zeitpunkt der Wertermittlung angepasste Verkehrswert maßge- bend.			Zu Tz. 41., Anmerkung b Fallen der Wertermittlungs- stichtag und der Zeitpunkt der Wertermittlung nicht zu- sammen, so ist für die Be- rechnung der Gebühren der auf den Zeitpunkt der Werter- mittlung angepasste Ver- kehrswert maßgebend.			
	Anmerkung 41c			Zu Tz. 41., Anmerkung c Sind Grundstücke mit sonsti- gen Rechten belastet, so ist			

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Gebül	Neuer Wortlaut nrentatbestand oder Auslagen	Neue Gebüh oder Faktor		Kurzbegründung	
	Sind Grundstücke mit sonstigen Rechten belastet, so ist für die Be- rechnung der Gebühren die Summe aus dem Verkehrswert des unbe- lasteten Grundstücks und dem Wert der Rechte maßgebend.			für die Berechnung der Ge- bühren die Summe aus dem Verkehrswert des unbelaste- ten Grundstücks und dem Wert der Rechte maßgebend.				
	Anmerkung 41d Enthält ein Gutachten mehrere Wertermittlungsstichtage, so ist zur Berechnung der Gebühren die Summe aus den einzelnen Ver- kehrswerten maßgebend.			Zu Tz. 41., Anmerkung d Wird ein Wertermittlungsob- jekt zu mehreren Wertermitt- lungsstichtagen bewertet, ist zur Berechnung der Gebühr die Summe aus den einzel- nen Verkehrswerten maßge- bend.		Red	laktionelle Anpassung	
				Zu Tz. 41., Anmerkung e Präsentationsausgaben des Liegenschaftskatasters sind als Auslagen abzurechnen.		heit	ı aufgenommen zur Rechtsklar- (Ziel: Gleichbehandlung im kurrenzbereich)	
				Zu Tz. 41., Anmerkung f Mit den Gebühren sind die Entschädigung der ehrenamt- lichen Gutachterinnen und Gutachter abgegolten.				
	Anmerkung 41e In den Gebühren sind die Kosten für bis zu 3 Ausfertigungen der Gut- achten enthalten.			Zu Tz. 41., Anmerkung g In den Gebühren sind bis zu drei Ausfertigungen der Gut- achten enthalten.				
41.1	Gutachten über den Verkehrswert von bebauten und unbebauten Grundstücken oder Rechten an Grundstücken		41.1.	Gutachten über den Ver- kehrswert von bebauten und unbebauten Grundstücken oder Rechten an Grundstü- cken				
	a) bei einem Verkehrswert bis einschließlich 500 000 EUR			a) bei einem Verkehrswert bis einschließlich 500 000 EUR	1 300 EUR zuzüglich ei- nes Bruchteils		Anpassung des Bruchteils ist it erforderlich, da die strukturelle	

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Gebül	Neuer Wortlaut Gebührentatbestand oder Auslagen		nr r	Kurzbegründung
					des Verkehrs- wertes in	Erhö meir	öhung bereits durch die allge- ne Steigerung der Immobilien-
					Höhe von 4,5 v. T.	preis	se berücksichtigt wird.
	- Gebühr als Bruchteil des Ver- kehrswertes in Höhe von	4,5 v. T.					
	- zuzüglich	900 EUR					
	b) bei einem Verkehrswert von mehr als 500 000 EUR bis ein- schließlich 1 000 000 EUR			b) bei einem Verkehrswert von mehr als 500 000 EUR bis einschließlich 1 000 000 EUR	3 000 EUR zuzüglich ei- nes Bruchteils des Verkehrs- wertes in Höhe von 1,1 v. T.	nicht Erhö meir	Anpassung des Bruchteils ist terforderlich, da die strukturelle bhung bereits durch die allgene Steigerung der Immobiliense berücksichtigt wird.
	- Gebühr als Bruchteil des Ver- kehrswertes in Höhe von	1,1 v. T.					
	- zuzüglich	2 600 EUR					
	c) bei einem Verkehrswert von mehr als 1 000 000 EUR			c) bei einem Verkehrswert von mehr als 1 000 000 EUR	3 300 EUR zuzüglich ei- nes Bruchteils des Verkehrs- wertes in Höhe von 0,8 v. T.	nicht Erhö meir	Anpassung des Bruchteils ist terforderlich, da die strukturelle bhung bereits durch die allgene Steigerung der Immobiliense berücksichtigt wird.
	- Gebühr als Bruchteil des Ver- kehrswertes in Höhe von	0,8 v. T.					
44.0	- zuzüglich	2 900 EUR	44.0	Out of the file of the No.	Described to the	D:	A
41.2	Gutachten über den Verkehrswert von Erbbaurechten oder von mit Erbbaurechten belasteten Grund- stücken		41.2.	Gutachten über den Ver- kehrswert von Erbbaurechten oder von mit Erbbaurechten belasteten Grundstücken	Bruchteil der Gebühr nach Tz. 41.1. in Höhe von 120 v. H.	lich, bere rung	Anpassung ist nicht erforder- da die strukturelle Erhöhung eits durch die allgemeine Steige- g der Immobilienpreise berück- tigt wird.
	Gebühr als Bruchteil der Gebühr nach 41.1 in Höhe von	120 v. H.					

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Gebül	Neuer Wortlaut nrentatbestand oder Auslagen	Neue Gebühr oder Faktor		Kurzbegründung
	Anmerkung 41.2 Für die Berechnung der Gebühren ist der Verkehrswert des unbelasteten Grundstücks maßgebend.			Zu Tz. 41.2., Anmerkung Für die Berechnung der Ge- bühren ist der Verkehrswert des unbelasteten Grund-			
41.3	Einzelgutachten für die Ermittlung von Entschädigungs-und Neuord-nungswerten (z.B. in Sanierungs-und Entwicklungsbereichen oder in Enteignungsfällen)		41.3.	stücks maßgebend. Einzelgutachten über die Höhe der Entschädigung oder von Neuordnungswerten (z. B. in Sanierungsgebieten, Entwicklungsbereichen oder in Enteignungsverfahren)	Bruchteil der Gebühr nach Tz. 41.1. in Höhe von 200 v. H.	gung ande Die A lich, bere	3 Abs. 2 BauGB: "Entschädig für den Rechtsverlust oder für dere Vermögensnachteile" Anpassung ist nicht erforderda die strukturelle Erhöhung its durch die allgemeine Steigeder Immobilienpreise berück-
	Gebühr als Bruchteil der Gebühr nach 41.1 in Höhe von	200 v. H.				sicht	igt wird.
41.4	Gutachten, die im Einzelfall eine Auseinandersetzung mit Grundsatz- fragen der Wertermittlung oder ei- nen überdurchschnittlichen Auf- wand erfordern		41.4.	Gutachten, die im Einzelfall eine Auseinandersetzung mit Grundsatzfragen der Werter- mittlung oder einen über- durchschnittlichen Aufwand erfordern	Bruchteil der Gebühr nach Tz. 41.1. in Höhe von 150 v. H. bis zu 300 v. H	lich, bere rung	Anpassung ist nicht erforder- da die strukturelle Erhöhung its durch die allgemeine Steige- der Immobilienpreise berück- iigt wird.
	Gebühr als Bruchteil der Gebühr nach 41.1 in Höhe von	150 v. H. bis 300 v. H					
41.5	Mögliche Reduzierung der Gebühr nach 41.1 bis 41.5, bezogen auf den Prozentsatz der Gebühr nach 41.1, wenn der Aufwand für die Vorbereitung der Gutachten deutlich reduziert ist. Dies kann z.B. der Fall sein:	bis zu 75 v. H.	41.5.	Mögliche Reduzierung der Gebühr, wenn der Aufwand für die Vorbereitung der Gut- achten deutlich reduziert ist. Dies kann z. B. der Fall sein:	Bruchteil des Verkehrswer- tes nach Tz. 41.1. Buchsta- ben a) – c) bis zu 75 v. H.		
	a) bei Wiederholungsgutachten,				ыз Zu / J v. П.	strei	chen, da vergleichbar zu b (alt)

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor		Neuer Wortlaut rentatbestand oder Auslagen	Neue Gebühr oder Faktor		Kurzbegründung
	b) bei Aktualisierungen von älteren Gutachten bei unverändertem Sachverhalt,			a) bei Aktualisierungen von älteren Gutachten mit im We- sentlichen unveränderten Grundstücksmerkmalen oder			ndstücksmerkmale vgl. § 2 Abs. nmoWertV
	c) wenn sich der Antrag auf die Er- stellung von Gutachten für mehrere Objekte erstreckt oder			b) bei Gutachten für mehrere Objekte mit im Wesentlichen gleichen Grundstücksmerk- malen erstreckt oder		zier bei d und der	ngenrabatt aufgrund des redu- ten Aufwandes. Zum Beispiel der Organisation der Sitzung durch die Wiederverwendung Textbausteine in den Verkehrs- tgutachten.
	d) wenn für die Erstellung des Gut- achtens notwendige Unterlagen durch den Antragsteller oder Eigen- tümer bereitgestellt werden (Bau- aufnahme, Aufmaß o.ä.).			c) bei Gutachten, zu denen notwendige Unterlagen be- reitgestellt werden (Bauauf- nahme, Aufmaß o. ä.).		die	evant ist, dass Sie nicht durch Geschäftsstelle beschafft oder Angaben selbst ermittelt werden ssen. Es ist irrelevant, wer die erlagen vorlegt.
41.6	Sonstige Gutachten a) Ermittlung von Anfangs- und Endwerten in Sanierungsgebieten und städtebaulichen Entwicklungs- bereichen		41.6.	Sonstige Gutachten a) Ermittlung von Anfangs- und Endwerten in Sanie- rungsgebieten und städte- baulichen Entwicklungsberei- chen	Zeitaufwand nach Tz. 11.	Abg ordr	grenzung zu Tz. 41.3 mit Boden- nung, hier nur sanierungsbe- gte Bodenwerterhöhung
	b) umfangreiche Stellungnahmen zu erstatteten Gutachten c) Gutachten, die sich nicht den Zif- fern 41.1 bis 41.5 zuordnen lassen			b) Stellungnahmen zu erstatteten Gutachten c) Gutachten, die sich nicht den Tz. 41.1. bis 41.5. zuord- nen lassen	Zeitaufwand nach Tz. 11. Zeitaufwand nach Tz. 11.		
41.7	- Zeitgebühren nach 11.1 Mehrausfertigung von Gutachten		41.7.	Nachträgliche Mehrausferti- gung von Gutachten, pro An- trag	50 EUR	ged ob o gleid	evant ist nicht, wie viele Seiten lruckt werden müssen, sondern die Mehrausfertigungen zeit- ch mit den ersten drei Ausferti- gen erstellt und abgerechnet

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor		Neuer Wortlaut nrentatbestand oder Auslagen	Neue Gebüh oder Faktor	k iirznaariinaiina
						werden oder ob nachträglich Mehrausfertigungen beantragt werden (Aufwand für Antrag bearbeiten, Kostenbescheid erstellen und Versenden fielen erneut an). Kalkuliert: 0,5 Std. nach Tz. 11.3 für Antragsannahme, Antragsbearbeitung, Kostenbescheid erstellen und versenden
	a) bis 15 Seiten	25 EUR		- je Mehrausfertigung	10 EUR	Materialkosten für die Mehrausfertigungen in Abhängigkeit von der Menge
	b) mehr als 15 Seiten	35 EUR				•
42	Auskünfte und Auszüge		42.	Bereitstellung von Boden- richtwerten sowie Angaben zum Grundstücksmarkt und Auskünfte aus der Kaufpreissammlung		Formulierung analog zu § 193 Abs. 5 BauGB
			42.1.	Bereitstellung der Angaben zum Grundstücksmarkt	50 EUR	Redaktionelle Anpassung, um auf die Amtshandlung abzustellen und nicht auf das Produkt
42.1	Grundstücksmarktbericht	60 EUR				
42.2	Drucke von Berichten und Analysen - je Kapitel	20 EUR				streichen Begründung: Grundstücksmarktbe- richt wird zukünftig als pdf-Datei be- reitgestellt, ohne Extraktion einzel- ner Kapitel, wie es bei analogen Ausgaben bisher üblich war
			42.2.	Bereitstellung der Bodenrichtwerte		Redaktionelle Anpassung, um auf die Amtshandlung abzustellen und nicht auf das Produkt Ermittlung und Anpassung von be- sonderen BRW (s. Tz. 41.6)

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Gebül	Neuer Wortlaut nrentatbestand oder Auslagen	Neue Gebüh oder Fakto	K III TAATIIAA IIA
			42.2. 1.	Online-Bereitstellung von Bo- denrichtwerten im Boden- richtwertinformationssystem Niedersachsen und Bremen (BORIS.NI)	gebührenfrei	zur Verbesserung der Transparenz aufgenommen hochwertige Datensätzen gemäß § 10 Absatz 3 DNG, da Tatbestands- merkmale des Art. 2 Nr. 1 DVO hvD iVm Art. 2 Nr. 10 EU-Open Data- und PSI-RL erfüllt sind
42.3	Bodenrichtwertkarten mehrfarbiger Druck, Bremen: 3 Blätter, 1 : 20 000, Bremerhaven: 1 Blatt, 1 : 13 000 - je Blatt	70 EUR				Streichen, da der Druck von Boden- richtwertkarten eingestellt worden ist
42.4	Auszüge aus den Bodenrichtwert- karten bis Format DIN A3	25 EUR	42.2. 2.	Abgabe von Auszügen aus den Bodenrichtwertkarten bis Format DIN A3	50 EUR	Redaktionelle Anpassung, um auf die Amtshandlung abzustellen und nicht auf das Produkt Mindestgebühr
42.7	Erweiterte Auskunft über den Bo- denwert in den Fällen, in denen keine Bodenrichtwerte vorliegen oder eine umfangreiche Bodenwer- termittlung erforderlich ist		42.2. 3.	Erweiterte Auskunft über den Bodenwert in den Fällen, in denen keine Bodenrichtwerte vorliegen oder eine umfang- reiche Bodenwertermittlung erforderlich ist	Zeitaufwand nach Tz. 11.	Gebührenerhebung erfolgt zukünftig aufwandsbezogen
	a) in einfachen Fällen	150 EUR				
	b) in schwierigen Fällen	200 bis 500 EUR				
42.5 42.6	entfallen Auskunft aus der Kaufpreissamm- lung		42.3.	Auskunft aus der Kaufpreis- sammlung		
42.6.1	Einzelauskunft		42.3. 1.	Einzelauskunft		
			42.3. 1.1.	Einzelauskunft von Kaufpreisen		
				a) bis zu 15 Kauffälle pro Antrag	240 EUR	Selektion der Kaufpreise erfolgt nach Vorgabe des Antragstellers; fachliche Entscheidung, ob es sich

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor		Neuer Wortlaut Gebührentatbestand oder Auslagen		r Kurzbegründung
						um einen Vergleichsfall handelt, trifft nicht die Geschäftsstelle, son- dern der Antragssteller (bspw. Sachverständige)
				b) für jeden weiteren Kauffall in einem Antrag	7 EUR	Selektion der Kaufpreise erfolgt nach Vorgabe des Antragstellers; fachliche Entscheidung, ob es sich um einen Vergleichsfall handelt, trifft nicht die Geschäftsstelle, son- dern der Sachverständige Konkretisierung "je Antrag"
			42.3. 1.1.2	Einzelauskunft von Vergleichspreisen	nach Tz. 42.3.1.1 . zzgl. Zeitaufwand nach Tz. 11 .	Selektion der Vergleichspreise und die fachliche Entscheidung, ob es sich um einen Vergleichsfall han- delt, trifft die Geschäftsstelle
	a) bis zu 15 Vergleichspreise	170 EUR				Durch Verweis auf Tz. 42.3.1.1 übernommen
	b) für jeden weiteren Vergleichs- preis	5 EUR				Durch Verweis auf Tz. 42.3.1.1 übernommen
42.6.2	Auskünfte für Großabnehmer					streichen, da keine Rabattierung begründbar
	- ab der 11. Auskunft pro Jahr	140 EUR				Mengenrabatt gestrichen, da nicht mehr begründbar
42.6.3	Auskunft aus der Kaufpreissamm- lung für Geschäftsgrundstücke in Zentrumslage (Abgrenzung ent- sprechend Innenstadtausschnitt der Bodenrichtwertkarte)					Streichen, da nicht mehr begründ- bar
	- Gebühr als Bruchteil der Gebühr nach 42.5 in Höhe von	300 v. H.				
42.7	Erweiterte Auskunft über den Bo- denwert in den Fällen, in denen keine Bodenrichtwerte vorliegen					Überführt zu Tz. 42.3.4 (neu)

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Neuer Wortlaut Gebührentatbestand oder Auslagen		Neue Gebüh oder Faktor	Kurzhearûnduna
	oder eine umfangreiche Bodenwer- termittlung erforderlich ist					
	a) in einfachen Fällen b) in schwierigen Fällen	150 EUR 200 bis 500 EUR				
42.8	Sonstige Auswertungen aus der Kaufpreissammlung	200 210 000 2011	42.3. 2.	Abgabe sonstiger Auswertungen aus der Kaufpreissamm- lung	Zeitaufwand nach Tz. 11.	Redaktionelle Anpassung, um auf die Amtshandlung abzustellen und nicht auf das Produkt
	- Zeitgebühren nach 11.1					
			42.3. 3.	Auskunft aus der Kaufpreis- sammlung in Sozialverwal- tungsverfahren	kostenfrei	Zur Verbesserung der Transparenz aufgenommen Kostenfrei nach § 64 Absatz 2 SGB X

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor		Neuer Wortlaut entatbestand oder Auslagen	Neue Gebühr oder Faktor	Kurzbegründung
	Anlage 2					
	(zu § 2) Kostenverzeichnis für Leistungen und Produkte von Geoinformation Bremen			(zu § 2) Kostenverzeichnis für Leistungen und Produkte des Landesamtes Geoinformation Bremen		
	Inhaltsverzeichnis			Inhaltsverzeichnis		
	1001 Allgemeine Regelungen			1001. Allgemeine Regelungen		
	1002 Präsentationsausgaben					gelöscht, da diese Produkte nicht mehr angeboten werden
	1003 Digitale Geodaten					gelöscht, da diese Produkte nicht mehr angeboten werden
				1002. Online-Bereitstellung von Produkten und Dienst- leistungen		Kommune ist als Gebietskör- perschaft vom DNG erfasst, aber DNG gilt nicht für Daten, deren Bereitstellung nicht un- ter den durch Rechtsvorschrift festgelegten öffentlichen Auf- trag der öffentlichen Stelle [Kommune] fällt
	1004 Vermessungs- und datentechnische Dienstleistungen			1003. Technische Dienst- leistungen		Redaktionelle Anpassung, abgestellt auf die Amtshandlung, nicht das Produkt
	1005 Ermittlung von Grundstücks- werten für kommunale und fiskali- sche Zwecke			1004. Ermittlung von Grundstückswerten für ver- waltungsinterne Zwecke		
1001	Allgemeine Regelungen		1001	Allgemeine Regelungen		
1001.1	Gebühren nach Zeitaufwand					Streichen, Doppelverweisungen vermeiden
	- nach 11.1 der Anlage 1 zu § 1		7			
1001.2	Auslagen		1001.1	Auslagen	nach Tz. 12. der Anlage 1 zu § 1	Die strukturelle Erhöhung ist bereits in Anlage 1 zu § 1 berücksichtigt.

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Neuer Wortlaut Gebührentatbestand oder Auslagen	Neue Gebühr oder Faktor	Kurzbegründung
	- nach 11.2 der Anlage 1 zu § 1				
	Anmerkung 1001a Sofern Gebühren sich nach dem Zeitaufwand bemessen, sind Wege- zeiten mit zu berücksichtigen.				Redaktionelle Änderung; hier gelöscht und unter Anmerkung 11b aufgenommen, da diese Regelung für amtliche und an- dere behördliche Leistungen gilt
	Anmerkung 1001b Werden für Dienstleistungen Auszüge aus dem Liegenschaftskataster oder den Nachweisen des Raumbezugs, Geobasisdaten oder sonstige Karten und Pläne benötigt, sind dafür zusätzlich Gebühren nach den dafür geltenden Tatbeständen anzusetzen.		Zu Tz. 1001., Anmerkung Werden für Dienstleistun- gen Auszüge aus dem Lie- genschaftskataster oder den Nachweisen des Raumbezugs, Geobasisda- ten oder sonstige Karten und Pläne bereitgestellt, sind dafür zusätzlich Ge- bühren nach den dafür gel- tenden Tatbeständen ge- mäß Anlage 1 zu § 1 anzu- setzen.		Redaktionelle Änderung, da nicht maßgeblich ist, ob sie gebraucht werden sondern ob sie zur Verfügung gestellt wer- den und damit die Amtshand- lung erbracht wird
	Rücknahme eines Antrages		1001.2 Rücknahme eines Auftrages	nach Tz. 13. der Anlage 1 zu § 1, je Auftrag mindes- tens 50 EUR	
1001.4	- nach 11.3 der Anlage 1 zu § 1 Gebührenermittlung für die Bereitstellung und Nutzung von Geodaten				Tz. 1001.4 wird gelöscht, da darauf an keiner Stelle verwie- sen wird
	Anmerkung 1001c Zur Ermittlung der Gebühren für die Bereitstellung und Nutzung von Geodaten sind die Grundsätze unter 20 der Anlage 1 zu § 1 sinngemäß anzuhalten.				

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	•		Neue Gebühr oder Faktor	Kurzbegründung
	Anmerkung 1001d Bei der Nutzung von Geodäten über Darstellungs- und Download- Dienste ist bei der Bemessung der Gebühr 20.5 der Anlage 1 zu § 1 entsprechend anzuhalten.				
1002	Präsentationsausgaben				Tz. gelöscht, da Produkte nicht mehr angeboten werden, sondern nur noch individuelle Produkte
1002.1	Thematische Karten				
	- je Blatt	50 EUR			Produkt wird nicht mehr ange- boten
1002.2	Stadtpläne und Übersichtskarten				
1002.2.1	Stadtplan Bremen 1:10 000 (16 Blätter)				Produkt wird nicht mehr ange- boten
	- je Blatt	6 EUR			
1002.2.2	Stadtplan Bremen 1:20 000	50 EUR			Produkt wird nicht mehr angeboten
1002.2.3	Übersichtskarten Bremen 1:50 000	5 EUR			Produkt wird nicht mehr angeboten
1002.2.4	Straßenverzeichnis mit Suchregister	100 EUR			Produkt wird nicht mehr ange- boten
1003	Digitale Geodäten				Gelöscht, da diese Produkte nicht mehr angeboten werden
1003.1	Entfallen				
1003.2	Stadtpläne und Übersichtskarten				Stadtatlas wird nur noch als individuelle Leistung angeboten → Tz. 1003.1
1003.2.1	Stadtplan Bremen 1:10 000				
	a) je angefangene 1 km² Naturflä- che	5 EUR			gelöscht, da Aufwand für Antragsannahme, Antrag bearbeiten, Kostenbescheid erstellen und Versenden zu 5 oder 6

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor		Neuer Wortlaut entatbestand oder Auslagen	Neue Gebühr oder Faktor	Kurzbegründung
	b) Gesamtfläche Stadtgemeinde Bremen (318 km²)	1590 EUR				EUR nicht kostendeckend möglich ist, und unter Tz. 1002.2 aufgenommen Produkt wird nur noch als indi- viduelle Leistung angeboten → Tz. 1003.1
1003.2.2	Stadtplan 1:20 000					12. 1003.1
1000.2.2	a) je angefangene 1 km² Naturflä- che	3 EUR				gelöscht, da Aufwand für Antragsannahme, Antrag bearbeiten, Kostenbescheid erstellen und Versenden zu 3 oder 4 EUR nicht kostendeckend möglich ist, und unter Tz. 1003.2.2 aufgenommen
	b) Gesamtfläche Stadtgemeinde Bremen (318 km²)	954 EUR				Produkt wird nur noch als individuelle Leistung angeboten → Tz. 1003.1
1003.2.3	Übersichtskarten 1:50 000	25 EUR				Übersichtskarte (ÜK 50) wird nicht mehr angeboten
			1002.	Online-Bereitstellung von Produkten und Dienstleis- tungen		Zur Verbesserung der Transparenz aufgenommen Online-Bereitstellung erfasst die Bereitstellung digitaler Produkte (Datensätze, Anwendungen oder Auswertungen) für verwaltungsinterne Zwecke oder für jedermann.
			1002.1	Stadtpläne oder Übersichts- karten	gebührenfrei	EU-DVO hvD, Kategorie Mobilität, Datensatz Verkehrsnetze sowie Kategorie Erdbeobachtung & Umwelt, Datensatz Bodennutzung und Bodenbedeckung

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Neuer Wortlaut Gebührentatbestand oder Auslagen		Neue Gebühr oder Faktor	Kurzbegründung
			1002.2	Geodatenfachanwendung für kundenindividuelle Zwecke		Bei einer Geobasisdatenan- wendung (Basiszwilling) han- delt es sich nur um eine Dar- stellung von Open Data-Pro- dukten. Darüber hinaus wird sie als Plattform für die Ab- gabe von LoD2-Daten verwen- det. Heutiges Produkt: Fachzwil- ling; offen formuliert um Raum für zukünftige Entwicklungen zu lassen
			1002.2 .1.	Einrichtung und Betrieb einer Geodatenfachanwendung für kundenindividuelle Zwecke	Zeitaufwand nach Tz. 11. der Anlage 1 zu § 1	Heutiges Produkt: Fachzwilling
			1002.2	Registrierung und Nutzer- verwaltung, je Geodaten- fachanwendung und Jahr		Struktur und Gebührenhöhe analog zu Anlage 1 zu § 1 Tz. 233.6.1
			1002.2 .2.1.	Einer Geodatenfachanwen- dung mit Profil ohne Eigen- tumsangaben		
				- Grundbetrag, je Geoda- tenfachanwendung und Jahr	200 EUR	
			1002.2 .2.2.	Eine Geodatenfachanwen- dung mit Profil mit Eigentumsangaben		
				- Grundbetrag, je Geoda- tenfachanwendung und Jahr	400 EUR	
				- erstmalige Registrierung einer Nutzerin oder eines Nutzers oder Änderung ei- ner Nutzerin oder eines	50 EUR	

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Neuer Wortlaut Gebührentatbestand oder Auslagen		Neue Gebühr oder Faktor	Kurzbegründung
				Nutzers unter einem Ver-		
				einbarungspartner		
			1002.3	Digitales Partizipationssystem DIPAS	Zeitaufwand nach Tz. 11. der Anlage 1 zu § 1	Neuer Gebührentatbestand
				Zu Tz. 1002., Anmerkung Aufwendungen für Spei- cherplatz oder weitere ver- auslagte Betriebskosten sind zusätzlich als Auslage zu erheben.		
1004	Vermessungs- und datentechni- sche Dienstleistungen		1003.	Technische Dienstleistungen		Keine KLR-Ergebnisse vor- handen
1004.1	Nutzerorientierte Datenaufbereitung oder Konvertierung in spezielle Datenformate nach Zeitgebühren gemäß 1001.1		1003.1	Nutzerorientierte Datenauf- bereitung oder Konvertie- rung in individuelle Daten- formate	Zeitaufwand nach Tz. 11. der Anlage 1 zu § 1, je Auftrag mindes- tens 50 EUR	
	- je Antrag mindestens	100 EUR				
1004.2	Abgabe einzelner Höhenpunkte auf einer Präsentation der Liegenschaftskarte	50 EUR				
			1003.2	Abgabe von gedruckten 3D- Gebäudemodellen	Zeitaufwand nach Tz. 11. der Anlage 1 zu § 1, je Auftrag mindes- tens 50 EUR	Neuer Gebührentatbestand
				Zu Tz. 1003.2, Anmerkung Materialkosten sind zusätz- lich als Auslage zu erhe- ben.		

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Neuer Wortlaut Gebührentatbestand oder Auslagen		Neue Gebühr oder Faktor	Kurzbegründung
1005	Ermittlung von Grundstückswerten für kommunale und fiskalische Zwecke (Wertempfehlungen)		1004.	Ermittlung von Grund- stückswerten für verwal- tungsinterne Zwecke		Redaktionelle Anpassung dient der Klarstellung
1005.1	Standardwertempfehlungen		1004.1	Standardwertempfehlungen	Bruchteil der Ge- bühr nach Tz. 41.1. bis 41.6. der An- lage 1 zu § 1 in Höhe von 80 v. H.	Die Anpassung der Gebühr ist nicht erforderlich, da die strukturelle Erhöhung bereits durch die Gebühren nach 41.1 bis 41.6 der Anlage 1 zu § 1 berücksichtigt wird.
	- Gebühr als Bruchteil der Gebühren nach 41.1 bis 41.6 der Anlagen 1 zu § 1 in Höhe von	90 v. H.				
1005.2	Überschlägige Wertempfehlungen		1004.2	Überschlägige Wertempfeh- lungen	Bruchteil der Ge- bühr nach Tz. 41.1. bis 41.6. der An- lage 1 zu § 1 in Höhe von 60 v. H.	Die Anpassung der Gebühr ist nicht erforderlich, da die struk- turelle Erhöhung bereits durch die Gebühren nach 41.1 bis 41.6 der Anlage 1 zu § 1 be- rücksichtigt wird.
	- Gebühr als Bruchteil der Gebühren nach 41.1 bis 41.6 der Anlagen 1 zu § 1 in Höhe von	70 v. H.				
				Zu Tz. 1004.2., Anmerkung Überschlägige Wertempfehlungen werden erstellt, wenn keine konkreten Planungen vorliegen. Die Wissenslücke führt zu einem hohen Erwartungsbereich der Wertempfehlung.		In der Praxis sind Wertemp- fehlungen für große Flächen abzugeben, die somit einen hohen Werten aufweisen.
1005.3	Aktualisierung von Wertempfehlungen, die nicht älter als zwei Jahre sind (bei ansonsten unverändertem Sachverhalt)		1004.3	Aktualisierung von Wer- tempfehlungen, die nicht äl- ter als zwei Jahre sind (bei ansonsten unverändertem Sachverhalt)	Bruchteil der Ge- bühr nach Tz. 41.1. bis 41.6. der An- lage 1 zu § 1 in Höhe von 45 v. H.	Die Anpassung der Gebühr ist nicht erforderlich, da die struk- turelle Erhöhung bereits durch die Gebühren nach Tz. 41.1

Tarif- ziffer	Gebührentatbestand / Alter Wort- laut	Bisherige Gebühr oder Faktor	Neuer Wortlaut Gebührentatbestand oder Auslagen		Neue Gebühr oder Faktor	Kurzbegründung	
						bis 41.6 der Anlage 1 zu § 1 berücksichtigt wird.	
	- Gebühr als Bruchteil der Gebühren nach 41.1 bis 41.6 der Anlagen 1 zu § 1 in Höhe von	50 v. H.				-	
1005.4	Wertempfehlungen in Sonderfällen		1004.4	Wertempfehlungen in Son- derfällen	Zeitaufwand nach Tz. 11. der Anlage 1 zu § 1, je Auftrag mindes- tens 50 EUR	Gestrichen, da Abrechnung unter Tz. 1003 erfolgt	
	- Zeitgebühren nach 1001.1						
	- In Fällen, die eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Bewer- tungsmaterie erfordern, kann bezo- gen auf die Gebühr nach 1005.1 eine Gebühr erhoben werden	bis zu 300 v. H.					
1005.5	Wertempfehlungen für übergroße Flächen					Gestrichen, da Abrechnung unter Tz. 1004.1-3 erfolgt	
	- Gebühr als Bruchteil der Gebühr nach 1001.1 in Höhe von	bis zu 300 v. H.					

Anlage: Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Übersich Anlage zur Vorlage: Dritte Verordnung zur Änderung die Gutachterausschüsse für Grundstückswerte nach and Datum: 14.08.2025 Benennung der(s) Maßnahme/-bündels Zweite Verordnung zur Änderung der Kostenverordnausschüsse für Grundstückswerte nach dem Bauge	ler Kostenverordnung für das al dem Baugesetzbuch nung für das amtliche Vermess		
Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit Methode der Berechnung (siehe Anlage) Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlic		Auswirkunge utzen-Analyse	n
Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage) ☐ Nutzwertanalyse ☐ ÖPP/PPP Eignungstest	☐ Sensitivitätsanalyse	☐ Sonstige	(Erläuterung)
Anfangsjahr der Berechnung : Betrachtungszeitraum (Jahre):	Unterstellter Kalkulationszins	satz:	
Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechn	una)		
Nr. Benennung der Alternativen	g /		Rang
Funchain			
Ergebnis			
Weitergehende Erläuterungen			
Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:			
1. 2.	n.		
Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)			
Nr. Bezeichnung		Maßeinheit	Zielkennzahl
1			
2			
n			
Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 ☐ die Schwellenwerte werden überschritten, die frühz Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.			
 ✓ Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, Ausführliche Begründung 1. Die Erhebung von Gebühren hat gemäß § 34 LH 		runda koin Snic	alraum davon

abzusehen.

2. Die Wirtschaftlichkeit wurde durch die Kostenkalkulation belegt.

Formularversion: 2017/03 Seite **1** von **1**